

Solidarität Demokratie Zukunft

DGB

GEGENBLENDE

Das gewerkschaftliche Debattenmagazin · www.gegenblende.de

Ausgabe 24 · November/Dezember 2013

Politik und Verantwortung

Impressum

Deutscher Gewerkschaftsbund
Debattenmagazin GEGENBLENDE,
Redaktion: Dr. Kai Lindemann/Redaktionsassistentin: Martina Hesse
Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin
Telefon +49 (0) 30 24 060 757, E-Mail kai.lindemann@dgb.de

Hinweis: Die GEGENBLENDE-pdf-Version enthält keine ausführlichen Autorenprofile,
Bilder und Kommentare. Diese sind auf der Homepage www.gegenblende.de einsehbar.

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Editorial	5
NACHGEFRAGT bei Hans-Jürgen Urban (Interview)..... von Dr. Kai Lindemann	6
Big Data zwischen Sicherheitsinteressen und Wirtschaftsinteressen	8
von Guido Brombach	
Legale Verbrechen (Filmkritik)	12
von Jürgen Kiontke	
„Taksim-Gezi“ und die Erdogan-Türkei.....	15
von Safer Çınar	
Die Geburt des Rundfunks	19
von Dr. Andreas Splanemann	
Klimapolitik in Kanada.....	26
von Dr. Erich Vogt	
Eine Regierung, die nicht abwählbar ist	35
von Robert Misik	
Neoliberaler Extremismus.....	37
von Tomasz Koniecz	
Bekämpfung der Abzocker in der Schweiz.....	44
von Dr. Jean Christophe Schwaab	
Die Zechprellerkultur der Eliten (Buchauszug)	49
von Dr. Jürgen Borchert	

Kurswechsel für ein gutes Leben (Buchrezension).....	55
von Marika Höhn	
Industrie 4.0 verändert die Arbeitswelt	57
von Dr. Constanze Kurz	
Das EU-Freihandelsabkommen mit Kolumbien und Peru.....	62
von Harald Neuber	
Die Schattenseite des Erfolgs	66
von Ralf Kronig	
Die Evaluation der 150 familienpolitischen Leistungen.....	76
von Rebecca Romes	
Widerstand aus den Gewerkschaften im „Dritten Reich“ – Ausgewählte Biographien.....	82
von Dr. Wolfgang Jäger	
30 Jahre Historisch kritisches Wörterbuch des Marxismus	86
von Dr. Peter Jehle	
(K)eine Frage des Internets	90
von Frank Werneke	
Aufstieg und Auflösung der Deutschland AG (1896-2010)	93
von Prof. Dr. Paul Windolf	
Das Stadt- und Industriemuseum in Rüsselsheim zeigt sich in neuem Gewand (Ausstellungskritik)	99
von Dr. Rainer Fattmann	
Hinein in den Konsumverein! (Buchrezension)	102
von Ralf Seidler	

Warum behaupten sich die neoliberalen Ideen so hartnäckig? 105
von Prof. Mark Thatcher und Prof. Vivian A. Schmidt

Editorial

Politik trägt eine große Verantwortung, auch wenn sie sich heute oft mit internationalen Sachzwängen legitimiert. In der GEGENBLENDE 24 geht es um Verantwortung gegenüber der Umwelt, der Arbeitswelt, der Gerechtigkeit und der Privatsphäre. Zudem sind in dieser Ausgabe viele historische Beiträge veröffentlicht, die jeweils ihren eigenen Bezug zu aktuellen Diskussionen haben.

Viel Spaß bei der Lektüre der pdf-Ausgabe wünscht

Kai Lindemann

NACHGEFRAGT bei Hans-Jürgen Urban (Interview)

von Dr. Kai Lindemann

Seit einigen Monaten setzen sich die IG Metall und der DGB für eine "Anti-Stress-Verordnung" ein, um den steigenden Zahlen psychischer Erkrankungen am Arbeitsplatz entgegen zu wirken. GEGENBLLENDE hat hierzu das IG Metall-Vorstandsmitglied Dr. Hans-Jürgen Urban befragt.

GEGENBLLENDE: Hans-Jürgen, das Thema „psychische Belastungen am Arbeitsplatz“ stößt seit längerer Zeit auf ein breites Echo in der Gesellschaft, Gibt es deiner Ansicht nach allgemeine Ursachen (z. B. Leistungsdruck), die den Wandel in der Arbeitswelt kennzeichnen?

Urban: In der Arbeitswelt des 21. Jahrhunderts nehmen psychisch belastende Arbeitsbedingungen immer stärker zu. Über alle Branchen und Berufsgruppen hinweg steigt die Arbeitsintensität, wächst der Zeitdruck und atypische Arbeitszeiten wie Nacht- und Schichtarbeit nehmen zu. Zugleich gehört für immer mehr Beschäftigte ansteigende Monotonie zum Arbeitsalltag. All diese Trends werden durch den Stressreport der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin, der im Januar 2013 veröffentlicht wurde, mit konkreten Daten und Fakten belegt.

Zu den tiefer liegenden Ursachen gehören sicherlich die neuen Formen einer „wertorientierten Unternehmensführung“. Dabei wird die Steuerung der Unternehmen zunehmend an kurzfristigen Renditeerwartungen ausgerichtet. Unter dem Diktat der Finanzmärkte wird die Qualität der Arbeit zur variablen Restgröße und gerät immer stärker unter Druck. Eine expansive Wettbewerbslogik prägt immer mehr gesellschaftliche Bereiche weit über die Unternehmenssphäre hinaus.

GEGENBLLENDE: Die Zahl der psychischen Erkrankungen ist in den letzten Jahren immens gestiegen. Sie verursachen bis zu 29 Milliarden Euro Kosten für die Krankenkassen. Ebenso haben wir in den letzten Jahren äußerst erschreckende Nachrichten über die psychischen Belastungen bei Managern (Selbstmorde und Drogensucht) erfahren. Können solche Chefs überhaupt eine Sensibilität für das Thema entwickeln?

Urban: Ich denke, dass die eben geschilderten neuen Formen der Unternehmensführung auch bei den Führungskräften zu enormen Belastungen führen. Fälle von Burnout oder psychisch bedingte Erkrankungen nehmen auch bei

den Chefs zu. Auch deshalb stellen wir in der letzten Zeit eine gewachsene Sensibilität in den Unternehmen und in der Politik fest. Vielfach beschränken sich aber die Reaktionen auf Angebote eines „Stressmanagements“ oder einer Resilienzstärkung ohne die notwendigen verhältnispräventiven Schritte in Angriff zu nehmen.

GEGENBLLENDE: Im Juni 2013 beschloss der Bundestag eine „Klarstellung“ oder besser gesagt: eine Ergänzung des Arbeitsschutzgesetzes, mit der jetzt explizit psychische Belastungen als Gefährdungsfaktoren genannt werden. Wie kam es zu dieser Gesetzesänderung und welche Bedeutung hat sie für die Praxis?

Urban: Mit der „Klarstellung“ im Arbeitsschutzgesetz hat die Politik auf den Druck unserer Anti-Stress-Initiative reagiert. Wir haben seit langem argumentiert, dass es eine Regelungslücke im Arbeitsschutzrecht gibt und der Verpflichtungsdruck auf die Arbeitgeber erhöht werden muss, um Gefährdungen durch psychische Belastungen in der Arbeit in allen Unternehmen und Verwaltungen zu ermitteln. Vielfach haben sich Arbeitgeber auf die Schutzbehauptung zurückgezogen, dass psychische Belastungen nicht wörtlich im Arbeitsschutzgesetz erwähnt seien. Diese Ausflucht ist nun endgültig nicht mehr möglich. Betriebsräte können jetzt in jedem Betrieb eine Gefährdungsbeurteilung auch psychischer Belastungen einfordern und dabei auf diese „Klarstellung“ verweisen.

GEGENBLLENDE: DGB, BDA und das Arbeitsministerium haben Anfang September 2013 eine gemeinsame Erklärung gegen Stress als Ursache psychischer Erkrankungen am Arbeitsplatz verabschiedet. Welche Bedeutung hat diese Erklärung aus Sicht der IG Metall?

Urban: Der Erfolg besteht m.E. in erster Linie darin, dass die Arbeitgeberverbände endlich den dringenden Handlungsbedarf bei der Prävention psychischer Gefährdungen anerkannt haben. Und sie haben in dieser Erklärung zugestanden, dass die Gefährdungsbeurteilung das zentrale Instrument der Prävention im Betrieb darstellt.

Der gemeinsame Appell für flächendeckende Gefährdungsbeurteilungen physischer und psychischer Belastungen gibt den betrieblichen Interessenvertretungen einen erheblichen Rückenwind, um jetzt in jedem Betrieb und in jeder Verwaltung die Initiative zu ergreifen, um die betriebliche Prävention zu verbessern.

GEGENBLLENDE: Reichen die Konkretisierung im Arbeitsschutzgesetz und die gemeinsame Erklärung nicht aus, um nun endlich zu handeln? Brauchen wir noch eine Anti-Stress-Verordnung?

Urban: Wir brauchen eine Konkretisierung der Bestimmungen des Arbeitsschutzgesetzes für die betriebliche Praxis. Ähnlich wie bei anderen Gefährdungsfaktoren etwa bei Lärm, Gefahrstoffen oder Vibrationen muss eine solche Konkretisierung in einer Verordnung erfolgen. Eine Anti-Stress-Verordnung muss darlegen, welche psychischen Belastungsfaktoren im Einzelnen in eine Gefährdungsbeurteilung einzubeziehen sind und nach welchen Maßgaben eine Gefährdungsbeurteilung psychischer Belastungen durchzuführen ist. Diese Anforderungen müssen möglichst konkret sein. Das erleichtert die betriebliche Umsetzung und ist zugleich eine notwendige Voraussetzung für die Beratung und Überwachung der Betriebe durch die Arbeitsschutzaufsicht. Nach dem ersten guten Schritt der „Klarstellung“ im Arbeitsschutzgesetz muss jetzt der zweite Schritt erfolgen: der Erlass einer Anti-Stress-Verordnung, wie es der Bundesrat Anfang Mai 2013 auch gefordert hat.

GEGENBLLENDE: Vielen Dank!

Autor: Dr. Kai Lindemann, geboren 1968 in Bremen, verantwortlicher Redakteur des Debattenmagazins GEGENBLLENDE

Big Data zwischen Sicherheitsinteressen und Wirtschaftsinteressen

von Guido Brombach

Vor nicht allzu langer Zeit hatte Google mit dem Streetview-Projekt eine Momentaufnahme nicht nur deutscher Vorgärten zusammengestellt, sondern ein komplettes virtuelles Abbild der Welt geschaffen. Google räumte dabei den Bürgern das Recht auf Widerspruch gegen die Abbildung ihrer vermeintlichen Privatsphäre ein. Ein Sturm der Entrüstung entbrannte. Die Medien gaben dem eine Bühne und eine allgemeine Diskussion zum Wesen unserer Privatsphäre begann. Diese Auseinandersetzung war und ist wichtig, weil das Internet ständig neue Möglichkeiten bietet und damit die Spielregeln prägt und das weltweit.

Persönliche Daten können nur noch dann garantiert und dauerhaft geheim gehalten werden, wenn sie nicht ihren Weg, auch über Handys, ins Internet finden. Hinzu kommt, dass die Zeit des freiwilligen Internets Vergangenheit ist. Auch die Hausfassaden der wenigen Mitbürger ohne Internetanschluss, werden von den fahrenden Google-Autos gescannt und im Internet veröffentlicht. Während des

Zoobesuchs mit der Familie werden unbeabsichtigt Menschen mitfotografiert und gelangen so über Flickr oder anderweitig ins Internet. Dann ist es nur noch eine Frage der Zeit, bis die Gesichtserkennung mit lokalen Bildbearbeitungsprogrammen möglich wird. Die gigantischen Archive von Google und Flickr stehen hierfür zur Verfügung. Sie können auch nach denen durchsucht werden, die im Hintergrund rein zufällig aufs Bild geraten sind.

Das geht gar nicht!

Als vor einigen Monaten der äußerst couragierte Edward Snowden geheime Dokumente des NSA öffentlich machte, war nicht mehr viel von der damaligen Entrüstung überwachter Bürger durch Google zu hören. Der erwartete Aufschrei blieb aus. Ganz im Gegenteil, der ein oder Andere fand sogar rechtfertigende Worte für die amerikanische Totalüberwachung mittels Prism. Der Innenminister Friedrich machte Sicherheit zu einem Supergrundrecht, der Bundesminister für besondere Aufgaben, Ronald Profalla erklärte die Diskussion zur totalen Überwachung von höchster Stelle für beendet. Und die Bürger? Ja an denen schien das alles spurlos vorbeizuziehen. Auf der größten Datenschutzdemo, der Freiheit statt Angst waren vergleichsweise wenig Menschen. Mediale Vorbilder gaben im Fernsehen vor, schon immer so etwas geahnt zu haben. Aber gestört hat es die wenigsten. Bis amtlich wurde, dass auch die Kanzlerin abgehört wurde. Selbst diese seltene „nationale, europäische“ Empörung gegenüber den Sicherheitstechnokraten in den USA verflachte relativ schnell. Einige amerikanische Abgeordnete riefen schließlich „Mea culpa“ und Ströbele holte in Moskau einen Brief ab.

Aber was unterscheidet nun das Google Auto von den NSA-Datacentern? Warum nehmen wir die allgegenwärtige Überwachung unseres Lebens hin, während uns die Fotografie von Häuserfassaden auf die Palme bringt? Das Digitale ist schon lange nicht mehr an den Bildschirm gebunden. Es ist zum gesellschaftlichen Betriebssystem (Gunther Dueck) geworden und sorgt für den nötigen Schmierstoff. Es ist aber im Vergleich zu den uns umgebenden Kohlenstoffen nicht sichtbar. Das Googleauto wird deshalb als bedrohlicher empfunden, weil bedrohliche 360 Grad Kameras durch jede kleine Nebenstrasse fahren. Dagegen verbleibt Prism in digitalen, nicht sichtbaren Gefilden. Die Menschen haben keine Manifestation der Überwachung vor Augen und empfinden offensichtlich keine Bedrohung für sich selbst.

Dennoch ist Prism die Drohne in unserem Allerprivatesten. Sie ist in unseren Wohnungen, in den Kinderzimmern, in den Schulen, in den Büros und Manageretagen. Überall, wo Daten entstehen und auf Festplatten gespeichert werden, die mit dem Internet verbunden sind. Überall dort ist auch die NSA. Viele unserer Grundrechte werden billigend verletzt.

Hier nur eine kleine Auswahl:

Artikel 2, Absatz 1: "Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden."

Artikel 5, Absatz 1: "Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt."

Artikel 10, Absatz 1: "Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich."

Artikel 13, Absatz 1: "Die Wohnung ist unverletzlich."

Artikel 13, Absatz 2: "Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden."

Die Unschuldsvermutung wird in diesen Zeiten der Allgemeinüberwachung mit Füßen getreten, anlasslos wird das Verhalten aller Menschen verdatet und berechnet. Die Bundesregierung duckt sich aus devoter Bündnistreue weg und erklärt die Empörung für beendet. Also gehen die BürgerInnen wieder zur Tagesordnung über. Es mag sein, dass Prism die markanten Metaphern fehlen, um zu verstehen, wie tief in unser aller Intimsphäre eingegriffen wird.

Prism denkt an mich, also bin ich!

Prism heißt das Programm, mit dem die NSA, die nationale Sicherheitsabteilung der USA, nahezu den gesamten Datenverkehr der gesamten Welt in Echtzeit aufzeichnet. Nicht mehr vorstellbare Datenmengen werden jede Sekunde gespeichert. Prism setzt an den großen Netzknotenpunkten an und greift den gesamten Datenstrom ab. Es werden [Programmschnittstellen](#) mit den großen Internetunternehmen wie Google, Facebook, Apple, Yahoo oder Microsoft vereinbart. Vorerst werden keine Daten gelöscht sondern nur fleißig gesammelt. Auch vor verschlüsselten Datensätzen macht der amerikanische Geheimdienst nicht halt.

Mit dem Programm XKeyScore werden diese Daten anschließend verarbeitet, d.h. in Datenbanken abgelegt, mit Zusatzinformationen, sogenannten Metadaten angereichert und durchsucht. Big Data heißt die Strategie. Je mehr Daten über die

Welt vorliegen, umso wahrscheinlicher lassen sich Muster erkennen, also wiederkehrende Verhaltensweisen. Big Data beruht auf komplexen Computerprogrammen, weil Menschen solch eine gigantische Datenmenge schwer auswerten können, muss der Mensch letztendlich den berechneten Wahrscheinlichkeiten vertrauen. Wie fehlerhaft die Mustererkennung zurzeit noch ist, verrät ein Blick in die rechte Spalte der Facebook Timeline, dort wo die angeblich personalisierte Werbung steht.

Aber die Enttarnung von Prism war nur der Beginn. Seitdem sind zweifelhafte Dinge passiert, und viel zu schnell wieder in Vergessenheit geraten: Der Mailanbieter, den auch Snowden nutzte, wurde am 8.08.2013 eingestellt. Glen Greenwald, Journalist beim Guardian und Vertrauter von Snowden, zitierte ihn mit den Worten: "Ladar Levison und sein Team haben lieber den Betrieb ihrer zehn Jahre alten Firma eingestellt, als die verfassungsmäßigen Rechte ihrer etwa 400.000 Nutzer zu verletzen." Beim Guardian haben Mitarbeiter des britischen Geheimdienstes GCHQ im Auftrag des Premierministers David Cameron, den Chef-Redakteur der Zeitung gezwungen, die Festplatten mit den Daten von Edward Snowden unter Androhung strafrechtlicher Maßnahmen zu zerstören. Auch die New York Times wurde "gebeten" die Snowden-Daten zu löschen. Dem Bundesamt für Verfassungsschutz wurde nachgesagt, einen Zugang zu Prism zu haben. Der jetzt in die USA geflogene Verfassungsschutzpräsident Maaßen gab dies auch zu, beteuerte aber, dass der [Zugang nur zu Testzwecken](#) genutzt würde. Die Liste der Absurditäten ist noch viel länger und kann in allen Details hier nachgelesen werden: http://de.wikipedia.org/wiki/Snowden-Aff%C3%A4re#Auswirkungen_und_Reaktionen .

Was tun gegen Sicherheitswahn und technische Möglichkeiten?

Die Übermacht der Fakten lassen den Einzelnen schnell erstarren. Viel kann man offensichtlich nicht tun und doch gäbe es einiges anzupacken. Dafür braucht es allerdings den Druck der Bevölkerung. Die ewig propagierte Verschlüsselung der Kommunikation oder der Ausstieg aus Facebook, Google und Co. wären das falsche Signal. Politik hat zu liefern und die Grundrechte der Bürger zu schützen. Wenn Friedrich die Verantwortung für die Sicherheit der eigenen Privatsphäre auf den Bürger abwälzt, kann das nur bedeuten, dass der Staat die Privatsphäre nicht mehr schützen will oder kann, vielleicht, weil das Wissen des Staates über die Geheimnisse seiner Bürger [Teil eines vermeintlichen Sicherheitsprogramms](#) ist.

Eigentlich hat der Staat die Grundrechte zu wahren und sollte auch nur im Rahmen dieser Möglichkeiten agieren. Es wird auch Attentate, Amokläufe und rassistische Gewalttaten ohne digitale Kommunikation geben. Vor dem Hintergrund aller Sicherheitsansprüche bleibt immer ein kalkuliertes Restrisiko, mit dem wir uns in ein Auto setzen und mit der wir unsere Kinder Straßen überqueren lassen. Eine lücken-

oder anlasslose Überwachung wird uns nicht davor schützen. Es geht weniger um die Abwägung von Sicherheit und Freiheit, als vielmehr um die zwischen Sicherheit und kalkuliertem Risiko.

Wir dürfen die Sicherheit aber auch nicht den Maschinen übergeben, sondern uns eine gehörige Portion Menschenverstand bewahren, denn nicht jeder, der dem programmierten Muster entspricht, ist auch verdächtig. Die Breiviks dieser Welt lassen sich nicht in Muster algorithmisieren, so lange nicht klar ist, wonach man suchen muss. Muster können erst beschrieben werden, wenn die Katastrophe in der Vergangenheit liegt, wenn es also zu spät ist. Die Mustererkennung kann also nur das nachgeahmte Böse enttarnen, nicht aber das neue Böse. Deshalb ist die Gefahr groß, dass Unschuldige in die Mühlen der Terrorabwehr geraten. Schon die Filmparodie *Brazil* aus den achtziger Jahren hat diese absurde, digitale, nicht mehr rückgängig zu machende Sicherheitsspirale mit der Verwechslung des Terroristen Tuttle mit dem Familienvater Buttle aufs Korn genommen.

Wenn also Big Data nur Nachahmer enttarnt, worum geht es dann wirklich bei einer derartig flächendeckenden Überwachung? Es wird gemutmaßt und nur selten dementiert, dass weniger die Sicherheit, als vielmehr der Profit im Vordergrund steht. Wirtschaftsspionage könnte auch eine Motivation sein, solch gigantische Datacenter zu bauen. Dadurch, dass alle Daten gespeichert werden, wird sicherlich auch das ein oder andere Geheimnis dabei sein, das mit einer direkten Gefährdung der Demokratie wenig zu tun hat. Aber das ist natürlich reine Spekulation.

Autor: Guido Brombach, Referent in der politischen Erwachsenenbildung beim DGB Bildungswerk für den Bereich Computer und Medien

Legale Verbrechen (Filmkritik)

von Jürgen Kiontke

Rainer Voss ist so in etwa Durchschnitt. Etwas gesetzt, leicht dicker Kopf, angegraut. Ein Prototyp. Das deutsche Wirtschaftsleben ist geprägt von Menschen wie ihm: Nichtssagende Erscheinung, gutes Einkommen, erst Einfamilienbutze, dann kaputte Ehe, das ganze Leben mit irgendetwas in irgendeiner Firma verbracht. All dies wäre nicht weiter bemerkenswert, wenn der Laden, in dem Voss sein Unwesen getrieben hat, nicht ein Geldinstitut wäre. Und die erregen ja seit geraumer Zeit durchaus das öffentliche Interesse.

Banken verscherbeln ganze Volkswirtschaften, produzieren gigantische Renditen, reißen ganze Bevölkerungsschichten mit der eigenen Pleite in den Abgrund. Der Regisseur Marc Bauder, selbst BWL-Absolvent, wollte die Branche nun vor die Kamera bringen. Ex-Banker Voss, der einzige Darsteller seines Dokumentarfilms „Master of the Universe“, führt dieses Schauspiel auf. In leeren Fluren stillgelegter Frankfurter Geldtagen erzählt der leicht humorige, zunächst recht freundlich wirkende Mann von den Schandtaten des digitalen Börsenhandels. Die Einführung der Computer im Geldpapierhandel markierte den Einschnitt in seiner Karriere. „Wir waren jung und haben uns gleichermaßen für Geld und Computer interessiert“, beschreibt er die achtziger Jahre.

Computerworld

Computer und Finanzen sind Zentralgestirne der binären Systeme, die an die gesellschaftlichen Grundlagen rühren: Der Computer kennt nur eins und Null. Das Geld ist da oder nicht. Die Mathematik der Analysemodelle mag kompliziert sein, das Weltbild, das sie generieren, ist es nicht. Entsprechend philosophiert der ehemalige Aktiencrack Voss: Die Computerisierung sei die Initialzündung gewesen, denn - „der Kapitalismus war ja anachronistisch. Nicht geeignet für das 21. Jahrhundert“. Ob er das in der Gegenwart – als perfekte Synthese aus Spekulation und IT - ist, sollte man in Griechenland oder Portugal nachfragen. Nun spielen die Maschinen gegeneinander, weiß der Ex-Profit-Junkie. „Da entscheidet letztlich, welcher Rechner näher am Server steht.“

Der Händler von heute hat acht Bildschirme und fühlt sich wie auf der Brücke von Raumschiff Enterprise. „Guck mal dahinten“, sagt er schmunzelnd, da steht der Kasten der Commerzbank. Der hat eine Antenne auf dem Dach, damit er höher ist als die Deutsche Bank.“ Der sexuelle Subtext ist beabsichtigt. Der Banker hält sich für den Typen mit der größten Antenne. Aufträge werden, es geht gleich erotisch aufgeladen weiter, per „One-Nighter“ oder „Two-Nighter“ erledigt. Das ist, wenn man ein oder zwei Nächte durcharbeitet - Zahnbürste nicht vergessen. Und weiter geht's mit der Präsentation. Powerpoint und Excel heißen die modernen Folterinstrumente für schönfärberische Präsentationen. Gesetze spielen weniger eine Rolle. Eigentlich spielen diese Rolle auch die Kunden nicht, denn die Rendite-Erwirtschaftung ist maschinisierter Selbstzweck. Vor allem spielt der Mensch keine Rolle: Tausend Börsenhändler stopft man in eine Etage, ohne Stellwände, damit die Kontrolle funktioniert. Eine Unternehmensbeteiligung hält heute 22 Sekunden, früher waren es mal vier Jahre. Man nennt die Börsenhändler „Legehennen“, sagt Voss.

Produkte, wie bei Knoff-Hoff

Und Voss berichtet weiter, was man tun muss, um kommunale Verwaltungen auseinanderzunehmen. Nicht jedes Finanzprodukt eigne sich für jeden Zweck. Auf

den richtigen Zuschnitt komme es an. Kann sein, dass ein Stadtkämmerer erfolgreich spekuliere, um die Haushaltsschulden zu drücken. Aber wehe, wenn das alle machen. Einmal habe er obskure Ölbonds „erfunden“. Die habe man dann nur noch einem beliebigen Kommunalpolitiker aufschwätzen müssen. Verboten sei das nicht. Irgendwann meint man, den Terminus „legales Verbrechen“ zu vernehmen. Was möglich ist, ist legal – das kennt man irgendwoher.

Doch man beachte: das Virtuelle ist nicht alles. Auch wenn der digitale Handel davongaloppiert, müssen die zu verscherbelnden Werte irgendwo erbracht werden. Öffentliche Etats bieten sich da wunderbar an, denn sie stecken voller erarbeiteter Werte in Form von Steuern. Voss: „Konzernen kann man nichts verkaufen, die haben dieselben Modelle und Rechnerkapazitäten wie wir“. Wenigstens weiß man jetzt, woher die Überschuldung der Haushalte stammt: vom Spielen. „Das ist nicht Casino“, sagt Voss. „Aber man dreht den Leuten das Falsche an.“ Dafür gibt es dann ganz reale 50.000 Euro im Monat.

Erstaunlicherweise ist das Wetten, zum Beispiel gegen Staatsökonomien, immer noch erlaubt, obwohl damit so viel Elend verbunden ist. Eigentlich hätten die Betroffenen schon jedem Börsenplatz den Krieg erklären müssen. Wenn denn nicht die jeweilige profitorientierte Schicht der Bevölkerung selbst an der Staatspleite gewinnbringend beteiligt wäre. Voss erläutert auch andere ewige Gesetzmäßigkeiten. Sie lauten: An der Börse verlieren Privatanleger und Nahrungsmittelspekulation ist ein ertragreiches Geschäft.

Die Banalität der Börsianer

„Master of the Universe“ ist cineastisch recht unterkomplex. Wie in fast jedem Film über die Geldbranche, fehlt es auch hier an Bildern. Man sieht die bedrohlich leeren Etagen, die Einstellungen von abfahrenden Aufzügen, so düster inszeniert, als wäre man auf dem Gefängnisplaneten in „Alien 3“. Zwangsläufig folgen Bilder der TV-Börsennachrichten und von um ihren Job trauernden Angestellten der Lehman-Brothers, dem Ausgangspunkt der Finanzkrise 2008. Ein Horrorfilm durch und durch, der aber schwerwiegende Lücken aufweist.

Dieser Film wird nicht mehr spannend. Sein Sujet ist banal, man mag nicht glauben, dass erwachsene Menschen nichts Besseres als Computerspielen im Kopf haben. Um Missverständnissen vorzubeugen: Dass da ein ehemals hoch angesiedelter Bankangestellter die Karten auf den Tisch legt, ist absolut in Ordnung. Mit fortschreitender Dauer aber rückt die Person des Rainer Voss selbst in den Mittelpunkt, so distanziert ironisch er die Vorgänge auch schildert. Mit sich selbst von früher will er nichts mehr zu tun haben; aber ein wenig ist er dennoch traurig, dass man ihn aus Altersgründen abgeschoben hat. Er macht sich schon Gedanken, wie es mit ihm weiterlaufen kann, doch er ist definitiv kein Geschäftsmann. Der

Schritt in die Selbstständigkeit, zum Beispiel, wird zumindest in diesem Film nicht als Option genannt.

Wie lebt er? Was will er? Im selben Ton wie über den Handel redet er über sein Kind, das irgendwo lebt, aber sicher nicht bei ihm. Natürlich hat er Frau und Kind verlassen, er war ja sowieso kaum zu Hause und die Betreuung war schon in Ordnung. Man steckt das Kind „in die Kita der Deutschen Bank, da ziehen die schon ganz früh so Typen wie mich ran“. Erziehung sei nicht nötig gewesen, es komme ja nicht auf die Dauer, sondern die Qualität „der mit dem Kind verbrachten Zeit“ an. „So hab ich das empfunden“, sagt er.

Jetzt könnte man das dokumentarisch Eindimensionale dieses Films zugunsten von ein wenig Journalismus verlassen: Was sagt dieses Kind über seinen Vater? Was sagt seine Exfrau? „Reden können Sie über so einen Beruf nicht“, hakt er nach. Es fehlen Bilder und Aussagen. Aber vielleicht war das der besondere Trick des Regisseurs: Den Master of Disaster gibt's nur ohne all das. Denkt mal bitte darüber nach, was das für den Rest der Welt bedeutet. Und so geht man raus aus dem Parallel-„Universe“ der Finanzspekulation mit seinem Automatenwesen und denkt: Eines, das aus solchen Elendsverursachern und Schreibtischkillern besteht, muss es nicht unbedingt geben. Das Leben mitsamt seinem ganzen Inhalt ist hier ein Wegwerfprodukt.

Wie sein Sujet, die Finanzbranche, stellt dieser Film sehr erfolgreich ein Produkt her, von dem man anschließend noch eine ganze Weile was hat: Hass auf diesen Unsinn.

**„Master of the Universe“. D/A 2013. Regie: Marc Bauder.
Kinostart: 7. November 2013**

Autor: Jürgen Kiontke, Redakteur des DGB-Jugend-Magazins Soli aktuell und Filmkritiker u.a. für das Amnesty-Journal.

„Taksim-Gezi“ und die Erdogan-Türkei

von Safer Çınar

Es begann ganz „harmlos“ und sollte zu einem Wendepunkt der neueren Geschichte der Türkei werden. Am 28. Mai 2013 demonstrierten Menschen gegen ein geplantes Bauprojekt auf dem Gelände des Gezi-Parks, der unmittelbar an den zentralen Taksim-Platz in Istanbul angrenzt. Das Bauprojekt sollte auf einem der seltenen

innerstädtischen Parks errichtet werden. Das war schon – insbesondere für Umweltaktivisten – ein Grund, dagegen zu protestieren.

Der Taksim-Platz

Es gab aber einen noch tiefer gehenden Grund: Früher einmal stand hier eine 1780 gebaute Kaserne, die Taksim Kışlası bzw. später Halil Paşa Topçu Kışlası. Sie wurde 1939 abgerissen, wie einige Kreise behaupteten, „um ein Symbol des Osmanischen Reiches (dem Vorgänger der Republik) zu beseitigen.“ Umhüllt von der Fassade der alten Kaserne sollte hier laut Planung 2013 ein Shopping- und Kulturcenter entstehen. Nun wird wiederum von anderen Kreisen behauptet, der Wiederaufbau der Kaserne sei ein Teil der „Re-osmanisierungspolitik der – islamischen - Regierungspartei AKP.

Welchen Grund es auch für die AKP geben möge, hier die Umriss der alten Kaserne wieder auferstehen zu lassen, das Gelände hat eine noch andere, brisante Historie: Dieses Gelände war im (Osmanischen Reich) im Besitz der Armenischen Gemeinde und wurde auch als Friedhof genutzt. Nach einer Pestepidemie 1865 wurde der Friedhof stillgelegt. Danach gab es (sowohl zur Zeit der Osmanen als auch der Republik) immer wieder Versuche, das Gelände in Kommunal- bzw. Staatseigentum zu überführen. Schließlich wurde 1933 das Gelände durch Gerichtsbeschluss der Kommune Istanbul übertragen, 1939 wurden große Teile parzelliert und verkauft.

Zurück zum Protest: Die Zahl der an dem Protest teilnehmenden Menschen wuchs stündlich, sie blieben über Nacht, andere kamen hinzu. Immer mehr Menschen aus unterschiedlichsten gesellschaftlichen Kreisen solidarisierten sich mit der Bewegung, sie brachten Lebensmittel, organisierten sanitäre und medizinische Dienste. Auch in anderen Städten in der Türkei formierten sich Solidaritätsbewegungen, Demos, Camps, etc. Es gab Solidaritätsaktionen in 77 der 81 Provinzen in der Türkei.

Die Räumung

Am 12. Juni 2013 wurde der Platz gewaltsam geräumt, die Polizei ging mit massiver Gewalt, unter Einsatz von Tränengas, Pfefferspray, Wasserwerfern, Schlagstöcken, Plastikgeschossen und z.T. scharfer Munition gegen die Menschen vor. Ebenso brutal verhielten sich die Sicherheitskräfte in anderen Städten der Türkei. Laut einer Meldung von Amnesty Deutschland vom 2.10.2013 sind landesweit „mindestens 8000 Menschen verletzt worden. Der Tod von mindestens drei Demonstranten kann direkt auf den Einsatz von exzessiver Gewalt der Sicherheitskräfte zurückgeführt werden.“ Hunderte wurden mit fragwürdigen Begründungen inhaftiert, auf sie warten langjährige Haftstrafen, unter ihnen sind mehr als 20 Twitter-Nutzer - wegen angeblich "irreführender Botschaften“.

Sogar aus den Polizeikräften gab es einzelnen Widerspruch gegen das Vorgehen. Die Tageszeitung Radikal berichtete am 9.6.2013, dass 6 Polizeibeamte auf Grund des Stresses Selbstmord begangen hätten (was naturgemäß dementiert wurde). Das 1. Verwaltungsgericht Istanbul annullierte am 6.6.2013 die diesbezüglichen Baupläne, die Regierung hält aber am Projekt fest.

Die größten Proteste seit der Staatsgründung

Warum kann der Protest als ein „Wendepunkt“ bezeichnet werden? Zum ersten Mal in der 90-jährigen Geschichte der Republik hat es eine Protestbewegung gegeben, die landesweit stattfand, an der Millionen Menschen aus allen gesellschaftlichen Klassen und Schichten teilgenommen haben. Und das erstaunliche war: Es hat keine Organisationen im Hintergrund gegeben, weder politische Parteien, noch Gewerkschaften, noch NGOs oder andere.

Einige Beispiele für die Breite der Protestierenden: In der Türkei gibt es die Regelung, dass die Fans der „großen“ Fußballvereine nicht an Auswärtsspielen teilnehmen dürfen, weil es in den letzten Jahren jedes Mal massive Ausschreitungen und auch Verletzte und Tote gegeben hat. Nun haben gerade die großen Fanclubs gemeinsam die Proteste unterstützt, sind Arm in Arm mit ihren Vereinsfahnen zu Demos und Kundgebungen marschiert. Noch heute sind bei Fußballspielen Solidaritätsschöre für Taksim-Gezi zu hören – woraufhin sofort der Fernsehsender Lig-TV den Ton abschaltet.

Die Gefahr der Bündnisse

Kemalistische und Kurdische Symbole wurden auf den Demos nebeneinander gezeigt, ohne dass es zu Reibereien gekommen ist. „Westlich“ gekleidete Frauen und „islamisch“ gekleidete Frauen protestierten gemeinsam. Der Imam der nahe gelegenen Dolmabahçe Moschee öffnete Tag und Nacht die Türen, um die Menschen zu verpflegen und Verwundete medizinisch betreuen zu lassen. Tagelang bemühten sich die regierungstreuen Medien die Meldung zu verbreiten, in der Moschee wäre Alkohol ausgeschenkt worden, aber vergebens, sie konnten nichts nachweisen. Im Herbst wurde der Imam dann „turnusmäßig“ versetzt.

Auch Teile der Medienlandschaft haben sich als Sprachrohr der Regierung hervorgetan: Während viele Sender live vom Taksim Platz berichteten, lief bspw. in CNN-Türk ein Film über Pinguine. Im Juni wurde die bereits gedruckte Ausgabe der viel gelesenen Monatszeitschrift ntv-tarih (ntv-Geschichte), die sich den Gezi-Protesten gewidmet hatte, vom Herausgeber eingestampft. Sicherlich haben die Protestierenden im Laufe der Aktionen von Parteien und Organisationen

Unterstützung erhalten, aber auch diese Organisationen sind von der Spontanität und der Dimension der Proteste überrascht und überrollt worden.

Angst vor Geschlossenheit

Neben dem autoritären Staats- und Gesellschaftsverständnis (nicht nur) von Ministerpräsident Erdoğan hat sicherlich diese Unorganisiertheit zu den brutalen Reaktionen der Regierung und der Polizei beigetragen. Wieso? Es war einfach unvorstellbar, dass landesweit Bürger_innen unterschiedlichster Herkunft spontan und unorganisiert zu einem lange andauernden Protest zusammenkommen können. Es wurden Komplotttheorien von „seriösen“ Personen und Massenmedien in die Welt gesetzt, wo jeder Romancier vor Neid erblassen würde. Beispielsweise wurde einem einige Wochen vor Beginn der Proteste aufgeführten Theaterstück unterstellt, hier sei der „Aufstand von Taksim“ geprobt worden. Und natürlich war wie üblich alles „vom Ausland /den Feinden der Türkei“ gesteuert worden.

In der Regierungspartei AKP gab es kurzweilige Bemühungen, die Lage zu entschärfen. Als Erdoğan sich im Ausland aufhielt, riefen Staatspräsident Gül und der stellvertretende Ministerpräsident Arınç Aktivisten und Sicherheitskräfte zur Besonnenheit auf, entschuldigten gar das überharte Vorgehen der Sicherheitskräfte. Nach Erdoğan's Rückkehr setzte sich allerdings die harte Linie wieder durch, nach seiner Devise „wir wurden mit absoluter Mehrheit gewählt, wer was anderes will, soll die nächsten Wahlen abwarten.“

Auch der „moderate“ Minister für die Beziehungen zur EU, Egemen Bağış, schlug in die gleiche Kerbe: „Falls eine andere Regierung gewollt wird, muss dies an der Wahlurne geschehen“. Zudem beschuldigte er den BBC „die Aktivisten zum Vandalismus“ zu ermutigen. Außerdem hätte ja die Polizei bei den „Aufständen in London“ ebenso hart durchgegriffen.

Reaktionen

Wie erwähnt sind politische Parteien, Gewerkschaften und NGOs von der Entwicklung überrascht worden. Erst am 4.6.2013 fand ein vom Dachverband der Beamten- und Angestelltenvereinigungen KESK ausgerufenen Generalstreik statt. Am 17.6.2013 riefen DİSK (Konföderation Demokratischer Arbeitergewerkschaften), KESK, TMMOB (Vereinigung der Ingenieurs- und Architektenkammern der Türkei), TTBB (Vereinigung der Ärzte der Türkei), TDB (Vereinigung der Zahnärzte der Türkei) gemeinsam zu einem landesweiten Generalstreik auf, der in mindestens 10 Provinzen befolgt wurde. Auch in den darauffolgenden Tagen haben die Gewerkschaften verschiedene Solidaritätsaktionen durchgeführt.

Beide Streiks hatten zwar großen Zulauf, konnten aber keine Änderung der Regierungspolitik bewirken. Im Ergebnis wäre es nicht ungerecht festzuhalten, dass die Taksim/Gezi-Protestbewegung unabhängig von Massenorganisationen entstanden und gelaufen ist. Zu erwähnen ist auch, dass sogar der Präsident der TÜSİAD (Vereinigung der Geschäftsleute und Industriellen der Türkei) erklärte, dass nicht nur Wahlen eine Demokratie ausmachen und er forderte eine Erweiterung der demokratischen Rechte.

Was bleibt?

Die Lage hat sich nunmehr „äußerlich“ beruhigt, aber wie am Beispiel der Protestrufe bei Fußballspielen ersichtlich wird, lebt der „Geist“ des Protestes weiter. Immer wieder finden in verschiedenen Städten Aktionen statt, die an die Taksim/Gezi-Proteste erinnern. Diese alle gesellschaftlichen und politischen Trennungslinien überschreitende Protestbewegung ist einmalig in der Geschichte der Republik. Sie hat aufgezeigt, dass das Verbindende über das Trennende gestellt werden kann und muss. Dies wird sich sicherlich langfristig positiv auf die Demokratisierung auswirken.

Trotzdem darf nicht vergessen werden: Die AKP liegt bei Umfragen immer noch bei über 50 %. Wohin diese „Zweiteilung der Gesellschaft“ sich entwickeln wird, ist schwer auszumachen und könnte im ungünstigen Fall die kleinen Schritte der Demokratisierung ernsthaft gefährden.

Autor: Safer Çınar, geboren am 20. Mai 1946 in Brüssel, seit 2003 Mitglied des Landesbeirates für Integration und Migration des Berliner Senats

Die Geburt des Rundfunks

von Dr. Andreas Splanemann

Vor 90 Jahren, am 29. Oktober 1923, wurde der deutsche Unterhaltungsrundfunk in Berlin gestartet. Abends um 20.00 Uhr ging es auf Welle 400 los mit einer kurzen Ansage, dann folgte Klaviermusik mit Gesangbegleitung, Klarinetten und Violinen, alles live gespielt. Dazwischen einige Stücke, abgespielt von Schallplatten. Nach einer Stunde folgte die Nationalhymne ebenfalls von der Schallplatte, gespielt vom Infanterie-Regiment III/9. Damit war der erste Sendetag beendet und der Sender

wurde wieder abgeschaltet. Auch vor dem 29. Oktober gab es schon auf verschiedenen Frequenzen diverse Versuchssendungen mit Sprache und Musik. Aber ein regelmäßiges Rundfunkprogramm für die Allgemeinheit gab es noch nicht. Daher gilt der 29. Oktober 1923 als der offizielle Rundfunkstart in Deutschland.^[1] In anderen Ländern war man zu diesem Zeitpunkt schon viel weiter, regelmäßige Programme gab es u.a. in England, den Niederlanden und Frankreich.

Das neue Massenmedium in falschen Händen

Mit dem Sendebeginn wurde – zumindest aus heutiger Sicht in Deutschland ein neues Medienzeitalter eingeleitet, das neben der kulturellen und politischen auch eine wichtige wirtschaftliche Bedeutung hatte. Der Rundfunk entwickelte sich schon bald zu einem Massenmedium, bereits 1925/26 gab es eine Million Hörerinnen und Hörer, Ende 1927 hatte sich die Zahl bereits verdoppelt. Diese Möglichkeiten machten sich bekanntlich knapp zehn Jahre nach dem Start des Rundfunks, sofort nach dem Zusammenbruch der Weimarer Republik, die Nationalsozialisten zunutze. Sie sorgten dafür, dass die Empfänger eine preiswerte und erschwingliche Massenware wurden. Das Konzept für den Volksempfänger VE 301 entwickelte die Berliner Firma Seibt, das Gerät wurde auf der Funkausstellung im August 1933 präsentiert. An dieser Stelle sei erwähnt, dass die Nazis die Empfangstechnik nicht neu erfanden. Auch die Bezeichnung „Volksempfänger“ stammt nicht von ihnen, denn der Name wurde bereits 1930 für ein anderes Gerät verwendet^[2]. Die Sendeanstalten und damit auch die Programme wurden durch die Nationalsozialisten ab Februar 1933 radikal verändert und als Propagandainstrumente missbraucht. Zum Startzeitpunkt im Oktober 1923 war diese Entwicklung natürlich noch nicht absehbar.

Der neue Rundfunk hatte viele Kritiker, nicht wenige sahen in den Plänen, von nun ab ein regelmäßiges Radioprogramm auszusenden, einen unnötigen Luxus. Wieder andere befürchteten, dass der Rundfunk in falsche Hände geraten und als Waffe gegen die junge Republik verwendet werden könnte. Aus diesen Gründen waren die Politiker sehr zögerlich und vorsichtig bei der Einführung des Rundfunks. Es stand nie zur Debatte, die technischen Sendeeinrichtungen etwa von Privatfirmen betreiben zu lassen, obwohl die drei großen Funkfirmen jener Zeit – Telefunken, Lorenz und Huth – Interesse signalisierten. Als besonders abschreckend empfand man im Innen- und Postministerium die Entwicklung in Amerika, wo es zur damaligen Zeit keine Sende- bzw. Empfangsbeschränkungen gab und nahezu jeder Interessierte eine Sendestation errichten durfte. Das führte zu chaotischen Zuständen, die auch den Behördenfunk bedrohten. Zudem waren viele der deutschen Postleute und Politiker, die sich mit Funkfragen befassten, gar nicht daran interessiert, einen Rundfunk für jedermann auf die Beine zu stellen. In den Jahren 1921 bis 1923, als in anderen Ländern der Rundfunk bereits eingeführt war, diskutierten deutsche Politiker – wenn überhaupt – eher darüber, welche Möglichkeiten es gäbe, um die Wirtschaft per Funk

aktuell mit Daten und Nachrichten zu versorgen. Ziel war die Verbesserung der deutschen Wettbewerbsfähigkeit. Seit Mai 1919 gab es den „Eildienst“, einen halb-offiziellen Wirtschaftsnachrichtendienst, der aus dem Auswärtigen Amt hervorgegangen war. Der Eildienst verbreitete seine Meldungen ab Juni 1920 regelmäßig und täglich mehrmals auch über Funk in Morsetelegraphie, wobei der starke Sender in Königs Wusterhausen genutzt wurde. Ab 1. September 1922 wurde der „Wirtschaftsrundspruch“ funktelefonisch gesendet, zwar codiert, aber als gesprochenen Text. Das zentrale Büro des Eildienstes mit einem Sprecherraum befand sich in der Nähe des Berliner Bahnhofs Friedrichstraße. Von dort wurden die Informationen über eine Postleitung zum Sender in Königs Wusterhausen geschickt. Abonnenten des Eildienstes gab es im ganzen Reich, denn der Sender war deutschlandweit zu hören. Die Lizenzgebühren waren jedoch so hoch, dass sich Privatleute die Teilnahme am Wirtschaftsrundspruch nicht leisten konnten. Zu den Kunden gehörten zum Beispiel Handelsunternehmen und Banken. Der Eildienst betrieb zudem in ganz Deutschland Nebenstellen, von denen die Rundsprüche aufgenommen wurden, um per Boten oder Telefon weitere Nachrichtenkunden zu versorgen.

Voraussetzungen für die Funkindustrie werden geschaffen

Bevor der erste Rundfunksender seinen Betrieb aufnahm, gab es unterschiedliche Vorstellungen darüber, wie der Rundfunk funktionieren sollte und welche Gesellschaft den Programmbetrieb übernehmen sollte. Im Gespräch war unter anderem ein „Saalfunk“. Das Programm sollte über einen Großsender – zum Beispiel in Königs Wusterhausen – deutschlandweit abgestrahlt werden. In Sälen sollten Lautsprecher aufgestellt werden, um dem zahlenden Publikum den Rundfunk wie bei einer Theatervorstellung zu präsentieren. Die Umsetzung derartiger Pläne wäre technisch schwierig geworden, da weder die Übertragungsqualität ausreichte, noch leistungsfähige Großlautsprecher zur Verfügung standen. Auch die Funkindustrie war interessiert, Sender zu betreiben und zugleich ein Monopol zum Vertrieb der Empfangsgeräte zu erhalten. Den Zuschlag erhielt die „Deutsche Stunde“. Dieser Gesellschaft, Mitte 1922 gegründet, stand Ernst Ludwig Voss vor, der auch Chefredakteur des Eildienstes war. Die „Deutsche Stunde“ war zudem die Mutter aller Programmgesellschaften.^[3] Es wurde politisch entschieden, das Programm nicht über einen zentralen Sender auszustrahlen, sondern über dezentrale Sender. Dazu wurden von der „Deutschen Stunde“ insgesamt neun regionale Programmgesellschaften gegründet.

Allerdings erhielt von Anfang an nicht nur eine Privatfirma alleine die Senderechte, sondern es war auch noch eine zweite Gesellschaft beteiligt, nämlich die regierungsnaher „Aktiengesellschaft für Buch und Presse“. Vereinfacht ausgedrückt, kann man sagen, dass die Deutsche Stunde für den unterhaltenden Teil zuständig war und Buch und Presse die politischen Nachrichten zuliefern sollte. Wobei

anzumerken ist, dass es zu Beginn des Programms keine „Nachrichtensendungen“ im heutigen Sinne gegeben hat. Die Struktur des Programms und die rundfunktypischen Programmelemente wie Nachrichten mit Wetterbericht, Hörspiel, Kinderfunk, Schulfunk oder Sendespiel entwickelten sich erst im Lauf der Jahre. Auch gab es für viele Dinge noch nicht die heute üblichen Bezeichnungen. So wurden beispielsweise die Rundfunkbeiträge, Musik oder gesprochenes Wort, anfangs „Vorträge“ genannt, das Programm hieß „Vortragsfolge“.

Das Programm speiste sich aus Schallplattenmusik oder Live-Darbietungen. Andere „Konserven“ gab es noch nicht, Tonbandgeräte kamen erst Mitte der 30er Jahre auf. Daher sind – bis auf wenige Schallplattenaufnahmen aus der Zeit – kaum akustische Zeugnisse aus der Anfangszeit des Hörfunks überliefert. Beliebt und weit verbreitet war zum Beispiel in der Anfangszeit der belehrende Fach-„Vortrag“. Dazu wurden Experten (und auch einige, jedoch wenige Expertinnen) aller nur denkbaren Richtungen in das Funkhaus geladen, um über ein vorgegebenes Thema zu sprechen. „Politische Neutralität“ wurde dabei Groß geschrieben, wichtig war der kulturelle und bildungspolitische Anspruch.

Improvisierter Beginn im Voxhaus

Die Redaktionsräume des Berliner Senders und Räume, die man heute als „Studio“ bezeichnen würde, befanden sich ebenso wie die technischen Sendeeinrichtungen im „Voxhaus“, Potsdamer Straße Nr. 4. Der erste Sender, der sich unmittelbar neben dem „Studio“ befand, war ein Eigenbau der Post. Er wurde innerhalb von zwei Wochen mit Teilen aus Lagerbeständen schnell zusammengebaut.^[4] Der Aufnahmeraum (das „Studio“) und der Senderraum waren in der ersten Zeit nur durch einen Vorhang voneinander getrennt und unter dem Dach im Voxhaus auf engstem Raum untergebracht. Als Mikrophon diente in der ersten Zeit eine Telephon-Sprechkapsel. Die Startbedingungen waren damit sehr einfach und improvisiert, erst nach und nach wurden die Einrichtungen verbessert und optimiert.

Am 18. Oktober 1923 war die Anlage sendefertig und die ersten Versuchssendungen konnten beginnen. Der Sender lieferte noch keine ausreichende Klangqualität und produzierte heftige Verzerrungen. Aufgrund der technischen Probleme wurde er nach wenigen Wochen im Dezember 1923 ersetzt. Die Antenne, mit der die Sendeenergie abgestrahlt wurde, war nicht besonders hoch auf dem Dach des Vox-Hauses und den Dächern der angrenzenden Gebäude montiert, so dass der Sender mit einer geringen Sendeleistung und der unzureichenden Antennenanlage zu diesem Zeitpunkt noch keine besondere funktechnische Reichweite erzielen konnte.

Um das neue Programm empfangen zu können, war zunächst eine von der Post ausgestellte Empfangsgenehmigung notwendig. Hierfür wurde eine Rundfunkgebühr erhoben, die nach der Inflation zwei Reichsmark pro Monat betrug. Das zum

Empfang notwendige Radio musste ebenfalls offiziell zugelassen sein. Die Post, die die Sender betrieb, prüfte die Empfangs-Apparate, stempelte und verplombte sie, damit an den Empfängern keine technischen Manipulationen vorgenommen werden konnten. Es war auch zunächst verboten, andere als die voreingestellten Empfangsbereiche abzuhören. Somit war auch der Empfang mit selbstgebaute Apparaten zunächst illegal.

Der Start des neuen Mediums fand vermutlich vor nur wenigen Zuhörern statt. Im Oktober 1923 befand sich die Inflation auf ihrem Höhepunkt, und viele Menschen sorgten sich um das Überleben, „Radi Hören“ war für die meisten reiner Luxus.

Radiohören anno 1923

Es gab auch schon 1923 Radioempfänger mit Röhren, aber das vermutlich am weitesten verbreitete Gerät dürfte der Detektorempfänger gewesen sein. Der Empfänger kommt ohne Stromversorgung aus, die Energie liefern die empfangenen Radiowellen. Er besteht im einfachsten Fall aus nur sehr wenigen Bauteilen, zu denen auf jeden Fall ein Spule und ein Drehkondensator zur Abstimmung gehören. Beide Bauteile bilden einen Schwingkreis, zudem wird noch ein Kristall, der „Detektor“ zur Gleichrichtung verwendet. Er steckte in einer Metallfassung und mit einer Metallnadel musste auf dem eingespannten Stückchen Pyrit oder Bleiglanz nach dem lautesten Empfang gesucht werden. Am Ausgang dieses Einfachstradios wurde ein Kopfhörer eingestöpselt. Außerdem benötigte das Radio eine möglichst gute Außenantenne und eine Erdung. Dann konnte man mit einigem Geschick und Glück bei der Abstimmung des Geräts in bescheidener Qualität dem Rundfunkprogramm lauschen. Die preiswerten Detektorradios waren übrigens auch noch nach dem 2. Weltkrieg verbreitet. Es gab im Laufe der Zeit zahlreiche Versuche, die Leistung des Detektorradios zu verbessern. Ein Röhrengerät hingegen eröffnete zwar mehr Empfangsmöglichkeiten und produzierte vor allem einen lautereren Empfang, aber der Aufwand dafür war enorm und teuer. Netzgeräte gab es 1923 noch nicht und so musste der Radioamateur zwei Batterie- bzw. Akkumulatorensätze bereithalten, um das Radio betreiben zu können, denn die energiedurstigen Röhren brauch(t)en eine Heizspannung von rund sechs Volt und eine rund zehnmal so hohe Anodenspannung.

Zum Start des Rundfunks gab es viel zu wenig Radioapparate auf dem Markt, die Industrie konnte die benötigten Empfänger zunächst nicht schnell genug liefern. Neben den wenigen, bis dahin lizenzierten Hörern gab es auch damals schon Amateure, die über den technischen Sachverstand verfügten und ihre Radios selber bauten. Wie groß die Zahl der illegalen Schwarz Hörer 1923 war, ist nicht abzuschätzen. Es ist jedoch bekannt, dass das Interesse an diesem neuen Hobby sehr groß war, denn auch schon vor dem Start des Rundfunks in Deutschland war im Äther einiges los. Nur Deutschland war zu diesem Zeitpunkt wahrlich nicht der

Vorreiter in Sachen Rundfunk. Viele der europäischen Nachbarn waren schneller und betrieben bereits Stationen, die im Mittelwellenbereich sendeten und auch in Deutschland mit entsprechender Ausrüstung zu empfangen waren. Dazu kamen die amtlichen Aussendungen und Versuchssendungen, die es auch in Deutschland gab.

Die Reichspost und das Telegraphentechnische Reichsamt

Für Rundfunkfragen war damals die Reichspost mit dem Telegraphentechnischen Reichsamt zuständig. Für die Berliner Rundfunkgeschichte ist es von großer Bedeutung, dass in der Stadt die obersten Reichsbehörden ansässig waren. Daher wurde in Berlin technisch viel experimentiert. Die gesamte Funktechnik unterstand strengster behördlicher Aufsicht. Die Sender wurden, auch wenn sie von Privatfirmen gebaut wurden, ausschließlich von der Post betrieben. In der Anfangszeit des Radios war der weitaus größte Teil der Hersteller und Zulieferbetriebe in Berlin ansässig. Das hatte unter anderem auch damit zu tun, dass Berlin ein wichtiger Handwerks- und Industriestandort war. Die Elektroindustrie hatte hier einen besonders großen Stellenwert. Industrielle Schwergewichte wie AEG oder Siemens hatten in Berlin ihren Sitz. Mit dem ersten Weltkrieg und der Rüstungsproduktion erlebte die damals noch junge Funkindustrie eine erste Blüte. Firmen wie Telefunken, C. Lorenz oder Erich Huth waren führend bei der Ausstattung des Militärs und vor allem der Marine mit Funkanlagen. Diese drei Firmen waren es auch, denen eine entscheidende Rolle bei dem Aufbau des deutschen Unterhaltungsrundfunks zukam. Die Sender, Antennenanlagen und technisches Zubehör stammten aus ihren Werken, ebenso wie die Empfänger. Schon bald nach dem Start des Rundfunks in Berlin wurde auch in anderen Teilen des Reichs der Sendebetrieb aufgenommen. Das Sendernetz wurde von der Reichspost in Zusammenarbeit mit den bereits genannten drei Firmen Telefunken, Lorenz und Huth systematisch auf- und ausgebaut.

Wachsendes Interesse am Rundfunk

Das Interesse am Rundfunk wuchs, wenngleich der Start unter sehr schwierigen Bedingungen stattgefunden hat. Die technischen Verbesserungen und größere Reichweite der Sender waren wichtige Voraussetzungen. Aber auch der starke Ausbau des Programmangebots führte dazu, dass die Hörerschaft ständig wuchs. Bereits ein Jahr nach dem Start des Rundfunks in Berlin fand hier vom 4. bis 14. Dezember 1924 die erste Große Deutsche Funkausstellung statt. Dazu war eine eigene Messehalle, die Straumersche Funkhalle, am heutigen Messedamm gebaut worden, praktisch auf der anderen Straßenseite vom heutigen ICC. Der Funkturm wurde später in den Jahren 1925/26 hinter der Halle errichtet. Er war ein weithin sichtbares Symbol der neuen Zeit. Professor Heinrich Straumer (1876 bis 1937) war der Architekt des Funkturms und der Funkhalle, die nunmehr als Veranstaltungs- und Ausstellungsort für die Funkindustrie diente, aber auch anderweitig genutzt wurde. Aus technischen und aus Kostengründen wurde die Halle aus Holz gebaut, was ihr

1935 zum Verhängnis wurde. Während der Funkausstellung am 19. August 1935 brannte die Halle ab, so dass heute auch dieses Gebäude nicht mehr erhalten ist. Das wachsende Interesse an den Ausstellungen führe dazu, dass die Ausstellungsfläche auch für die jährlich stattfindenden Funkausstellungen ständig erweitert wurde. Die erste Funkausstellung 1924 stand noch ganz im Zeichen des Experimentierens, das neue Medium wurde vor allem in technischer Hinsicht vorgestellt und erläutert. Über 170.000 Besucher kamen und staunten. Die Funkausstellungen wurden zu einem Schaufenster der Industrie und in Jahresschritten ließ sich der technische Fortschritt ablesen.

In Berlin sind die meisten Spuren des frühen Rundfunks verschwunden, fast alle großen Radiofirmen und Zulieferbetriebe, die damals in Berlin ansässig waren, sind verschwunden. Nur noch wenig erinnert an „Elektropolis“ und die wichtige Rolle, die die Funk- und Radioindustrie in Berlin einmal gespielt hat. Krieg, die Nachkriegszeit und der Bauboom der Nachwendezeit haben dafür gesorgt, dass viele der Produktionsstätten zerstört und abgerissen wurden. So ist zum Beispiel auch das Berliner Vox-Haus, aus dem heraus der Start des ersten regelmäßigen Rundfunkprogramms erfolgte, aus dem Stadtbild und dem Gedächtnis der Stadt verschwunden. Das kriegsbeschädigte Haus stand zu Zeiten des Mauerbaus und der Teilung der Stadt an einem toten Ende West-Berlins. Es wurde 1971 abgerissen. Nach dem Fall der Mauer entwickelte sich der Potsdamer Platz wieder zu einem belebten Zentrum Berlins, die Neubebauung begann. In diesem Zuge wurde die alte Potsdamer Straße, an der das Vox-Haus einmal gestanden hatte, verlegt. Es lässt sich heute nicht mehr genau sagen, wo sich die alte Adresse „Potsdamer Straße Nr. 4“ – das Vox-Haus – befunden hat.^[5] Zu Recht wird beklagt, dass es weder eine Gedenktafel noch einen Hinweis auf dem Straßenschild der „Voxstraße“ gibt, dass hier am 29. Oktober 1923 um 8 Uhr abends der deutsche Unterhaltungs-Rundfunk gestartet wurde.

[1] Im Internet:

<http://www.dra.de/rundfunkgeschichte/75jahreradio/anfaenge/voxhaus/index.html>

[2] So wurde der Empfänger EL 82 der Firma Signalbau Huth als „Volksempfänger“ bezeichnet. So nachzulesen z.B: im Arlt-Radiokatalog von 1930, S. 15.

[3] Siehe dazu Winfried B. Lerg, Rundfunkpolitik in der Weimarer Republik (= Rundfunk in Deutschland, hrsg. von Hans Bausch, Bd. 1), München 1980.

[4] Friedrich Weichart, In 14 Tagen einen Sender für Berlin, Rundfunk-Jahrbuch 1930, S. 43; Hans Rindfleisch, Technik im Rundfunk, Norderstedt 1985.

[5] Rainer Steinführ hat den Versuch einer genauen Ortsbestimmung unternommen und das Ergebnis auf seiner Internetseite veröffentlicht:
<http://www.olderadioworld.de/voxd.htm>

Autor: Dr. Andreas Splanemann, geboren 1959 in Berlin, Pressesprecher und Grundsatzreferent des ver.di-Landesbezirks Berlin-Brandenburg

Klimapolitik in Kanada

von Dr. Erich Vogt

Felix Kanada! Das sagt selbst der große und mächtige Nachbar im Süden. Ihm ist nicht entgangen, dass Kanada inzwischen eine feste Größe ist auf dem Besuchsprogramm hochrangiger Repräsentanten aus Politik und Wirtschaft. Insbesondere Politiker und Wirtschaftsbesitzer aus energiehungrigen Industrie- und Schwellenländern legen heute regelmässig Zwischenstops in Vancouver, Calgary, Toronto und Ottawa ein. Es gilt, mit den rohstoffreichen Provinzen des Landes die Handelsbeziehungen neu zu ordnen.

Aber Kanada hat noch mehr zu bieten als Rohstoffe. Gut 35 Millionen Kanadier aus fast 200 Ländern geben dem Land eine größere ethnische Vielfalt als der 'Melting Pot' New York. Sie geben ihm auch ein gehöriges Maß an Kreativität, die, aufbauend auf gute Bildungsangebote, das Land zu einem 'natural' für die Informations- und Wissenswirtschaft machen.

Hinzu kommt, dass das Land über ein umfassendes Netz an öffentlichen Institutionen verfügt, die Rechtssicherheit und Transparenz ebenso garantieren wie das Versammlungsrecht, freie Gewerkschaften, Meinungsfreiheit und eine freie Presse.

Wirtschaft vor Wahrheit

Die Sicherung dieser Errungenschaften kann jedoch nicht als gegeben vorausgesetzt werden. Im Kampf um kurzfristige politische und wirtschaftliche Vorteile besteht die Gefahr, dass sowohl Human- wie auch Wirtschaftskapital leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden.

Obwohl weder Land noch Leute dafür bekannt sind, mit Wildwest-Methoden für “Ordnung” zu sorgen und so politische Entscheidungen zu erzwingen – kann sich das Land aber nicht ganz den Attitüden und Verhaltensweisen des großen Nachbarn entziehen. Denn das, was zur Zeit die konservative Regierung von Premierminister Stephen Harper in Ottawa mit den in seinen Diensten stehenden Wissenschaftlern macht, erinnert sehr an den ruppigen Umgang der Bush-Administration in Washington mit der Wahrheit und der Wissenschaft. Harper, der seit Jahren ebenso unaufgeregt wie konsequent dem Land seine konservative Agenda überstülpt, hat den in Staatsdiensten tätigen Umwelt- und Klimawissenschaftlern Redeverbot auferlegt. Sie dürfen, wenn überhaupt noch, nur in Begleitung von und nach vorheriger Abstimmung mit Harper-Getreuen die Öffentlichkeit über die Ergebnisse ihrer Forschungsarbeiten informieren.

So durfte der in Staatsdiensten stehende Wissenschaftler David Tarasick seine Ozonloch-Forschungsergebnisse in der Arktis ebenso wenig der Presse mitteilen wie die Wissenschaftlerin Kristi Miller ihre Beobachtungen über einen Virus, der ganze Lachspopulationen in der Provinz British-Columbia dahinrafft. Harpers Maulkorbpolitik ist inzwischen selbst in den Vereinigten Staaten auf Kritik gestoßen. Der an der Universität von Delaware lehrende Ozeanograph Andreas Münchow, der seit Jahrzehnten mit kanadischen Wissenschaftlern von Ottawa finanzierte Forschungsaufträge durchführt, hat die mangelnde Freiheit der Forschung in Kanada sowie die Schwierigkeiten, Forschungsergebnisse ohne Einmischung der Politik in der breiten Öffentlichkeit vorzustellen, in einem öffentlichen Brandbrief scharf kritisiert.

War da nicht ein Grundrecht der Wissenschaftsfreiheit?

Münchow hat darauf hingewiesen, dass die Harper-Regierung durch eine Vielzahl unscheinbarer administrativer Interventionen Wissenschaftler daran hindert, ihre Daten und Analysen zu Themen, die für das Gemeinwohl von Bedeutung sind, zu veröffentlichen. Wahre Forschung und Lehre, so der Wissenschaftler, könne nur in einem Klima der Freiheit und Transparenz gedeihen. Und mit einem Seitenhieb an Harper erinnerte Münchow daran, dass sowohl Forschung wie auch Lehre eingehen ‘in the darkness of secrecy’, wenn nur die Ergebnisse das Licht der Öffentlichkeit erblicken dürfen, die der Politik genehm sind.

Selbst bei wohlwollender Betrachtung kann man nicht übereifrige Bürokraten, die ihren politischen Herren willfährig zuarbeiten, für die grotesken Blüten, die die Maulkorbpolitik der Harper-Regierung bisher betrieben hat, verantwortlich machen. So durfte ein in Staatsdiensten stehender Umweltwissenschaftler ohne Zustimmung des zuständigen Ministers die Presse nicht über eine Flutkatastrophe im Jahre 11.000 vor Christus unterrichten; und einem Kollegen wurde verboten, bei der Vorstellung

seines Romans, der den Klimawandel zum Thema hatte, persönlich anwesend zu sein.

Harpers Entscheidung, den freien Informations- und Wissensaustausch mit der Öffentlichkeit in seinem Sinne zu steuern und zu kontrollieren, selbst da, wo wissenschaftliche Erkenntnisse die Sicherheit und öffentliche Gesundheit der Menschen und der Umwelt tangieren, sind ein offener Angriff auf die Informations- und Redefreiheit der Wissenschaft und ein Angriff auf die demokratische Kultur und Verfassung Kanadas.

Harper wischt solche Einwände noch beiseite. Seine Informationspolitik, lassen seine Getreuen verbreiten, habe lediglich zum Ziel, dass in Staatsdiensten stehende Wissenschaftler nicht mit Erklärungen und Analysen in die Öffentlichkeit gehen, die seine politischen Vorgaben, Initiativen und Ziele de facto konterkarieren. Aus diesem Grund habe Harper seine Minister aufgefordert, alles zu unterbinden, was seiner Agenda den Wind aus den Segeln nehmen und in der Öffentlichkeit zu kontroversen Diskussionen führen könnte.

Das heißt zuvörderst, dass alles, was der absoluten Wachstumsideologie der Regierung Harper abträglich sein könnte, wie kritische Fragen nach dem Einfluss, den die weitere, ungehinderte Nutzung fossiler Brennstoffe auf die Umwelt und das Klima haben, durch entsprechend geschönte Regierungsberichte oder Pressemitteilungen die Spitze genommen wird. Durch die Kontrolle der Informationsflüsse und deren Inhalt soll sichergestellt werden, dass das Harper-Team immer 'on message' ist; und dass die Presse irgendwann das Handtuch wirft und kritische Nachfragen nicht mehr stellt.

Was die Öffentlichkeit bewirken kann

All dies erinnert in der Tat sehr an die Informationspolitik der Bush-Administration. Auch Bush beauftragte von ihm eingesetzte politische Aufsichtsbeamte, wissenschaftliche Berichte und Analysen, die nicht im Sinne seiner Regierungspolitik waren, regierungskonform zu redigieren. So wurden Ausarbeitungen der Umweltbehörde, die sich kritisch mit dem Klimawandel befassten, routinemässig entschärft oder völlig umgeschrieben. Die Versuche der Bush-Administration, mit politischer Macht wissenschaftliche Analysen und naturwissenschaftliche Gesetzmässigkeiten auf Regierungskurs zu bringen, kamen erst zu einem abrupten Ende, als ein 'Whistleblower' der 'New York Times' Beispiele für die systematische Manipulation wissenschaftlicher Berichte zuspilte.

Gleichwohl gingen Manipulation, Einschüchterung und Bevormundung von Umwelt- und Klimawissenschaftlern in den Bundesstaaten weiter, insbesondere in

den konservativen Hochburgen des Südens, wie in Virginia. Dort verlangte der Justizminister, der Republikaner Ken Cuccinelli, dass der von ihm der Datenmanipulation verdächtige Klimatologe Thomas Mann von der University of Virginia, sämtliche Aufzeichnungen seiner wissenschaftlichen Klimaforschung der letzten Jahre einschliesslich des dazugehörigen Schriftverkehrs mit über 40 Klimaforschern, dem Staatsanwalt zur Prüfung überlässt. Ferner verlangte er die Herausgabe aller benutzten Laptops, Festplatten, 'source codes' und Software-Programme.

Erst der Aufschrei in der amerikanischen Fachöffentlichkeit und verschiedener wissenschaftlicher Verbände - wie der American Association for the Advancement of Science -, sowie die strikte Weigerung der Universität, dem Begehren des Justizbehörde nachzukommen, führte zu einer breiten Diskussion in den Medien über die Einmischung politischer Instanzen in den Forschungs- und Lehrbetrieb staatlicher und privater Universitäten. Die von der Universität letztlich angestrebte Klage gegen den Justizminister - und 'Klimaskeptiker' - beim obersten bundesstaatlichen Gerichtshof und dessen Entscheidung, dass das Verlangen des Justizministers einen unzulässigen Eingriff in die Freiheit von Forschung und Lehre bedeute, machten diesem Spuk ein Ende.

Aber auch diese Entscheidung beeindruckte die 'Klimaskeptiker' nicht nachhaltig. Sie setzten ihre Angriffe auf die Klimawissenschaft fort und entwarfen mit finanzieller und politischer Unterstützung von 'Big Oil' Modellgesetze mit dem Ziel, in den Lehrplänen der Schulen den anthropogenen Klimawandel grundsätzlich in Frage zu stellen. In den Parlamenten von Oklahoma, Colorado und Arizona finden zurzeit Beratungen über die Verabschiedung solcher Modellgesetze statt.

Amerikas Medien haben die hinter diesen Initiativen stehenden Absichten sofort erkannt und sie in ihren Berichten und Analysen schonungslos offengelegt. Die New York Times & Co. verstehen sich noch immer als die Vierte Gewalt im Lande, als Gegengewicht zur Exekutiven, Legislativen und Judikativen. Von diesem Selbstverständnis sind die kanadischen Medien noch weit entfernt. Sie haben bescheidenere Ansprüche und pflegen einen eher konzilianten Umgang mit den Mächtigen in Politik, Justiz und Wirtschaft. Im Zweifel sind sie vorsichtig bis abwartend und immer bereit, den ins Kreuzfeuer der Kritik Geratenen mit allzu bohrenden Nachfragen zu verschonen. Die großen 'Scoops' sind die Sache der kanadischen Medien ebenso wenig wie die Vermittlung von Wissen. Sie sehen sich vielmehr als 'ehrliche Makler', als Transporteure von Informationen, die es gilt, der Öffentlichkeit durch die ihr zur Verfügung stehenden Plattformen zeitnah zu vermitteln. Eine Ordnung in der Abfolge von Informationen herzustellen, die Zusammenhänge offen zu legen, aus Informationen Wissen zu machen und ihnen Bedeutung zu geben, das entspricht nicht dem Selbstverständnis der kanadischen Medien.

Der schwierige Weg in die Wissensgesellschaft

Kanadas Medien befinden sich selbst bei wohlwollender Betrachtung noch immer im Stadium der Informationsgesellschaft; in der Wissensgesellschaft sind sie noch nicht angekommen. Ihre Berichterstattung über die Angriffe auf die Umwelt- und Klimawissenschaftler zeigt dies mit großer Offenheit. Zwar wird über die 'Maulkorbpolitik' berichtet, über die möglichen Motive und Ziele, und über die Konsequenzen, die diese Politik nach sich ziehen könnte, wird jedoch kein Wort verloren. Wird es Harper bei der Gängelung 'seiner' Wissenschaftler belassen, oder wird er versuchen, auch die Wissenschaftler an den kanadischen Universitäten unter seine Fuchtel zu bringen? Und welche Konsequenzen hätte das für die weitere politische und wirtschaftliche Entwicklung des Landes. Denn Kanada hat seinen Wohlstand nicht nur seinen Rohstoffen, sondern vor allem auch der exzellenten Forschungs- und Entwicklungsarbeit seiner Natur- und Sozialwissenschaftler und der guten Bildung seiner Bürger insgesamt zu verdanken. Ohne dieses Humankapital hätte das an Rohstoffen reiche Land das Profil vieler Entwicklungsländer.

Von den Medien wird Harper mit Gancehandschuhen angefasst. Er wird weder zu seiner Bush-ähnlichen Informationspolitik kritisch befragt noch zu seinem Verhältnis zur Wissenschaft und dem freien, ungehinderten Austausch von Informationen und Meinungen insgesamt. Es scheint, das es den Vertretern der Medienzunft reicht es, zu diesen Fragen von Ministerien produzierte Pressemitteilungen entgegenzunehmen und diese kommentarlos an die Öffentlichkeit weiterzugeben.

Klar ist, mit der Wissenschaft tut sich der kühle Machtpolitiker Harper schwer; besonders dann, wenn diese Daten und Analysen produzieren, die seinen politischen Zielen widersprechen. Dann ist er geneigt, allen wissenschaftlichen Erkenntnissen zum Trotz, den anthropogenen Klimawandel als eine sozialistische Verschwörung abzutun. Selbst göttliche Eingebungen und Direktiven müssen dann herhalten, um die Bürger und Wähler auf Kurs zu halten.

Solche öffentlichen Auftritte passen überhaupt nicht zu Harpers ansonsten eher ruhiger Art, Themen und Herausforderungen in der Öffentlichkeit darzustellen. Er weiss natürlich, dass mit Verteufelungen und Glaubensanrufen die Gesetze von Physik und Chemie nicht aus den Angeln gehoben werden können; ebenso weiss er, dass sie nicht verhindern können, dass zukünftige Generationen das heutige Wegleugnen gesicherter wissenschaftlicher Erkenntnisse morgen mit einer drohenden Klimakatastrophe werden teuer bezahlen müssen.

Die Rolle der Medien

Gleichwohl scheint es Harper gelungen zu sein, die Medien auf dem Niveau der Informationsverteilung zu halten. Berichte über Umwelt- und Klimathemen sind nach wie vor oberflächlich und hauseigene, kritische Analysen und Kommentare finden so gut wie nicht statt. Eine Auswertung des 'Climate Change Network' über die Berichterstattung zum Klimawandel hat ergeben, dass die Zahl der Artikel über die Klimaforschung von in Staatsdiensten tätigen Wissenschaftlern um 80 Prozent zurückgegangen ist. Als Gründe werden von Redakteuren und Reportern die von der Harper-Regierung errichteten Informationsbarrieren genannt sowie die Nichtverwertbarkeit von Informationen, die letztlich der Presse zugeleitet werden. Die nach einem zeitaufwendigen Hin und Her letztlich freigegebenen Informationen sind in der Regel zum Zeitpunkt der Freigabe entweder nicht mehr relevant oder aber inkohärent. Darüber hinaus fehlt ihnen jeglicher sinngabende Kontext.

Für den Wirtschaftshistoriker und Medientheoretiker Harold Innis ist die lasche Art der Berichterstattung über zeitkritische Themen nichts anderes als Ausdruck des systemkonformen Selbstverständnisses der kanadischen Medien. Ihre primäre Aufgabe, so Innis, sehen sie in der Förderung des Konsums und des Hedonismus. Dass dies so ist, hat die Berichterstattung über drei umwelt- und klimapolitisch herausragende Ereignisse - das Kyoto-Protokoll, den Kopenhagener Klimagipfel und den in der Öffentlichkeit höchst umstrittenen Bau der Ölsandpipeline 'Keystone XL' - in den kanadischen Zeitungen und kommerziellen Fernsehnetworks sehr anschaulich dokumentiert.

Die beiden grossen kanadischen Tageszeitungen 'National Post' und 'Globe and Mail' gaben den Wortführern der fossilen Brennstoffindustrie ausgiebig Platz für das Absetzen ihrer Anti-Kyoto-Haltung; ihrer Ablehnung eines umfassenden, globalen Klimaabkommens mit ernst zu nehmenden CO₂-Reduktionszielen und ihrer absoluten Unterstützung für den Bau einer über 2000 km langen Ölpipeline von den Ölsandfeldern in der Provinz Alberta zu den Raffinerien am Golf von Mexiko. In beiden Zeitungen wurden mitunter die von den Presseabteilungen der Ölunternehmen abgesetzten Mitteilungen Wort für Wort übernommen und als eigene Berichte 'verkauft'. Die klimatologischen Auswirkungen des weiteren, ungebremsten Abbrennens von Kohle, Öl und Gas auf die Erdatmosphäre wurden dabei nicht erwähnt.

Bezeichnend ist auch die redaktionelle Zuordnung der Themen. Sie wurden den Wirtschaftsredaktionen übertragen. Dort wurden den Berichten über die Umwelt und das Klima, volkswirtschaftliche Fakten und Effizienzkriterien gegenübergestellt. Den Umweltredakteuren blieben die 'menschelnden' Stories über das Los der indigenen Populationen im Amazonas und die Mühsal der wasserschleppenden Mädchen in den Grenzgebieten der südlichen Sahara.

Ebenso bezeichnend ist die Behandlung der Klimawissenschaften in der Berichterstattung. Obwohl sich annähernd 99 Prozent der Experten darüber einig sind, dass der seit 200 Jahren andauernde Klimawandel ‘anthropogener’ Natur (also vom Menschen verursacht) ist, produzierte die große Tageszeitung ‘Vancouver Sun’ Überschriften wie “Put Science of Global Warming on Trial” und “The scare tacticians: ‘Scientists’ should face criminal prosecution”. Komplementiert wurden solche Überschriften und Artikel von Op-Ed-Beiträgen von in Klimafragen bisher weniger aufgefallenen Experten wie Sarah Palin. Ausgewiesene Wissenschaftler wie der NASA-Klimatologe James Hansen oder der Universitätswissenschaftler Thomas Mann jedoch kommen nicht zu Wort.

Kanadische Wissenschaftler, die mit Harper und der Öl-, Kohle- und Gasindustrie hart ins Gericht gehen, müssen oft auf amerikanische Zeitungen ausweichen. Sie werden dafür mit Spott und Häme von Harper-Getreuen, der fossilen Energieindustrie und den in ihrem Auftrag tätigen Kolumnisten und Lobbyisten übergossen. So erging es unlängst dem an der Balisillie School für Internationale Angelegenheiten lehrenden Politikwissenschaftler Thomas Homer-Dixon. Die vom Blackberry-Gründer Jim Balsillie gegründete wissenschaftliche Einrichtung wurde in einem Rundumschlag von Peter Foster, dem Kolumnisten der ‘National Post’, als “Hort des Sozialismus” und Homer-Dixon als “linker wissenschaftlicher Winzling, der sich als Wortführer für Null-Wachstum versucht zu profilieren” abgetan. Balsillie selbst wurde als “der Kerl, der die Blackberry-Firma RIM in Grund und Boden gewirtschaftet und mit dem Geld der Firma anti-kapitalistische Unternehmungen finanziert hat” diffamiert.

Wahrheitspolitik: Dummheit oder Absicht?

Der Medienwissenschaftler R.W. McChesney stellt hierzu fest: “Strukturell werden die Inhalte (‘content’) der Medienindustrie von einigen, wenigen Faktoren gesteuert. An vorderster Stelle steht das Bedürfnis, mit dem Medienprodukt Profite einzufahren. Dann beeinflussen die Größe des Unternehmens, die Wettbewerbssituation in der Medienindustrie, der Grad der horizontalen und vertikalen Integration, der Einfluss der werbetreibenden Industrie, die besonderen Interessen der Eigentümer und Manager und, wenn auch eher marginal, die Interessen und Wünsche der Mitarbeiter die Inhalte und den Umfang der Berichterstattung und Kommentierung.“

Für McChesney kommt dem, was Kanadas Medienunternehmer politisch und wirtschaftlich wollen, immer noch eine besondere Bedeutung zu. Ihr Einfluss erstreckt sich nicht nur auf die politische Orientierung und die Meinungsseite, auch die Nachrichtenberichterstattung wird von ihnen nachhaltig beeinflusst. Von dieser Unternehmenskultur kann sich kein Journalist lossagen. Sie durchdringt alle Fasern

und Poren eines Unternehmens und beeinflusst nachhaltig, was und wie Redakteure und Reporter ein Thema anpacken.

Die allgemeine Berichterstattung über den Klimawandel in diversen Ländern belegt dies auf geradezu beeindruckende Weise. Eine aktuelle Studie hat wissenschaftlich begutachtete und veröffentlichte Artikel aus den letzten zehn Jahren auf seine Kernaussagen hin untersucht. Von den 928 untersuchten Beiträgen hat nicht einer dem internationalen, wissenschaftlichen Konsens widersprochen, dass wir in einer Hochphase des Klimawandels leben und dass dieser hauptsächlich von Menschen ausgelöst und durch das Verbrennen fossiler Brennstoffen weiter beschleunigt wird. Diese eindeutigen Aussagen haben die Medien des Landes jedoch nicht dazu bewegt, ihre Berichte und Kommentare entsprechend auszurichten. Das 1 Prozent der 'Klimaskeptiker' beansprucht und bekommt nach wie vor überproportional viel Platz in den Nachrichtensendungen der Presse und elektronischen Medien.

Ausgewogener als in der kommerziellen Medienindustrie ist die Berichterstattung über den Klimawandel beim öffentlich-rechtlichen Sender "Canadian Broadcasting Corporation"/CBC. Insgesamt spiegelt dort die Klimadiskussion die wirkliche Gewichtung der wissenschaftlichen und politischen Kräfte im Lande korrekt wider und gibt auch Einblicke in die internationale Klimadiskussion. Das dies so ist, liegt zum einen an der die kanadische Gesellschaft genauer reflektierenden Zusammensetzung der Aufsichtsgremien des Senders und seiner Finanzierung, zum anderen aber auch am Selbstverständnis der Redakteure, Reporter und Produzenten. Sie sehen sich noch in der Tradition des aufgeklärten Journalismus, der durch umfassende Informationsangebote das Interesse seiner Zuschauer für gesellschaftlich wichtige Themen wecken und kultivieren will.

Dass die CBC gleichwohl nicht systematisch und kritisch komplexe Themen wie den Klimawandel 'covert', liegt zum großen Teil an seiner dünnen Finanzdecke. Dies macht sie anfällig für politischen Druck und wirtschaftliche Repressionsversuche. Die Harper-Regierung dreht mit Hinweis auf die staatlichen Defizite stetig an der Sparschraube mit dem Ergebnis, dass die Staatsgelder immer weniger und die Werbegelder immer wichtiger werden. Damit jedoch steigt auch der Einfluss des Marktes auf Sendeformate und -inhalte. Die gewichtigen Rohstoffunternehmen versuchen, wie bei den kommerziellen Medienunternehmen auch, sicherzustellen, dass ihre Sicht der Dinge umfassend den Bürgern des Landes erläutert und schmackhaft gemacht wird.

Freiheit geht nur mit Unabhängigkeit

Wie können sich die Medien aus der Umklammerung der Politik lösen und wie sich dem kommerziellen Geschäftsmodell von Medienmogulen und Medienindustrie entziehen? Dass die Medienindustrie, wie Innis schreibt, eine Geschäftskultur und

ein Geschäftsmodell verkörpert, die primär ausgerichtet ist auf Wirtschaftswachstum und Konsum und auf die Einflussnahme auf alle wesentlichen Bereiche des öffentlichen Lebens, macht die Suche nach alternativen Organisations- und Finanzierungsmodellen unabdingbar.

Kanadas Medien täten gut daran, sich eine Unternehmensstruktur und -kultur zuzulegen, die ihr gegenwärtig von den öffentlichen Universitäten des Landes vorgelebt wird. Journalisten wie Wissenschaftler können nur gedeihen in einem Klima der Offenheit und Unabhängigkeit und in der Gewissheit, dass die Finanzierung ihrer am öffentlichen Gemeinwohl ausgerichteten Arbeit nicht abhängig ist von politischen Wohlgefälligkeiten und Spekulationsgewinnen an der Börse und am Markt. Wissenschaft und Forschung, Informationen und Wissen sind öffentliche Güter, die nicht in den alleinigen Verantwortungsbereich von Politikern oder Wirtschaftsbossen gehören. Folgerichtig müssen sie auch von der öffentlichen Hand, von allen 'stakeholders' verantwortet und finanziert werden.

Die öffentlichen Universitäten in Kanada mit ihren von der Politik und Wirtschaft unabhängigen Selbstverwaltungsorganen haben es geschafft, mit öffentlichen Mitteln Forschungs- und Lehrstätten mit Weltformat aufzubauen und zu unterhalten. Gleichzeitig haben sie allen Versuchen der Wirtschaft und Politik, ihre Unabhängigkeit zu beschneiden, erfolgreich die Stirn geboten. Dass im neuesten weltweiten Universitätsranking immerhin eine Handvoll kanadischer Universitäten in den Top 40 zu finden sind, spricht für den Erfolg sowohl ihrer Wissenschaft wie ihrer Politik. Deutschland tendiert mit dem entgegengesetzten Trend eher zum Gegenteil.

Kanadas Medien würden von solch einer Strukturreform ebenfalls profitieren. Die Medien müssten ebenso wie die Universitäten stärker mit öffentlichen Mitteln abgesichert werden. Eingebettet und umgeben von einer Wissenskultur par excellence könnten Medienschaffende sich nicht nur das nötige Fachwissen aneignen und dies jederzeit auf den neuesten Stand der Entwicklung bringen. Dass angesichts leerer öffentlicher Kassen die Finanzierung der Medien bei der Politik und Wirtschaft auf großen Widerstand stoßen wird, ist vorhersehbar. Gleichwohl würde eine umfassende Diskussion über die Freiheit der Wissenschaft und der Presse im zeitalter der Privatisierungen ebenso die Grundsatzfrage lostreten, welche Initiativen vom Staat mit Steuergeldern finanziert werden sollten und welche nicht.

Autor: Dr. Erich Vogt, lehrt Internationale Entwicklungspolitik, Klimawandel und Nachhaltige Entwicklung, derzeit an der Universität Toronto, Kanada

Eine Regierung, die nicht abwählbar ist

von Robert Misik

In Deutschland und Österreich wurde ja unlängst ein neues Parlament gewählt, in beiden Ländern sind die jeweiligen Regierungen nur mehr interimistisch im Amt, beide Länder schleppen sich gerade durch Koalitionsverhandlungen. Und auch sonst sind ein paar Dinge ähnlich: In beiden Ländern wird wohl die nächste Regierung eine sogenannte Große Koalition aus Sozialdemokraten und Christdemokraten sein. Und in beiden Ländern ist die Sozialdemokratie so ziemlich auf einem historischen Tiefpunkt. Die deutsche SPD kam auf 25,7 Prozent, womit sie es gerade auf das zweitschlechteste Ergebnis ihre Geschichte brachte und fühlte sich am Wahlabend als Verlierer. In Österreich erreichte die SPÖ mit 26,8 Prozent das mit Abstand schlechteste Ergebnis ihrer Geschichte und fühle sich am Wahlabend dennoch irgendwie als Gewinner, weil wenigstens Platz Eins verteidigt werden konnte, was wohl, sofern nicht noch außerordentliche Überraschungen geschehen, für Platz eins und damit für das Kanzleramt reicht.

In Österreich erreichten die rechtspopulistischen Parteien zusammen rund 30 Prozent, was aber niemanden sonderlich aufregte, weil das schon seit rund 15 Jahren unverändert der Fall ist, wenngleich sich die Parteimäntelchen ändern.

In Deutschland erreichte die populistische Alternative für Deutschland beinahe fünf Prozent, scheiterte also knapp am Einzug in den Bundestag, was für aufgeregte Kommentare sorgte.

Bei allen Ähnlichkeiten überwiegen doch die Differenzen

Gewiss, es gibt sowohl in Deutschland wie in Österreich einen Verdruss an der etablierten Politik und den sie tragenden Parteien. Er äußert sich in Deutschland im antipolitischen Gemurmel der Bürger, im Phänomen des Wutbürgers, im regelmäßigen lokalen Aufstieg von Protestformationen, in schwindender Wahlbeteiligung und im NPD-Einzug in ostdeutsche Landesparlamente; seine Symptomatiken sind aber doch eher im schwer fassbaren politisch-klimatischen Bereich. Immerhin erreichte eine "etablierte" Partei, die CDU/CSU nämlich, mit deutlich über 40 Prozent sogar fast eine absolute Mehrheit, und die gewohnheitsmäßig die "Große" genannte Koalitionsform ist tatsächlich eine solche. Sie hat rund 67 Prozent der Wählerstimmen und nahezu 80 Prozent der Bundestagsmandate. Und die AfD schaffte, trotz günstigster Bedingungen für populistischen Protest, den Einzug in den Bundestag eben *nicht*.

In Österreich ist das Klima des Verdrusses endemisch, es liegt über der gesamten politischen Szenerie. Dass "die" es nicht können (wobei "die" die Politiker sind, das Establishment, wer auch immer), ist Konsens beim Wahlvolk, es wird ihm täglich vom Boulevard bestätigt, die Bürger bestätigen es sich wechselseitig in den Pausengesprächen, am Wirtshaustisch, im Kaffeehaus. Die Etablierten, das ist in den Augen der Bürger ein Machtkartell Unfähiger, dem man es zeigen müsse. Das tut man nun schon seit mindestens 27 Jahren (seitdem Jörg Haider 1986 die FPÖ übernommen und den Aufstieg des Rechtspopulismus gestartet hatte). Gerade weil Elemente davon auch wahr sind (die Mediokrität des politischen Personals bei SPÖ und ÖVP ist ja unbestreitbar), ist das gesamte politische Klima der Republik befallen. Die Große Koalition rettete sich diesmal gerade noch einmal über die 50-Prozent-Marke, und dass sie dennoch weiter regieren wird, wird gerade als Beweis für das Kartellhafte dieser Regierungsform angesehen und auch für die Entmündigung des Wahlvolkes: Wir dürfen wählen, aber nachher gibt es eine SPÖ-ÖVP-Koalition. Wir haben eine Regierung, die nicht abwählbar ist.

Das ist vielleicht schon die größte Differenz: Wenngleich Österreich wie die Bundesrepublik demnächst von einer Großen Koalition regiert werden wird, so ist sie erstens nicht alternativlos und zweitens keine nur ungeliebte Konstellation.

Natürlich, die SPD hätte lieber eine Rot-Grüne-Mehrheit, auch Angela Merkel hätte sich sicherlich über eine absolute Mehrheit gefreut, doch es werden in diese Koalition ganz sicher keine Partner gezwungen, die sich eigentlich hassen, aber von den Wählern aneinander gekettet wurden. Außerdem: Große Koalition, das gab es in Deutschland in den letzten 60 Jahren gerade einmal zwei Legislaturperioden lang. Jetzt eben ein drittes Mal. So what? Und man muss das vielleicht so sehen: Deutschland hat schon zweimal vorexerziert, dass man in der Großen Koalition regieren kann, ohne dass sie auf Dauer gestellt würde - also, wie man auch wieder aus ihr raus kommt.

In Österreich regierten SPÖ und ÖVP im letzten Vierteljahrhundert mit Ausnahme der sechs düsteren Jahre der Schüssel-Haider-Koalition (die Gerichte sind mit der Aufarbeitung noch immer nicht fertig), praktisch ausnahmslos gemeinsam, aber es sind Partner, die stets gegeneinander regieren. Jede der beiden würde lieber in einer anderen Konstellation regieren, hat aber keine rechnerische oder keine vernünftige Alternative. Die ÖVP könnte sich immerhin mit der rechtsradikalen FPÖ und den Abgeordneten der rechtspopulistischen Milliardärsparterie "Team Stronach" zusammen tun, aber eine solche Koalitionsform (ein "Käfig voller Narren" wäre ein Hilfsausdruck) wird sie wohl nicht riskieren, noch dazu in Krisenzeiten. Freilich, völlig sicher kann man sich nie sein, dass die ÖVP nicht doch der Wahnsinn packt.

In Österreich sind wir längst in einer Situation, in der die Wähler die Große Koalition satt haben und gerade deshalb immer wieder für Wahlergebnisse sorgen, die nichts

anderes als eine Große Koalition zulassen. Indem sie gegen das Machtkartell von SPÖ und ÖVP durch die Wahl rechtspopulistischer und antipolitischer Parteien protestieren, zementieren sie gerade dieses Machtkartell. Es ist so eine Art Falle ohne Ausweg.

Bei allen Differenzen ist Österreich eine Warnung, gewissermaßen eine postdemokratische Potentialität: Wenn die Wähler das Vertrauen in die Funktionstüchtigkeit demokratischer Institutionen verlieren, wenn Parteien nicht mehr in der Lage sind, Hoffnungen zu bündeln oder auch nur glaubwürdig für die Lösung von Problemen zu stehen, wenn die Wähler glauben, ohnehin keine Wahl in einem eminenten Sinn zu haben - dann sorgen sie für Wahlergebnisse, die die demokratischen Institutionen erst recht funktionsuntüchtig machen.

Letztendlich kann das überall passieren.

Autor: österreichischer Publizist und Journalist, geboren am 3. Januar 1966 in Wien

Neoliberaler Extremismus

von Tomasz Koniecz

Wie die neoliberale Hegemonie die Formierung der europäischen Neuen Rechten befördert

Sind Europas rechte Rattenfänger die wahren politischen Krisenprofiteure? Die Eurokrise scheint tatsächlich vor allem eine politische Entwicklung beschleunigt zu haben: den Aufstieg einer populistischen oder extremistischen Rechten, der sich in Wahlerfolgen wie erschreckend hohen Zustimmungswerten äußert. Wahlsiege von Rechtsparteien oder eine im Aufstieg befindliche Rechtsbewegung charakterisieren die politische Landschaft in so unterschiedlichen Ländern wie Österreich, Norwegen, Großbritannien, Finnland, Ungarn, Griechenland oder der Schweiz.

Selbstverständlich reiht sich auch das Wahlergebnis in der Bundesrepublik in diesen europäischen Rechtstrend ein. Werden die Stimmen der knapp an der Fünf-Prozent-Hürde gescheiterten FDP und der „Alternative für Deutschland“ (AfD) mit denen der

CDU addiert, dann haben rund 51 Prozent aller an der vergangenen Bundestagswahl teilnehmenden Bundesbürger ihre Stimme einer Partei der politischen Rechten gegeben. Zudem wächst gerade mit der AfD eine klassisch rechtspopulistische Kraft heran, die ihre programmatische Euroskepsis mit deutschtümelndem Chauvinismus und offenem Hass auf marginalisierte Bevölkerungsgruppen paart.

Während Parteichef Bernd Lucke im Wahlkampf unter tosendem Applaus vor dem „sozialen Bodensatz“ warnte, den „Ausländer“ in der Bundesrepublik bilden würden, forderte der außenpolitische Sprecher der AfD gar eine Rückkehr zur bismarckschen Außenpolitik und eine „selbstbewusste Vertretung nationaler Interessen“ durch Berlin – ganz so, als ob es nicht die Bundesregierung gewesen wäre, die Europa das eiserne Spardiktat aufoktroyierte, unter dem viele Krisenländer leiden. Dass auch Arbeitslose für die Rechtspopulisten ebenfalls nur Menschen zweiter Klasse darstellen, machte etwa der AfD-Mann Konrad Adam deutlich, der allen Ernstes die Abschaffung des Wahlrechts für alle Bundesbürger forderte, die nicht ihren Lebensunterhalt selber verdienen können.

Der Extremismus der Mitte

Dabei stammt das Personal der AfD - deren Spitzenkräfte den Vorwurf des Populismus empört zurückweisen - keinesfalls von den „Rändern“ der Gesellschaft. Es sind honorige, gutbürgerliche Gestalten wie eben der Wirtschaftsprofessor Lucke, oder Figuren aus der Oberschicht wie die Lobbyistin Beatrix von Storch, die das mediale Erscheinungsbild der „Professorenpartei“ AfD prägen. Ähnlich verhält es sich bei den meisten rechtspopulistischen Parteien Europas, deren Führungsfiguren und Parteianhang überwiegend in der Mittel- und Oberschicht der betroffenen Länder zu finden sind.

Diese Tendenz zur Ausbildung eines buchstäblichen „Extremismus der Mitte“ spiegelt sich auch in der Ideologie, die von diesen rechtsextremen oder rechtspopulistischen Bewegungen transportiert wird. Die Neue Rechte greift dabei auf Anschauungen, Wertvorstellungen und ideologische Versatzstücke zurück, die im Mainstream der betroffenen Gesellschaften herrschen. Diese Mittelschichtideologie, deren Ausformung maßgeblich von der neoliberalen Hegemonie der vergangenen drei Jahrzehnte geprägt wurde, wird in Reaktion auf die Krisendynamik zugespitzt und ins weltanschauliche Extrem getrieben. Es sind somit keine „äußeren“, der bürgerlichen Mitte entgegengesetzte Kräfte, die nun viele zivilisatorische Standards infrage stellen. Die krisenbedingt verunsicherte Mitte brütet die Ideologien der Ungleichwertigkeit von Menschen ganz in Eigenregie aus.

Der Begriff des Extremismus kann die Grundlagen dieser Krisenideologie - die im Bestehenden und scheinbar „Alltäglichen“ wurzelt - aber nur dann erhellen, wenn er ernst genommen, und nicht nur als eine rein formale Begriffshülse verwendet wird,

mit der in totalitarismustheoretischer Diktion Kräfte an den Rändern des politischen Spektrums belegt werden. Stattdessen gilt es, die Grundzüge der weltanschaulichen Wahnsysteme des europäischen Rechtspopulismus nachzuzeichnen, um so die Kontinuität zwischen neoliberaler und rechtspopulistischer Ideologie aufzuzeigen. Was konkret wird von der Rechten ins Extrem getrieben? Erst bei dieser Auseinandersetzung mit dem konkreten Inhalt der neurechten Ideologie - sowie deren Verwurzelung im Mainstream der spätbürgerlichen Gesellschaften - wird der besagte Begriff des Extremismus der Mitte voll verständlich.

Kult der Konkurrenz

Welche ideologischen Vorstellungen, die der Neoliberalismus in den vergangenen Jahrzehnten in der „Mitte“ einpflanzte, werden also von der Neuen Rechten zugespitzt und ins Extrem getrieben? An erster Stelle steht das zugespitzte Konkurrenzdenken, das inzwischen nahezu alle Gesellschaftsbereiche erfasst hat. Der Neoliberalismus hat die Konkurrenzprinzipien bewusst auch innerhalb der Arbeiterschaft und unter den Lohnabhängigen gefördert, um hierdurch das Solidaritätsprinzip auszuhöhlen und Gegenwehr zu minimieren. Inzwischen konkurrieren nicht nur die Belegschaften unterschiedlicher Konzerne gegeneinander, auch innerhalb der Unternehmen werden die einzelnen Standorte in ein Konkurrenzverhältnis gedrängt - etwa bei drohenden Betriebsschließungen oder bei der Vergabe von Produktionsaufträgen. Hinzu kommen autoritäre, breitpropagierte Praktiken individueller „Selbstopтимierung“ mit denen Lohnabhängige auf den individuellen Konkurrenzkampf im Betrieb geeicht werden. Neben der zunehmenden Konkurrenz auf betrieblicher Ebene etablierte sich noch das Standortdenken, bei dem die Länder zu bloßen „Wirtschaftsstandorten“ verkamen, die in allseitiger Konkurrenz zueinanderstehen.

Und selbstverständlich haben Rechtspopulismus wie Rechtsextremismus in all ihren Spielarten das Konkurrenzprinzip schon immer begeistert aufgenommen und auf vielfältige Art und Weise modifiziert und zugespitzt. Diesem Grundprinzip der kapitalistischen Wirtschaftsweise verleihen rechte Ideologien einen „höheren,“ zeitlosen Sinn, indem die Konkurrenz als Kampf zu einem ewigen Grundprinzip menschlichen Zusammenlebens imaginiert wird: Die ideologische Spannweite reicht hier von sozialdarwinistischen Vorstellungen, bis zu dem manichäischen Wahnsystem des deutschen Nationalsozialismus, der einen ewigen Konkurrenz- und Überlebenskampf zwischen unterschiedlichen „Rassen,“ und insbesondere den Ariern und Juden halluzinierte.

In der deutschen Öffentlichkeit erfuhr eine biologistisch aufgeladene Zuspitzung des Konkurrenzgedankens spätestens im Gefolge der Sarrazin-Debatte im Sommer 2010 ihren Durchbruch. Sarrazin sah in seinem Machwerk „Deutschland schafft sich ab“ die Ursachen der von ihm postulierten „Verdummung“ in einem Mangel an Selektion

im wohlfahrtsstaatlich geprägten Nachkriegsdeutschland, sowie im Zuzug von Ausländern aus Regionen mit einer minderwertigen genetischen Disposition. Hierdurch hätten sich vor allem die „Dummen“ besonders stark vermehrt. Nicht der Abbau des Sozialstaats habe laut Sarrazin zum Aufkommen einer „Unterschicht“ und zu den sozialen Erosionsprozessen in der BRD beigetragen, sondern gerade die Errichtung eines Sozialstaats und die damit einhergehende Zurückdrängung des Konkurrenzprinzips. Sarrazin spricht in diesem Zusammenhang offen von fehlender „darwinscher, natürlicher Zuchtwahl im Sinne von 'survival of the fittest'.“

Von dieser Reanimierung des Sozialdarwinismus im Hinblick auf die bundesrepublikanischen Prekarisierungsschübe - die maßgeblich durch die Agenda 2010 initiiert wurden - war es nur noch ein kleiner Schritt, um auch der Eurokrise eine korrespondierende sozialdarwinistische Interpretation zu verpassen. Der zuerst nach innen fokussierte ideologische Blick, der überall nur „natürliche Zuchtwahl“ walten sehen will, wurde folglich nach außen gerichtet. Nun wurden rassistisch oder kulturell bedingte Mängel und Unzulänglichkeiten in der Bevölkerung Südeuropas halluziniert, um den Krisenverlauf zu rationalisieren und die harsche deutsche Sparpolitik in Europa zu legitimieren. Die Südeuropäer galten plötzlich aufgrund ihrer genetischen Veranlagung oder ihrer kulturellen Prägung als faul, verschwendungssüchtig und korrupt.

Gerade in der Eurokrise trat der Kult des Konkurrenzprinzips als Gemeinsamkeit sowohl neoliberaler wie rechtspopulistischer Krisenideologie klar zum Vorschein. Den Opfern der kapitalistischen Krisen kann vermittels dieser Konkurrenzideologie die Schuld für die krisenbedingten Verwerfungen in die Schuhe geschoben werden. Es findet eine Personifizierung der Krisenursachen statt. Das Scheitern in der Konkurrenz ist laut dem Neoliberalismus nicht Ausdruck zunehmender Widersprüche und Krisen im Kapitalismus, sondern der Minderwertigkeit der betroffenen Personen: Du bist schuld, wenn du scheiterst – dies ist das Mantra des Neoliberalismus. Die neue Rechte hat diese Ideologie konsequent zugespitzt und buchstäblich erweitert: Die (rassistische oder kulturelle) Minderwertigkeit wird nicht nur beim individuellen Scheitern konstatiert, sondern auch beim scheinbaren „kollektiven Scheitern“ einer Nation im Standortwettbewerb.

Totalitärer Ökonomismus

Eine weitere Kontinuitätslinie, die zwischen Neoliberalismus und dem heutigen Rechtspopulismus besteht, stellt die zentrale Rolle ökonomischer Begriffe und Kategorien in der Programmatik und Rhetorik der Neuen Rechten dar. Darin spiegelt sich die nahezu totale Unterwerfung aller Gesellschaftsbereiche unter die betriebswirtschaftliche Logik, die vom Neoliberalismus nicht nur durch die landläufigen Privatisierungskampagnen, sondern auch durch die Zurichtung vieler dezidiert nichtökonomischer Sphären - Bildung, Forschung, Kultur, etc. - entlang von

Wirtschaftsinteressen forciert wurde. Hier ist eindeutig ein Wandel rechter Ideologie zu konstatieren, der diesen Prozess der Landnahme der Ökonomie bejaht und ideologisch überhöht. Die rechtsextreme Vorstellung einer rassistisch reinen „Volksgemeinschaft,“ wie sie der Nationalsozialismus propagierte, weicht nun der Wahrnehmung der Nation als Leistungsgemeinschaft, in der prinzipiell alle Leistungswilligen willkommen seien – bei gleichzeitigem Ausschluss der ökonomisch marginalisierten Bevölkerungsgruppen. Seine zugespitzte Artikulierung fand dieser totalitäre Ökonomismus in der besagten, aus den Reihen der AfD erhobenen Forderung nach einer Abschaffung des Wahlrechts für Arbeitslose.

Diese Wandlung der Exklusionsmuster geht aber offensichtlich nicht mit einem Rückgang der rassistischen und xenophoben Ressentiments einher. Es findet hingegen eine Neuformierung von Kulturalismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit statt, die gerade ökonomisch vermittelt wird. Die kulturelle oder rassistische Hierarchisierung von Nationen und Minderheiten wird bei diesen ökonomisch grundierten Ressentiments gerade aus ihrer wirtschaftlichen Stellung in der Weltwirtschaft oder in der betreffenden Volkswirtschaft abgeleitet. Wirtschaftlicher Erfolg deutet auf überlegene Gene oder eine überlegene Kultur hin, während Verarmung und Marginalisierung im Umkehrschluss auf genetische oder kulturelle Mängel zurückgeführt werden. Die Gesellschaftssphäre der Ökonomie wandelt sich in dieser Ideologie zur „zweiten Natur“ menschlicher Existenz, zu einem Wirtschaftsdschungel, der durch seine Selektionsmechanismen die „natürliche Zuchtwahl“ zwischen den einzelnen Konkurrenzsubjekten wie auch den „Wirtschaftsstandorten“ vornimmt – und so eine Hierarchie von rassistisch oder kulturell überlegenen oder minderwertigen Menschengruppen definiert.

Dieses Andocken des Rechtspopulismus an den neoliberalen Standortdiskurs - bei dem das Standortdenken mit kulturalistischen oder rassistischen Ressentiments angereichert wird - äußert sich aber auch in einer verstärkten Hetze gegen alle Menschen im Inn- und Ausland, die als „unnütze“ Kostenfaktoren wahrgenommen werden. Hier werden wiederum die in der Mitte herrschenden ideologischen Anschauungen ins Extrem getrieben. Der moderne Rechtspopulist agiert wie ein Neoliberaler auf Aufputzmitteln, der die hinlänglich bekannte neoliberale Polemik gegen die „Loser“ und die „Unterschicht“ abermals um eine rassistische Komponente erweitert. Der Übergang von neoliberaler zu rechtspopulistischer Hetze gegen die wirtschaftlich „Überflüssigen“ kann in Deutschland anhand der öffentlichen Auseinandersetzungen bei der Durchsetzung der Agenda 2010 und während der Sarrazin-Debatte nachvollzogen werden. Während die Legitimierung etwa der Hartz-IV-Arbeitsgesetze mit einer allgemeinen Polemik gegen „Sozialschmarotzer“ und „Leistungsverweigerer“ einherging, griff Sarrazin bereits auf rassistische und sozialdarwinistische Argumentationsmuster zurück, bei denen die Feindbilder des Sozialschmarotzers und des Ausländers verschmolzen, um das durch die Agendapolitik verursachte Elend zu rationalisieren.

TINA – There is no Alternative

Die dritte große Parallele zwischen Neoliberalismus und neuen Rechtspopulismus formulierte schon Margaret Thatcher bei der neoliberalen Transformation Großbritanniens in den 80ern: „There is no Alternative.“ Es gebe keine Alternative zu dem Sozialkahltschlag und den Privatisierungen, die Gesellschaft habe sich dem „Notwendigen“ zu fügen und das Beste daraus zu machen. Dieses Mantra von der Alternativlosigkeit der bestehenden gesellschaftlichen Verfassung und der neoliberalen Politik – oftmals auch als „TINA-Prinzip“ bezeichnet – gehört seitdem zu dem Standardrepertoire neoliberaler Argumentationsmuster. Im deutschsprachigen Raum brachte dieser Diskurs das Wortungetüm des (ökonomischen) „Sachzwangs“ hervor, dem die (neoliberale) Politik bestmöglich folgen müsse. Mit dieser blinden Unterordnung und Unterwerfung unter die Grundprinzipien einer krisengeschüttelten Ökonomie werden aber autoritäre Tendenzen entscheidend gestärkt und die Demokratie ausgehöhlt. Wenn es keine Alternative mehr gibt, wenn wir nichts mehr zu Wählen haben, wozu sollen dann überhaupt noch Wahlen abgehalten werden? Schließlich bildet die schiere Existenz von Alternativen die logische Voraussetzung einer Wahl – ohne Wahlmöglichkeiten in essenziellen Wirtschaftsfragen verkommt aber jeder Urnengang zu einem bloßen Wettstreit um die bestmögliche Realisierung von „Sachzwängen“. Eigentlich ist auch dieser Diskurs nichts Neues: die von der Aufklärung geprägten sozialen Bewegungen im 19. Jhd. unterschieden zwischen dem „Reich der Notwendigkeit“ und dem „Reich der Freiheit“.

Nirgends wurde die Ohnmacht des Parlamentarismus stärker sichtbar als in der gegenwärtigen Eurokrise. Das TINA-Prinzip wurde von der deutschen Krisenpolitik auf die Spitze getrieben, indem Berlin im Rahmen seines europaweit verordneten Spardiktats die Südeuropäer in Wirtschaftsdepression und Massenverarmung trieb. Eine offensichtlich gescheiterte Austeritätspolitik und die damit einhergehenden Verelendungsschübe im Süden der Eurozone wurden von der Bundesregierung als alternativlos dargestellt. Insbesondere in Griechenland führte dies dazu, dass die Wähler bei den Parlamentswahlen 2012 nur zwischen unterschiedlichen Wegen in den volkswirtschaftlichen Ruin wählen konnten. Auf dieser Bankrotterklärung der etablierten Politik konnten gerade die Rechtsextremisten der „Goldenen Morgenröte“ aufbauen und ihre Wahlerfolge erringen, die mit einer dezidiert antidemokratischen Rhetorik operieren, wie der Parteiführer Nikos Michaloliakos in einer öffentlichen Rede klar machte:

„Wenn wir stark werden, werden wir ohne Gnade sein. Wenn es notwendig ist, werden wir unsere Hände schmutzig machen. Wenn es notwendig ist, werden wir keine Demokraten sein.“

Die Gnadenlosigkeit der griechischen Neonazis spiegelt dabei selbstverständlich nur das gnadenlose und famos scheiternde neoliberale Austeritätsregime, dem das geschundene Mittelmeerland unterworfen wurde. Neben den ideologischen Kontinuitätslinien befördert somit auch die konkrete, neoliberale politische Praxis das Aufkommen rechtsextremer Bewegungen. Die Neonazis verinnerlichen den ungeheuren Druck, den die Politik (der Troika) auf nahezu alle Sphären der griechischen Gesellschaft ausübt, um ihn dann vermittels der besagten Personifizierung von Krisenursachen auf äußere Feindbilder zu projizieren: auf Ausländer, Migranten, Juden, Obdachlose oder Roma.

Der Rechtsextremismus akzeptiert implizit die postulierte Alternativlosigkeit der Krisenpolitik und geht dazu über, die Krisenfolgen auf „äußere“ Bevölkerungsgruppen abzuwälzen, die zu Krisenverursachern gestempelt werden. Damit wird letztendlich die zunehmende Krisenkonkurrenz exekutiert, die nun entlang ethnischer oder religiöser Trennlinien geführt wird. Die von der Rechten in all ihren Schattierungen propagierte Diskriminierung von Minderheiten weist immer einen materiellen Kern auf, sie geht mit der Verweigerung von Lebenschancen und Entfaltungsmöglichkeiten einher, die nur der Mehrheitsbevölkerung vorbehalten bleiben sollen. Knallharte Sparpolitik führt somit in Krisenzeiten zu einer Stärkung rechtsextremer Bewegungen, da hierdurch autoritäre Tendenzen forciert, und die Ausgrenzung von Minderheiten in der Krisenkonkurrenz befördert wird – ein Blick auf die Austeritätspolitik in der Endphase der Weimarer Republik, die den Aufstieg der NSDAP begleitete, müsste da eigentlich genügen.

Autor: Tomasz Konicz, geb. 1973 in Olsztyn/Polen, freier Journalist

Bekämpfung der Abzocker in der Schweiz

von Dr. Jean Christophe Schwaab

Abkehr von liberalen Lösungen in der Vergütungspolitik

Die Schweiz leidet an einer Explosion der Managerlöhne unter wachsender Lohn-, Einkommens- und Vermögensschere. Wie der Schweizer Gewerkschaftsbund (SGB) in seinem „Verteilungsbericht 2012“^[1] zeigt, verlieren die tiefen und mittleren Schichten an verfügbarem Einkommen, die Reichen werden aber immer reicher. Grund dafür ist zum einen eine ungerechte Steuerpolitik: Während die Wohlhabenden und Großunternehmen von riesigen Steuergeschenken profitierten, müssen sich die tiefen und mittleren Einkommensbezieher immer stärker für Krankenkassenprämien, indirekte Steuern und Abgaben in die Tasche greifen. Zum anderen sind die Löhne immer ungleicher verteilt: Direktoren von größeren Schweizer Unternehmen verdienten in den 1980er-Jahren rund 6 Mal mehr als ein durchschnittlicher Schweizer Lohnabhängiger. Heute verdienen CEOs rund 56 Mal mehr. In gewissen Unternehmen sind die Unterschiede noch größer: Die Chefs des Pharmakonzern Novartis, des Lebensmittelriesen Nestlé oder des Schokoladenherstellers Lindt & Sprüngli beziehen beispielsweise über 200 Mal mehr als ihre Mitarbeitenden mit dem tiefsten Lohn! Gleichzeitig sind die Löhne der Mehrheit der Beschäftigten kaum gestiegen. Die mittleren Löhne sind zwischen 1994 und 2010 teuerungsbereinigt um bloß 7 Prozent, obschon die Produktivität im selben Zeitraum um 16 Prozent zugenommen hat.^[2]

Volksinitiative „gegen die Abzockerei“

Obwohl die Schweiz in der Regel Eingriffen in die „unternehmerische Freiheit“ kaum positiv gegenübersteht, hat der Volkszorn gegen skrupellose und überbezahlte Manager („Abzocker“) massiv zugenommen, insbesondere nach dem *Grounding* und dem anschließenden Konkurs der nationalen Fluggesellschaft „Swissair“. Dass die Geschäftsleitung, die das nationale Flaggschiff ruinierte und hunderte von Arbeitsplätzen vernichtete, gleichzeitig Millionen an *Golden Hellos* und *Golden Parachutes* kassierte, hat für große Empörung gesorgt. In der Folge lancierte der Kleinunternehmer Thomas Minder die sog. „Abzockerinitiative“. Sie fordert für die Aktionäre verbindliche Mitbestimmungsrechte über Verwaltungsrat- und Geschäftsleitungslöhne und ein Verbot von Abgangs- und Antrittsentschädigungen sowie von Prämien für Firmenkäufe und -verkäufe.

Diese Volksinitiative wurde allen voran von der Sozialdemokratischen Partei (SP) unterstützt. Einige Sektionen der rechtspopulistischen Schweizer Volkspartei empfahlen sie auch zur Annahme. Die Gewerkschaften waren dagegen uneins^[3]. Das lag vor allem an der Stärkung der Aktionärsrechte. Sie befürchteten, dass dadurch unfreundliche Übernahmen durch „Heuschrecken“ erleichtert werden. Trotz starkem Widerstand der Wirtschaftsverbände und

der bürgerlichen Parteien wurde die Initiative im März 2013 vom Stimmvolk deutlich angenommen^[4]. Das war ein eindrucksvolles Zeichen dafür, dass die Bevölkerung genug von der unbegrenzten Vertragsfreiheit hatte und sich nicht mehr von den Horrorszenarien der Wirtschaftsverbände einschüchtern lässt. Diese hatten nämlich – wie bei jedem Abstimmungskampf über linke Anliegen – eine volkswirtschaftliche Katastrophe (Zunahme der Arbeitslosigkeit wegen Firmenabwanderungen) vorhergesagt.

Die neue Verfassungsbestimmung der „Abzockerinitiative“^[5] ist zwar ein Schritt in die richtige Richtung. Sie ließ aber zwei wichtige Lücken offen: Sie gilt nur für börsenkotierte Unternehmen und enthält keine Lohnobergrenze. Solange die Aktionäre mit unvernünftigen Entschädigungsforderungen der Geschäftsleitung oder des Verwaltungsrats einverstanden sind, dürfen sie also weiterhin entrichtet werden. Das „Say on pay“ wird also in den meistens Fällen nicht genügen, um die überzogenen Managergehälter zu senken.

Volksinitiative „1:12 – Für gerechte Löhne“

2009 lancierten die JungsozialistInnen (JUSO) ein effizienteres Mittel gegen Missbräuche in der Lohnpolitik: die 1:12-Initiative. Ihr Inhalt ist, insbesondere wenn man ihn mit demjenigen der „Abzockerinitiative“ vergleicht, sehr einfach: Die Bundesverfassung soll so ergänzt werden, dass «der höchste von einem Unternehmen bezahlte Lohn nicht höher als das Zwölfwache des tiefsten vom gleichen Unternehmen bezahlten Lohnes sein [darf]»^[6]. Niemand soll also in einem Monat mehr als ein Arbeitskollege in einem Jahr verdienen. Eine verbindliche und klare Regel also, welche missbräuchlichen Löhne auf ein gerechteres Maß reduziert^[7]. Die Initiative gelangt am 24. November 2013 zur Abstimmung. Bundesrat und die bürgerliche Mehrheit der Bundesversammlung empfehlen sie zur Ablehnung. Nur die SP- und grüne Fraktionen waren einstimmig dafür. Der SGB empfiehlt ebenfalls ein Ja.

Zur Umsetzung der 1:12-Initiative

Neben den üblichen Drohungen, dass eine Annahme der Initiative zur „Massenfirmenabwanderungen und Arbeitsplatzabbau“ führen sollte, bezweifeln Regierung, bürgerliche Parteien und Wirtschaftsverbände, dass das Anliegen umsetzbar ist. Diese Behauptung hält allerdings einer genaueren Betrachtung nicht stand.^[8] Bereits existierende und bewährte Lohnkontrollinstrumente und gesetzliche Grundlagen könnten nämlich problemlos in die Ausführungsgesetzgebung übernommen werden:

- Der Initiativtext fasst den **Lohnbegriff** sehr breit, um Umgehungen zu vermeiden: «Als Lohn gilt die Summe aller Zuwendungen (Geld und Wert der Sach- und Dienstleistungen), welche im Zusammenhang mit einer Erwerbstätigkeit entrichtet werden.»^[9] Für eine detailliertere Definition könnten die Praxis und Rechtsprechung zum Bundesgesetz über die Gleichstellung von Frau und Mann

(Gleichstellungsgesetz) übernommen werden, die ebenfalls eine breite Definition des Begriffs „Lohn“ benützen.

- Zur Bekämpfung der Umgehungsgefahr können existierende **Lohnkontrollmaßnahmen** übernommen werden. In der Schweiz wird das Lohnunterbietungsrisiko ständig durch sog. „tripartite Kommissionen“ (zusammengesetzt aus Vertretern von Staat, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden) kontrolliert. Sie haben weitgehende Einsichtsrechte über die Lohnbuchhaltung der Arbeitgeber. Zudem sind sie befugt weitere Entschädigungsformen zu kontrollieren (z. B. Honorare aus Werkverträgen), da Lohnunterbietungen oft von „Scheinselbständigen“ begangen werden.
- Das Umgehen der Initiative wäre auch für die Gesellschaft als Ganzes schädlich. So muss die öffentliche Hand ja immer häufiger für Schäden einstehen, die von einer Lohnpolitik verursacht wurden, welche übertriebene Risiken fördert. Es ist deshalb legitim, dass auch Verbände, welche missbräuchliche Löhne entdecken, vor Gericht wie im Gleichstellungsgesetz klageberechtigt sind. Ein diesbezügliches **Klagerecht** muss also Gewerkschaften oder Organisationen zukommen, die sich für eine verantwortungsvolle Unternehmensführung einsetzen.
- Firmen könnten zur Umgehung der 1:12-Grenze ihre Tief- und Hochlohnsektoren auslagern, damit jeweils ein anderes 1:12-Verhältnis zur Anwendung kommt. Eine analoge Anwendung der Regeln gegen die „Scheinselbständigkeit“ soll solche Auslagerungen vermeiden. Ist die ausgelagerte Einheit faktisch kein selbständiges Unternehmen, so gilt die 1:12-Grenze sowohl für das auslagernde Unternehmen als auch die ausgelagerte Einheit. Außerdem verbietet die „Abzockerinitiative“, dass die Führung einer Gesellschaft an eine juristische Person delegiert wird. Dies verhindert die Gründung einer „Management-AG“ mit Sitz im Ausland, welche nur die Geschäftsleitung (mit Löhnen über die 1:12-Grenze) anstellt.

Schließlich könnte das Ziel der Initiative mit einem einfachen Lohnanspruch im Arbeitsvertragsrecht erreicht werden: JedeR ArbeitnehmerIn soll das Anrecht auf einen Lohn erhalten, der mindestens einem Zwölftel des höchsten im Unternehmen ausgerichteten Lohns entspricht. Eine solche Bestimmung hätte eine stark disziplinierende Wirkung auf die Unternehmen. Denn wer die 1:12-Regel nicht einhält, müsste – je nach Höchstlohn –mitunter sehr hohe Lohnnachzahlungen an die ArbeitnehmerInnen unterhalb des zulässigen Verhältnisses ausrichten.

Erste Wirkungen der 1:12-Initiative

Die 1:12-Initiative hat bereits Wirkung gezeigt: Lohngerechtigkeit und Lohnmissbräuche bleiben auch nach Annahme der „Abzockerinitiative“ Thema in der öffentlichen Diskussion. Dies ist erstaunlich und zugleich höchst erfreulich. Bisher hatte man sich in der Schweiz über Löhne praktisch ausgeschwiegen. Über das Einkommen zu sprechen ziemt sich für viele SchweizerInnen nicht. So ist dann auch der Glaube weit verbreitet, dass der Arbeitgeber

Diskussionen über den Lohn verbieten dürfe[10]. Dass nun sogar darüber diskutiert wird, dass das Volk und damit der Gesetzgeber den Unternehmen Regel in der Vergütungspolitik machen soll, entspricht deshalb geradezu einem Tabubruch.

Diese ständige Lohndebatte hat zur Folge, dass Topmanager nun regelmäßig von Medien mit ihrem Gehälter konfrontiert werden und sich rechtfertigen müssen, wenn sie mehr als das Zwölfwache des tiefsten Lohns ihrer Angestellten verdienen. Und wer versucht, übermäßige Entschädigungen mit der erbrachten „Leistung“ zu rechtfertigen, gerät schnell in einen Argumentationsnotstand[11]. Selbst Spitzenvertreter der Wirtschaft, die der Initiative ablehnend gegenüberstehen, verurteilen regelmäßig die Lohnexzesse und betonen zugleich, dass sie in ihren Unternehmen oder in ihren Branchen Löhne im Verhältnis von 1:12 bezahlen. Das Verhältnis 1:12 könnte sich also dauerhaft als vernünftige Lohn-Obergrenze etablieren - auch wenn die Initiative abgelehnt wird.

Gerechte Löhne und Umverteilung in der Schweiz: Wie weiter?

Die 1:12-Initiative löst selbstverständlich nicht alle Verteilungsprobleme. Auch wenn sie eine gewisse positive Wirkung auf die tiefen Löhne haben wird[12], bietet sie z. B. keine Lösung für die 400.000 Tieflohnbeschäftigten in der Schweiz.

Es braucht also weitere Maßnahmen für mehr Lohn- und Verteilungsgerechtigkeit. Das Schweizer Volk wird sich bald über drei weitere äußern:

- Erbschaftssteuer auf Bundesebene[13]. Erbschaften im Wert von mehr als 2 Mio. Franken (ca. 1,62 Mio. €) sollen nun in der ganzen Schweiz besteuert sein. Die Abstimmung findet wahrscheinlich 2014 statt.
- Mindestlohn-Initiative[14]: Der SGB fordert einen gesetzlichen Mindestlohn von 22 Franken pro Stunde. (ca. 18 €, entspricht ca. 4.000 Franken – 3.250 € monatlich. für eine Vollzeitstelle). Die Abstimmung ist wahrscheinlich 2015.
- Abschaffung der Pauschalbesteuerung. Reiche AusländerInnen, die in der Schweiz keiner Erwerbstätigkeit nachgehen, zahlen heute dank der Pauschalbesteuerung nur einen Bruchteil davon, was einE SchweizerIn mit demselben Einkommen und Vermögen zahlen würde. Eine Volksinitiative[15] verlangt die Abschaffung dieses Steuerprivilegs. Sie kommt wahrscheinlich 2015 zur Abstimmung.
-

Der Autor dankt David Gallusser für die kritischen Rückmeldungen.

Literatur/Quellen:

- [1] <http://www.verteilungsbericht.ch/> sowie GALLUSSER/MARTY/VOCK, Immer mehr fürs reichste Prozent – Die Verteilung der Löhne, Einkommen und Vermögen in der Schweiz, in JUSO + Denknetz (Hrsg.), Lohnverteilung und 1:12-Initiative – Gerechtigkeit und Demokratie auf dem Prüfstand, Zürich 2013 (edition 8), S. 38ff. (Bestellungen: <http://www.edition8.ch/buch/lohnverteilung-1-12-initiative/>)
- [2] JUSO Schweiz, Argumentarium zur 1-12-Initiative vom 6.10.2009 auf www.1-12.ch. Siehe auch ausführlich : GALLUSSER, Macht, Nachahmung und Boni – Weshalb die Managerlöhne explodieren, in JUSO + Denknetz (Hrsg.) (Fn 1), S. 52ff.
- [3] Einige Gewerkschaften empfahlen die Annahme, andere die Ablehnung. Der SGB fasste keine Parole.
- [4] Ja-Anteil: 67,9%. Alle Kantone stimmten zu.
- [5] Art. 95 Abs. 3 der Bundesverfassung auf: <http://www.admin.ch/opc/fr/classified-compilation/19995395/index.html#a95>
- [6] Zitat aus dem Initiativtext, auf: <http://1-12.ch/#item=die-initiative>
- [7] Auch wenn 1:12 von Einzelnen kritisiert worden ist, 12 sei zu hoch.
- [8] Ausführlich dazu : SCHWAAB, Zur rechtlichen Umsetzung der 1:12-Initiative, in JUSO + Denknetz (Hrsg.) (Fn 1), S. 96ff.
- [9] Zitat aus dem Initiativtext.
- [10] Was nicht zutrifft, vgl. z. B. BRUNNER/BÜHLER/WAEBER/BRUCHEZ, Commentaire du contrat de travail, 4. Auflage, Lausanne 2004, N 12 zu Art. 328 OR.
- [11] Eindrückendes Beispiel auf: <https://www.youtube.com/watch?v=tQbC8fC1xRU>
- [12] Eine Anhebung der tiefen Löhne ermöglicht nämlich eine zwölfwache Erhöhung des höchsten Lohns im Unternehmen. S. z. B. BAUMANN/RINGGER, Welche Wirkung hätte eine Annahme der 1:12-Initiative? in JUSO + Denknetz (Hrsg.) (Fn 1), S. 116ff.
- [13] <http://www.sp-ps.ch/ger/Kampagnen/Initiativen-und-Referenden/Millionen-Erbschaften-besteuern-fuer-unsere-AHV>
- [14] <http://www.mindestlohn-initiative.ch/>
- [15] <http://pauschalsteuer-nein.ch/aktuell.html>

Autor: Dr. Jean Christophe Schwaab, geboren am 23.08.1979 in Lausanne, Mitglied des Schweizer Nationalrats

Die Zechprellerkultur der Eliten (Buchauszug)

von Dr. Jürgen Borchert

oder War die Französische Revolution eine Neiddebatte?

Auszug aus der Neuerscheinung: "Sozialstaatsdämmerung", [Riemann-Verlag München 2013, ISBN 978-3-570-50160-3, S. 151 - 163](#)

(...) Seit Jahrzehnten *wird* das Publikum *in Deutschland* überrumpelt. *Es komme* auf die Leistungsträger und Eliten an, die Bewegungsfreiheit brauchten und nicht über Gebühr strapaziert, das heißt durch zu hohe Steuersätze demotiviert werden dürften. Das Kapital, so heißt es weiter, sei ein »scheues Reh«: Werde es verängstigt, fliehe es ins Ausland, damit sei der Gesellschaft und dem Wirtschaftsstandort aber am wenigsten gedient, deshalb müsse man die großen Einkommen und Vermögen schonen. Die obersten 10 Prozent der Einkommensteuerzahler trügen doch ohnehin zu über 50 Prozent zum Einkommensteueraufkommen bei, und mehr als jeder dritte Euro unseres Sozialprodukts, über 800 Milliarden Euro, fließe hierzulande in die sozialstaatliche Umverteilung. Schließlich findet sich noch der Vorwurf an alle, die das Auseinanderdriften zwischen Arm und Reich thematisieren, im Arsenal der Verteidiger des Status quo der gesellschaftlichen Lastenverteilung, man führe eine zersetzende Neiddebatte.

Das 800-Milliarden-Euro-Karussell

Natürlich wirkt ein Sozialbudget von 800 Milliarden Euro, in dem alle Sozialleistungen zusammengefasst sind, auf den ersten Blick imponierend. Der Hinweis auf das schiere Volumen des Sozialbudgets unterschlägt aber die spätestens bereits seit der Transfer-Enquete-Kommission (1977–1980) bekannte Einsicht, dass in den allermeisten Haushalten hierzulande negative und positive Transfers – Abgaben und Sozialleistungen – zusammentreffen und sich eine klare Saldierung wegen einer Fülle methodischer Probleme nicht belastbar vornehmen lässt. Das kann übrigens jede Doppelkopfrunde mal ausprobieren: Dem ersten Spieler knöpft Vater Staat 10 Euro ab und gibt sie dem zweiten, von dem er aber ebenfalls 10 Euro kassiert, die er dann dem dritten gibt, und so weiter. Am Ende gibt der Staat dann dem ersten 10 Euro zurück – Ergebnis: Umverteilungsvolumen 40 Euro, Umverteilungssaldo und -effekt: null!

Nach den im vorangegangenen Kapitel gewonnenen Erkenntnissen steht jedoch zum einen fest, dass die Finanzierung des Sozialstaats wie des staatlichen Ganzen überhaupt von der Masse der Lohn- und Gehaltsempfänger getragen wird. So tragen Arbeitnehmer die Sozialversicherungen mit ihren Beiträgen allein, und soweit sie

durch Steuerzuschüsse finanziert werden, ergibt sich schon aus dem Übergewicht der Verbrauchssteuern zwangsläufig, dass auch hier Arbeitnehmer den Löwenanteil beisteuern. Zum anderen steht wegen der regressiven Belastungswirkung sowohl der Sozialbeiträge wie auch der Verbrauchssteuern weiter fest, dass die Sozialstaatsfinanzierung den Geboten des sozialen Rechtsstaats hohnspricht, denn dieser fordert die annähernd gleichmäßige Verteilung der Lasten[1]. Davon kann auch nicht entfernt die Rede sein, denn die Lastenverteilung in Deutschland erfolgt massiv in regressiver Richtung: Die Masse der sozialversicherten Bürger wird durch Sozialbeiträge und Verbrauchssteuern in der Größenordnung von weit über 60 Prozent der öffentlichen Gesamteinnahmen umso härter belastet, je tiefer die Einkommen sinken.

10 Prozent der Einkommensteuerzahler ...

Zu dem Argument, die obersten 10 Prozent der Lohn- und Einkommensteuerzahler trügen zu mehr als 50 Prozent der Einnahmen des Staates aus dieser Quelle bei, könnte man zynisch einfach anmerken, dass man die Einkommen mit den dazugehörigen Steuerlasten dann doch einfach besser verteilen möge! Tatsächlich wendet sich dieses Argument aber mit Wucht gegen die, die es ins Feld führen. Denn entscheidend ist ja der Anteil der Einkommensteuer an den Gesamteinnahmen der öffentlichen Hände. Hier wird es dann spannend: Laut Angaben des Bundesfinanzministeriums beläuft sich der Anteil der Lohn- und Einkommensteuern für das Jahr 2011 auf 30 Prozent der Gesamteinnahmen des Fiskus. Da sich indirekte und direkte Steuern ausweislich der »Übersicht über die Einnahmen des Staates in ausgewählten Ländern« (...) in diesem Jahr mit jeweils rund 25 Prozent an den Gesamteinnahmen des Staates (einschließlich der Sozialbeiträge) die Waage hielten und neben der Einkommensteuer noch weitere direkte Steuern zum Staatsaufkommen beitragen, liegt der Anteil der Einkommen- und Lohnsteuer – bezogen auf die gesamte Revenue der öffentlichen Hände – also bei etwa 20 Prozent. Hiervon die Hälfte wären dann gerade einmal 10 Prozent; selbst wenn man unterstellt, dass dieses Dezil noch einmal für Verbrauchssteuern die Hälfte des Volumens seiner Einkommensteuer aufwendet, käme man nur auf 15 Prozent. Wenn die reichsten 10 Prozent des Landes, die über circa ein Drittel aller Einkommen und zwei Drittel der Vermögen verfügen, sich mit vielleicht 15 Prozent an den Gemeinlasten beteiligen, so ist das gewiss kein Ruhmesblatt für den Sozialstaat. Sondern eine moralische und politische Schande[2].

Auch dieses Detail macht also deutlich, wie himmelschreiend ungleich und ungerecht die Lastenverteilung sich hierzulande entwickelt hat. Natürlich ist das Argument naheliegend, dass die Sozialversicherungsbeiträge hier außer Betracht bleiben müssten, weil sie auch zu Ansprüchen führen. Dieser Ansatz ist jedoch zum einen zu kurz gedacht, weil die Versorgung im Alter, bei Krankheit und Erwerbslosigkeit sonst dem steuerfinanzierten Sozialstaat zur Last fiel und damit bei einer gerechten

Ausgestaltung des Steuerrechts nach Leistungsfähigkeit vor allem von denen zu tragen wäre, die der Sozialstaat derzeit von jeglicher Verantwortung für die beitragsfinanzierten Systeme freistellt. Zum anderen ist dieses Argument auch zweischneidig, weil ein Großteil der Arbeitnehmergroschen, die als Beiträge in die Sozialversicherung fließen, sich dort in Einkommen von Selbständigen (zum Beispiel von Ärzten), in Sachinvestitionen und Medikamente (mit denen Unternehmen Gewinne machen) verwandeln und so zu den Einkommen und den darauf entrichteten Steuern des obersten Dezils ebenfalls beitragen. Vom Fazit, dass die starken Schultern hierzulande sozialer Verantwortung weitgehend enthoben sind, ist deshalb nichts zurückzunehmen.

Dreistes »scheues Reh«: Von der Plutokratie zur Latrimonarchie[\[3\]](#)

Im Gegenteil ist zu unterstreichen, dass allein schon diese intellektuellen Abwehrmanöver reine Verantwortungslosigkeit offenbaren. Denn alle großen Einkommen beruhen zwangsläufig auf Vorleistungen der staatlichen Gemeinschaft. Wer Einnahmen aus einer Würstchenfabrik oder aus Molkereien erzielt, braucht dafür Arbeitnehmer, die große Teile ihrer Ausbildung in öffentlichen Schulen und im öffentlichen Bildungswesen erhalten haben, der Patron ja meist ebenfalls. Wer mit seinen zehn, zwanzig, 200 oder mehr Lkws Milch oder andere Waren transportiert, nutzt das öffentliche Straßennetz mehr als andere. Sicherheit garantieren ihm Polizei und Militär, den rechtlichen Schutz seiner Wirtschaftsinteressen die Justiz. Gerade die Einkommensteuern sind deshalb konsequent als Rückzahlung von Schulden für staatliche Vorleistungen zu verstehen. Wer sich ihnen entzieht, verhält sich wie ein Zechpreller oder Schmarotzer.

Was für eine radikale Abkehr von den grundlegenden Wertvorstellungen des Rechts- und Sozialstaats sich hinter der Argumentation vom Kapital als »scheuem Reh« verbirgt, hat der Augsburger Ökonom Reinhard Blum auf den Punkt gebracht: *»Das ist allerdings eine spektakuläre Drohung. Welcher Wandel des Rechtsbewusstseins tritt hier zutage, wo es darum geht, den wirtschaftlichen Prozessen, dem individuellen Streben nach materiellem Gewinn Normen und Grenzen durch das Recht zu setzen? Denn niemand – gerade in der auf Privateigentum fußenden marktwirtschaftlichen Ordnung – käme jemals auf die Idee, sich von Dieben drohen zu lassen, sie würden noch mehr stehlen, wenn die Strafen und Kontrollen erhöht werden!«*[\[4\]](#)

Das ist zugleich die passende Antwort auf die vieldiskutierte These von der »Staats-Kleptokratie« und der Reaktion mit einem »antifiskalischen Bürgerkrieg« des Karlsruher Philosophen Peter Sloterdijk, die seit 2009 durch die Republik wabert. Denn der Staat greift ja nicht den Reichen brutal und primitiv in das Portemonnaie, sondern den Arbeitnehmern. Wenn Sloterdijk mal sozialversicherungspflichtig arbeiten würde, spürte er das und wüsste es. So leidet er an Phantomschmerz im

Elfenbeinturm. Reichtumsgeschichtlich haben wir den Zustand der Plutokratie, den Salvianus beschrieb, längst hinter uns gelassen und befinden uns nunmehr im Stadium der Augustinischen Latrimonarchie, der Räuberherrschaft. Das bestätigen uns auch die Enthüllungen der »Off shore-Leaks«, die im April 2013 wie eine Bombe einschlugen. Sie sprechen von 400 Milliarden Euro, die aus Deutschland auf verschlungenen Wegen in Steueroasen gelotst wurden. Der Betrag erscheint allerdings eher zu niedrig angesetzt, wenn man bedenkt, dass zum einen die Summe derart beiseitegeschaffter Vermögen weltweit auf 20 bis 25 Billionen Euro (das heißt rund das Achtfache des jährlichen Bruttoinlandsprodukts Deutschlands) geschätzt wird und zum anderen laut dem Magazin *Forbes* unter den hundert Reichsten der Welt mehr als zwanzig aus Deutschland stammen sollen. Wie auch immer: Die steuerhinterziehenden Staatsverächter sind im doppelten Sinne »stiften gegangen«: Nicht nur anonymisieren sie ihr Geld »off shore« in Stiftungen in Steueroasen, sondern »entfernen sich heimlich, schnell und unauffällig, um sich einer Verantwortung zu entziehen« (Duden)[5].

War die Französische Revolution eine Neiddebatte?

Schließlich stellt sich noch die Frage, ob die Thematisierung der wachsenden Ungleichheit eine Neiddebatte ist. Im *Berliner Tagesspiegel* vom 17. März 2013 fand sich dazu eine viertelseitige Anzeige, in welcher der Bankier a. D. und Stifter des Brandenburg-Preußen-Museums in Wustrau Ehrhardt Bödecker seinem Ärger Luft machte. Der Kampfruf »Die Armen werden ärmer, die Reichen immer reicher« gehöre zu den berüchtigten Neidaufrufen des 19. Jahrhunderts, mit denen viel soziales Unglück herbeigeredet worden sei, »obwohl seine Richtigkeit in Deutschland zu keiner Zeit, auch in der Gegenwart nicht statistisch belegt werden konnte«. Die Eindämmung des Neids als zerstörerische Kraft gehöre zu den Überlebensregeln aller menschlichen Gemeinschaften. So oder ähnlich ist es immer wieder in der Verteilungsdebatte zu vernehmen.

Diese – sachlich falsche[6] – Meinungsäußerung ist symptomatisch für ein völlig degeneriertes Verständnis des für Staat und Gesellschaft konstitutiven Zusammenhangs von Gleichheit und Freiheit, das sich meist in dem Schlagwort »Privat vor Staat!« sowie in der Forderung Bahn bricht, die »Gleichmacherei« durch Umverteilung zu beenden und durch »Chancengleichheit« zu ersetzen. Kennzeichnend für dieses Verständnis ist die Konstruktion eines Gegensatzes zwischen Freiheit und Gleichheit. Das ist freilich hanebüchen, weil der Sklave doch durch gleiche Rechte nicht unfrei wird, genauso wenig wie Frauen durch die Gleichberechtigung. Erst nach der Erringung der Gleichheit war schließlich Privateigentum aufgrund eigener Leistung anstelle der feudalen Privilegien möglich. Auch die Marktwirtschaft ist deshalb elementar auf Gleichheit angewiesen[7].¹¹¹ Gleichheit ist vielmehr die unbedingte Voraussetzung der Freiheit, wie man erschöpfend schon bei dem Urvater der Liberalen Adam Smith nachlesen kann, der ja

ein erklärter Gegner der Sklaverei war. Für ihn war nicht ohne Grund deshalb auch die Verteilungsgerechtigkeit der Dreh- und Angelpunkt seiner Überlegungen: »Wachstum, Beschäftigung, Inflationsbekämpfung und Außenhandel dienen als Instrumente, das Ziel tendenzieller Gleichverteilung zu erreichen. Gegenüber dieser komplexen, ausgefeilten Verteilungstheorie bleibt die heutige Volkswirtschaftslehre weit zurück«, bringt [Wikipedia die Smith'sche Verteilungslehre auf den Punkt](#) . Wer aber den Zusammenhang zwischen Gleichheit und Freiheit nicht versteht, für den ist auch der Zusammenhang von Freiheit und Verantwortung unbegreiflich, der für die Moderne seit Immanuel Kant prägend und seit der Französischen Revolution grundlegend ist. »Die Freiheit besteht darin, alles tun zu dürfen, was einem anderen nicht schadet«, heißt es in Artikel 4 der Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte vom 26. August 1789. Das »sittliche Grundgesetz« Immanuel Kants (1724–1804), zusammengefasst in seinem »kategorischen Imperativ«, fand hier sein historisches Echo: »Handle so, dass die *Maxime* deines Willens jederzeit zugleich als *Prinzip einer allgemeinen Gesetzgebung* gelten kann!« Kurz: Freiheit ist Verantwortung. Diese Verbindung von Gleichheit, Freiheit und Verantwortung ist das Markenzeichen des Liberalismus. In der deutschen Geschichte war es die SPD, die dem deutschen Ständestaat Freiheit durch Gleichheit abgerungen hat. In Meyers *Großem Konversations-Lexikon* aus der Kaiserzeit, sechste Auflage von 1909, beispielsweise kann man das unter »Liberalismus« nachlesen: »*Bezeichnung der dem Fortschritt huldigenden Parteirichtung. Das Extrem des Liberalismus ist der Radikalismus, die Umsturz-Partei (siehe Sozialdemokratie).*«

Dass Gerhard Schröder ausgerechnet bei der »Festveranstaltung 125 Jahre Vereinigungs-Congress der Lassalleaner und der Eisenacher« am 20. Mai 2000 in Gotha den Abschied vom Gleichheitsprinzip im Sinne einer Umverteilung von oben nach unten und dessen Ersetzung durch »Chancengleichheit« als neues Ideal verkündete, ist vor diesem Hintergrund deshalb mehr als nur eine historische Pointe. Denn der Vorsitzende der SPD reihte sich damit in den Chor der Staatsverächter ein, die mit der These des Gegensatzes von Gleichheit und Freiheit sowie der überbordenden und die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft lähmenden Kosten den Sozialstaat denunzierten.

Literatur/Quellen:

[1] BVerfGE 5, 85 (198), ständige Rechtsprechung.

[2] Zu vergleichbaren Ergebnissen kommt auch Claus Schäfer: »Anhaltende Verteilungsdramatik – WSI-Verteilungsbericht 2008!«, in *WSI-Mitteilungen* 11–12/2008, S. 587 f. Danach blieb 2008/erste Jahreshälfte von der Bruttolohnquote in Höhe von 63,7 Prozent des Volkseinkommens nach Abzug von Lohnsteuer und Sozialabgaben nur eine Nettolohnquote von 33 Prozent übrig, während von einer Bruttogewinnquote von 36,6 Prozent eine Nettoquote von 30,1 Prozent verblieb.

[3] »Herrschaft der Räuberbanden« – vom lateinischen *latrimonia*, dies von *latro* für »Räuber, Bandit, Ausplünderer«, vgl. auch Augustinus, a. a. O.

[4] Reinhard Blum: »Gesellschaft mit beschränkter Haftung – Privater Reichtum, öffentliche Armut«, in Gerhard Kleinhenz (Hg.): *Soziale Ausgestaltung der Marktwirtschaft*, Berlin 1995, S. 57 ff. (71).

[5] Hierzu passt, dass nach den Forschungen des Darmstädter Soziologen Michael Hartmann große Teile der deutschen Wirtschaftseliten soziale Ungleichheit als gerecht ansehen, siehe *Soziale Ungleichheit – Kein Thema für Eliten?*, Frankfurt am Main und New York 2013, S. 116 ff.

[6] Jan Goebel, Martin Gornig und Hartmut Häußermann: »Polarisierung der Einkommen: Die Mittelschicht verliert«, in *DIW-Wochenbericht*, 24/2010, S. 2 ff.

[7] Dieter Suhr: *Gleiche Freiheit*, Augsburg 1988, S. 5 ff.

Autor: Dr. Jürgen Borchert, Sozialrichter in Hessen

Kurswechsel für ein gutes Leben (Buchrezension)

Der Beitrag der IG Metall

von Marika Höhn

In Umbruchzeiten wie der jetzigen steigt der Bedarf an Leitbildern und Zukunftsvisionen. Die Arbeitswelt, Wirtschaft und Gesellschaft stehen vor Herausforderungen, denen man nicht mit kosmetischen Kurskorrekturen begegnen kann, vielmehr bedarf es eines Kurswechsels. Berthold Huber hat deshalb mit der gesellschaftspolitischen Kampagne „Kurswechsel für ein gutes Leben“ einen äußerst wichtigen Impuls gegeben.

Im Dezember 2012 diskutierten auf dem Kurswechsel-Kongress in Berlin 800 Frauen und Männer aus Gewerkschaften, Politik, Wissenschaft, Wirtschaft miteinander über Wege und Leitbilder für eine zukunftsfähige Gesellschaft. Das 2013 erschienene Buch „Kurswechsel für ein gutes Leben“ bündelt diese Debatte und erweitert sie noch um wichtige, die Zukunft angehende Fragestellungen. Das von Berthold Huber herausgegebene Buch ist eine Aufforderung an seine Leser, sich nicht mit der ersten, der naheliegenden Antwort auf die Fragen unserer Zeit zufrieden zu geben.

Die Rolle der Gewerkschaften wird in dem Kurswechsel-Buch in den Analysen über Arbeit, Leben, Demokratie, Sozialstaat, Klima und Umwelt stets mit hinterfragt. Schließlich haben die Gewerkschaften in den letzten Jahren als gestaltende Kraft hohes Ansehen erlangt. Die Krisenbewältigung in Deutschland, die Sicherung von Arbeitsplätzen und die erkämpften Lohnsteigerungen und Verbesserungen der Beschäftigungsbedingungen sind Ausdruck der Stärke und Verantwortung, die von den Gewerkschaften wahrgenommen werden. Hier ist das Buch eine Mahnung an uns, politisches Handeln nicht mit rhetorischen Volten und verbalen Kraftanstrengungen zu verwechseln.

Huber und seine MitautorInnen erteilen GewerkschafterInnen geradezu den Auftrag, neue Entwicklungspfade zu betreten und entschlossen Reformen zum Besseren aktiv mit zu gestalten und dafür Mehrheiten zu gewinnen. Den Diskurs über ein zukunftsfähiges Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell hat die IG Metall aufgenommen. Kurzfristige Antikrisenprogramme stehen dabei ebenso wenig auf der Agenda wie symbolische Korrekturen einer ansonsten marktliberalen Politik. Es geht der IG Metall um einen politischen Kurswechsel, der in der Lage ist, ein produktives Zusammenspiel von wirtschaftlicher Dynamik, sozialer Gerechtigkeit, Innovationen und ökologischer Nachhaltigkeit zu ermöglichen. Im Mittelpunkt des Reformmodells

stehen die Bedingungen für ein „Gutes Leben“. Die zentrale Frage, die beinahe alle AutorInnen des Buchs bewegt, lautet: Wie können wir qualitatives Wachstum, gute Arbeit, soziale Gerechtigkeit und demokratische Teilhabe in einer „humanen Ökonomie“ miteinander verbinden?

Jede Gewerkschaftskampagne, die sich dieser Frage annimmt, muss als ein langfristiges strategisches Projekt gesehen werden, das die Ideen Vieler einbezieht und vor allem neue Allianzen schmiedet. Der politische Kurswechsel schließt europäische und internationale Blickrichtungen zwangsläufig mit ein. Es ist klar, dass angesichts der Krisenpolitik in Griechenland oder Portugal eine der entscheidenden Auseinandersetzungen um die Zukunft Deutschlands auch auf europäischer Ebene gewonnen werden muss.

Als zentrale Aufgabe der gewerkschaftlichen Kurswechselfolitik beschreibt Berthold Huber die Stärkung der gesellschaftlichen Anerkennung jeglicher Arbeit und der sozialen Würde der Beschäftigten. Eine wichtige Frage sieht er darin, ob und wenn ja wie es den Gewerkschaften gelingt, den Wert von Arbeit in unserer Gesellschaft zu stärken und damit dem Trend der Prekarisierung entgegenzutreten zu können. Eine neue Ordnung der Arbeit ist kein Selbstzweck. Es geht darum, dass Menschen von ihrem Lohn leben können und gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht wird.

Die Buchbeiträge verdeutlichen, wie sich in einem kurzen Zeitraum ab Mitte des 20. Jahrhunderts Gesellschaftsbilder, Rollenverhältnisse, Familienbilder und Arbeitsbeziehungen verändert haben; aber auch, wie wichtig es ist, zu handeln statt behandelt zu werden. Die Beiträge diskutieren, welche Folgewirkungen die Einschränkungen der Demokratie und der Abbau des Sozialstaates auf die Arbeitswelt, das soziale Gefüge, das Zusammenleben und die Lebensplanung jedes Einzelnen haben.

Sie sehen übereinstimmend – jeder Beitrag in seiner eigenen Herleitung – die Gewerkschaften als einen der wichtigsten Akteure auf dem Spielfeld, um auch die Menschen zu motivieren und zu mobilisieren. Dies gelingt aber nicht in einem Automatismus. Das Gelingen hängt aus Sicht der AutorInnen davon ab, inwiefern Re-Demokratisierungsstrategien auch zu einer Erneuerung der Gewerkschaften im 21. Jahrhundert beitragen können. Wenn die Gewerkschaften die Vielfalt der Interessen der Menschen zusammenbinden können, dann kann ein Kurswechsel gelingen.

Insgesamt handelt es sich um eine interessante Auswahl an Beiträgen, die nicht nur den Kongress dokumentieren, sondern darüber hinaus die großen Fragen und politischen Ansatzpunkte der gegenwärtigen gesellschaftlichen und gewerkschaftlichen Situation präzise zusammenfassen.

Der von Berthold Huber und der IG Metall angestoßene Diskurs für eine zukunftsfähige Gesellschaft und Arbeitswelt, für gute Arbeit und ein gelingendes Leben wird weitergeführt und vorangetrieben werden – bis der Kurswechsel erreicht ist. Und darüber hinaus.

Berthold Huber: Kurswechsel für ein gutes Leben – Wege zu einer solidarischen Gesellschaft, Campus Frankfurt 2013, ISBN 978-3-593-39930-0

Mit Beiträgen von: James K. Galbraith, Gustav Horn, Gerhard Bosch, Colin Crouch, Richard Hyman, Ernst Ulrich von Weizsäcker, Kurt Hübner, Christoph Scherrer, Robert Misik u.a.

Autorin: Marika Höhn, geboren 1971 in Freiberg/Sachsen, Referatsleiterin Industrielle Beziehungen und Arbeitspolitik in der Grundsatzabteilung beim DGB Bundesvorstand

Industrie 4.0 verändert die Arbeitswelt

von Dr. Constanze Kurz

Gewerkschaftliche Gestaltungsimpulse für „bessere“ Arbeit

Im Blickpunkt der öffentlichen Debatte steht derzeit die Industrie 4.0, die nach Dampfmaschine (Industrie 1.0), tayloristischer Massenproduktion (Industrie 2.0) und fortschreitender Automatisierung (Industrie 3.0) eine neue Phase der Industrialisierung technischen Wissens mit außerordentlichen Potenzialen für die Generierung innovativer Produkte, Geschäftsmodelle und Prozesse ankündigt. Im Kern geht es darum, die Produktionstechnik (Maschinen, Serviceroboter, Logistik-, Lager-, Planungssysteme und Betriebsmittel) über das Internet global miteinander zu vernetzen. Medium dieser Verknüpfung sind Systeme mit eingebetteter Software (Cyber-Physical-Systems), die über Sensoren und Aktoren verfügen und Daten erfassen, auswerten und speichern können.

Industrie 4.0 stellt nicht mehr und nicht weniger als eine völlig neue Logik und Qualität der Produktion einer „Smart Factory“ in Aussicht, bei der intelligente

Produkte, Maschinen und Betriebsmittel eigenständig Informationen austauschen, Aktionen auslösen und sich gegenseitig selbständig in Echtzeit steuern können. Diese Logik und damit verbunden eine vollständige Digitalisierung der Wertschöpfungskette wird sicher nicht von heute auf morgen Realität werden. Aber Tatsache ist: Vieles ist heute bereits technologisch machbar, erste Ansätze zur Umsetzung werden derzeit von Industrieunternehmen auf den Weg gebracht, die in die Arbeitswelt eingreifen und der aktiven Begleitung und Gestaltung durch Gewerkschaften, Betriebsräte wie auch der Akteure in Politik und Wissenschaften bedürfen.

Industrie 4.0 und die Beschäftigten

Das aufkommende Zeitalter einer Industrie 4.0 bedeutet für die Arbeit erhebliche Veränderungen und spitzt alte Fragen nach der Rolle der Beschäftigten in neuer Radikalität zu. Gerade weil das Bild der Industrie 4.0 von *Machine-to-Machine-Communication* ausgeht, also von einer smarten Fabrik, in der alle Teile miteinander kommunizieren und sich selbständig regulieren können, stellt sich die Frage: Was bleibt da noch für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu tun? Wird der alte Traum der menschenleeren Fabrik auf Basis der neuen Techniken wahr – und damit zum Albtraum für Beschäftigte, betriebliche Interessenvertretungen und Gewerkschaften?

Die Antwort darauf ist nicht einfach, steht in der Gefahr Entwicklungsdynamiken zu über- oder auch zu unterschätzen und muss differenziert nach Beschäftigtengruppen betrachtet werden. Im deutlichen Unterschied zu früheren Debatten um die Folgen der Automatisierung für menschliche Arbeit spricht derzeit indes wenig dafür, dass Industrie 4.0 durch menschenleere Fabriken geprägt ist, in der Computer und Internet das Kommando übernommen haben. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Smart Factory verschwinden nicht, sondern spielen eine andere Rolle, was mit unterschiedlicher Tiefe und Reichweite alle Beschäftigtengruppen von der Produktion bis in die Forschungs- und Entwicklungsabteilungen betrifft – und keineswegs ohne Gefahren für das Arbeitsvermögen ist: Konkret heißt das: Angelernte, Facharbeiter/innen, Ingenieure/innen, Techniker/innen und nicht zuletzt auch kaufmännische Angestellte sind mit deutlich erhöhten Komplexitäts-, Problemlösungs-, Lern- und vor allem auch Flexibilitätsanforderungen konfrontiert. Es steigt der Bedarf an Überblickswissen und Verständnis über das Zusammenspiel aller Akteure im Wertschöpfungsprozess.

Intelligente Produktion

Dabei wirken insbesondere zwei Trends als Treiber für den Wandel: Zum einen das technische Prinzip dezentraler Selbstorganisation von intelligenten Produkten und sich selbst organisierender Produktionseinheiten, zum anderen der zunehmende

Einsatz intelligenter Assistenzsysteme insbesondere in den Produktionsbereichen der Smart Factory. Die Kontaktaufnahme zwischen Menschen und Maschinen wird immer enger (vom Knopfdruck zur Gesten-, Sprachen- oder sogar Atemsteuerung) und die Art der Interaktion intelligenter – bei gleichzeitig zunehmender Vernetzung von Sensoren, RFID-Funkchips, Aktuatoren und mobilen Rechnern.

Mit diesen Formen der digitalen Interaktion zwischen Mensch und Maschine steigen nicht nur die Anforderungen an fachliche Kompetenzen. Auch soziale Kompetenzen erlangen einen erhöhten Stellenwert, da mit der intensivierten Verzahnung einstmals getrennter Abteilungen und Disziplinen der Bedarf an Kommunikation zwischen Menschen – real wie computervermittelt – zunimmt. In fachlicher Hinsicht werden verstärkt interdisziplinäre Kompetenzen gefordert sein, die heute vielfach erst in Ansätzen existieren. Hinzu kommt die Fähigkeit sich zu vernetzen, selbst zu organisieren und flexibel zu steuern. Kurzum: Durch das Zusammenwachsen von Produktionstechnologie, Automatisierungstechnik und Software werden mehr Arbeitsaufgaben in einem technologisch, organisatorisch und sozial sehr breit und flexibel gefasstem Handlungsfeld zu bewältigen sein.

Qualifikationsanforderungen

Diese Feststellungen implizieren zugleich die generelle These einer Requalifizierung von Produktionsarbeit in der Industrie 4.0. Anders gesagt: Die Beschäftigten werden zunehmend als Entscheider und Problemlöser gefragt sein, um – salopp formuliert – eine vernetzte Fabrik am Laufen zu halten. In dieser Perspektive eröffnet Industrie 4.0 neue, interessante Arbeitszusammenhänge, die mit wachsender Eigenverantwortung, vielfältigen Entfaltungsmöglichkeiten für kreatives Arbeitshandeln und einer Steigerung der Arbeits-, Kooperations- und Beteiligungsqualität einhergehen.

In diesem Zusammenhang darf freilich nicht übersehen werden, dass die Besser-Qualifizierten in einer Vorteilsposition sind. Denn mit fortschreitender IT-Durchdringung dürfte sich der Abbau einfacher, manueller Tätigkeiten in der industriellen Fertigung fortsetzen. Ob sich dieser Abbau durch mehr Arbeitsplätze im Rahmen von Planungs- oder Servicetätigkeiten wird kompensieren lassen, lässt sich gegenwärtig nicht zuverlässig abschätzen. Es bleibt die Frage, wie es gelingen kann, allen Beschäftigten und damit auch Un- und Angelernten eine Chance auf aktive Teilhabe und berufliche Entwicklungsmöglichkeiten in der Industrie 4.0 zu ermöglichen.

Obwohl nicht zuletzt die technischen Artefakte für eine Aufwertung sprechen, kann ein gänzlich anderer Entwicklungspfad von Industriearbeit nicht ausgeschlossen werden: Die Arbeit wird weiter standardisiert, digital quantifiziert, zu Parametern innerhalb von Algorithmen (um)strukturiert und am Ende zum geistlosen

Niedriglohnjob. Die Beschäftigten wären nur noch vernetztes Rädchen in einer unmenschlichen Cyberfabrik, ohne nennenswerte Handlungskompetenzen, entfremdet von der eigenen Tätigkeit durch eine fortschreitende Dematerialisierung und Virtualisierung von Geschäfts- und Arbeitsvorgängen.

Letzteres wäre ein digital basierter Taylorismus 4.0, eine Neuauflage der alten Spaltung zwischen Kopf- und Handarbeit, die für die Beschäftigten nicht akzeptabel und für die erfolgreiche Realisierung einer Industrie 4.0 in hohem Maße dysfunktional ist. Denn auch in hochkomplexen, virtuellen Systemen wird es Unvollkommenheiten, Störungen und Prozessunsicherheiten geben, die menschlicher Interventionen bedürfen.

Mitgestaltung der Industrie 4.0 durch IG Metall und Betriebsräte

In der Debatte um die Erfolgsbedingungen einer Industrie 4.0 geben bislang Unternehmensvertreter, Techniker und Ingenieure den Ton an, die sich vielfach schwer mit der Einsicht tun, dass der Mensch in den Mittelpunkt einer Industrie 4.0 gehört, was –

wie gesagt – keine Frage von „Gutmenschentum“, sondern eine wichtige Voraussetzung für ihre Funktionsfähigkeit ist. Umso mehr bedarf es der Begleitung und Einmischung von IG Metall, Betriebsräten und Belegschaften. Ihr Anliegen ist es seit langem, Arbeit besser, nicht billiger zu gestalten und die Bedürfnisse und Fähigkeiten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Fokus zu stellen. Die Herausforderung lautet, der Integration des Menschen in eine intelligente Fabrikumgebung konkrete Gestalt und tragfähige Perspektiven zu geben und eine Arbeitswelt zu schaffen, in der die Beschäftigten von heute für ihre Rolle von morgen qualifiziert und motiviert sind und vor allem, in denen die Menschen die Systeme steuern und nicht umgekehrt. Das ist eine anspruchsvolle Aufgabe, die mit den gängigen Ansätzen der Betriebs- und Arbeitspolitik allein nicht zu meistern sein wird. Neue Problemlagen erfordern neue Lösungsansätze und Organisationsparadigmen von Arbeit, die eine Vielzahl von Regelungstatbeständen und Regulierungsebenen in Betrieb und Unternehmen berühren. Aus Sicht der IG Metall sind aktuell vor allem drei Gestaltungsfelder von zentralem Interesse, wenn es darum geht, den technologischen Wandel mit innovativen Organisations- und Personalkonzepten konform gehen zu lassen und Grundsteine für bessere Arbeit in der Industrie 4.0 legen zu können:

1. Lernförderliche Arbeitsorganisation schaffen

Industrie 4.0 erfordert neue, innovative Arbeitsorganisationskonzepte, die einerseits lernförderlich, andererseits dazu geeignet sind, das Prinzip dezentraler Selbststeuerung

mit breit gefassten Aufgabeninhalten, hohen Dispositionsspielräumen sowie Kooperation, Kommunikation- und Interaktion unterstützenden Arbeitsorganisationsformen zu realisieren. Ziel ist es, intelligente, selbstorganisierte Interaktionen zwischen den Beschäftigten und/oder den technischen Operationssystemen entlang der gesamten Wertschöpfungskette zu ermöglichen. Dementsprechend ist zu berücksichtigen, wie kooperative Lern- und Arbeitsprozesse quer zu herkömmlichen Funktions- und Abteilungsstrukturen befördert und sichergestellt werden können. Nicht zuletzt das altbekannte Thema der Notwendigkeit zur Veränderung von betrieblichen Führungskulturen erfährt durch Industrie 4.0 eine neue Aktualität.

2. Weiterbildung und Qualifizierungsmaßnahmen neu angehen

Mit Industrie 4.0 werden sich die Anforderungen an lebenslanges Lernen noch einmal deutlich erhöhen. Zugleich bieten sich technisch neue Formen für mobiles, interaktives und situationsadaptives Lernen, die es zu nutzen und auszubauen gilt. Erforderlich ist die Entwicklung von umfassenden und nicht zuletzt arbeitsplatznahen Qualifizierungsmaßnahmen, die an der ganzen Breite der Belegschaften ansetzen und Angelernte, Facharbeiter wie auch Ingenieure einbeziehen. Alle Beschäftigten müssen entsprechend ihrer Fähigkeiten eine Chance auf aktive Teilhabe an Weiterbildung haben. Sonst droht nicht „nur“ die soziale Deklassierung ganzer Beschäftigtengruppen, sondern wächst die Gefahr zu demotivieren und hierdurch einen wichtigen Impact für die Wettbewerbsfähigkeit zu verschenken.

3. Soziale Netzwerke und Beteiligungsprozesse stärken

Sich in die Gestaltung der Arbeit kompetent einzumischen, bedeutet auch, die aktive Beteiligung von Betriebsräten und Beschäftigten an betrieblichen Umsetzungsprojekten frühzeitig sicher zu stellen und Leitplanken zur Regulierung etwa in Form von Musterbetriebsvereinbarungen zu entwickeln. In diesem Zusammenhang sind Kooperationen mit der Wissenschaft zu intensivieren und kollegiale Beratungs- und Vernetzungsprozesse von Haupt- und Ehrenamtlichen zu fördern. Es gilt, mit „guten“ Referenzprojekten starke Impulse für bessere Arbeit in der Industrie 4.0 zu geben, wofür nicht zuletzt die staatliche Forschungsförderung Mittel und Wissen zur Verfügung stellen muss.

Autorin: Dr. Constanze Kurz, Referentin im Funktionsbereich Betriebs- und Branchenpolitik beim Vorstand der IG Metall

Das EU-Freihandelsabkommen mit Kolumbien und Peru

von Harald Neuber

Armut und Migration durch subventionierte EU-Produkte

Seit Wochen ist Kolumbien in Aufruhr. Hunderttausende Menschen hatten sich am 19. August einem landesweiten Agrarstreik angeschlossen. Bauern aus allen Teilen des südamerikanischen Landes wendeten sich in Demonstrationen, mit Straßenblockaden und Kundgebungen gegen die neoliberale Politik der Regierung von Präsident Juan Manuel Santos. Das alles ist weit weg von Europa, könnte man meinen. Doch die Proteste richteten sich auch gegen die Aufhebung von Handelschranken zwischen Kolumbien und der Europäischen Union. Was hierzulande als Fortschritt präsentiert wird, treibt die Menschen in Kolumbien und anderen „Partnerstaaten“ auf die Straßen. Ihre Angst vor billigen agrarindustriellen Produkten ist groß. Die Regierung Santos unternehme nichts, um die eigenen Märkte gegen die übermächtige Konkurrenz zu schützen, heißt es vonseiten der Demonstranten. Regierungsunabhängige Handlexperten in EU-Staaten geben ihnen Recht. Dennoch wurde das EU-Freihandelsabkommen mit Kolumbien und Peru Anfang Mai im deutschen Bundesrat angenommen. Zeit für eine Zwischenbilanz der Debatte.

„Wir fordern vor allem die Abkehr von den Freihandelsabkommen, die lokale Bauern bedrohen“, sagte der Vorsitzende des Dachverbandes der kolumbianischen Bauerngewerkschaften, Ederto Díaz. „Mit der Unterzeichnung des Freihandelsabkommens mit der EU sehen sich in Kolumbien rund 400.000 Milchbauern in ihrer Existenz bedroht“, so Díaz. Auch die Überschwemmung des Marktes mit Mais und Reis aus den USA sei für sie eine Gefahr. Man werde die Mobilisierung daher aufrechterhalten, um eine Änderung der Wirtschaftspolitik zu erzwingen.

Nach schwierigen Verhandlungen sind die Blockaden Ende September zwar eingestellt worden, doch die Situation bleibt brenzlich. Eine Umkehr in der Wirtschaft- und Entwicklungspolitik ist von der Santos-Führung nicht zu erwarten. Dabei geben die Statistiken den Demonstranten Recht. „Im Jahr 1990 hat Kolumbien noch rund 700.000 Tonnen Agrarprodukte importiert“, schreibt der kolumbianische Journalist Antonio José Gutiérrez Blanco: Im vergangenen Jahr, 2012, seien es bereits über

zehn Millionen Tonnen gewesen. In dem Maße, wie die Einfuhren steigen, verlieren die einheimischen Bauern ihre Arbeit.

Verblühte Landschaften durch subventionierten Freihandel

Dies alles ist freilich nicht neu. Auch als 1994 die Nordamerikanische Freihandelszone zwischen Mexiko, den USA und Kanada eingeweiht wurde, versprachen die neoliberalen Apologeten blühende Landschaften. Die Wochenzeitung VDI-Nachrichten erinnerte unlängst daran, dass das US-amerikanische *Institute of International Economics* damals einen US-Handelsüberschuss von bis zu neun Milliarden US-Dollar und alleine im ersten Jahr 170.000 neue Arbeitsplätze prophezeite. Tatsächlich hatte das krasse wirtschaftliche, industrielle und soziale Gefälle zwischen Mexiko und den USA für beide Seiten negative Folgen. US-Industrieunternehmen verwandelten den südlichen Nachbarn in eine „verlängerte Werkbank“, indem sie die arbeitsaufwändige Fertigungsindustrie nach Mexiko verlegten. Nach Ansicht des liberalen Think-Tanks *Council on Hemispheric Affairs* gingen so in den USA bis zu 700.000 Jobs in diesem Bereich verloren. Mexiko erlitt damals, was die Freihandelskritiker in Kolumbien für die nahe Zukunft befürchten. Durch den massenhaften Import agroindustrieller Produkte aus den USA ist die traditionelle Landwirtschaft in Mexiko weitgehend zusammengebrochen, hunderttausende haben ihre Arbeit verloren. Das widerspiegelt sich in den Migrationszahlen: Während 1995 noch rund 2,5 Millionen mexikanische Einwanderer ohne Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis in den USA lebten, waren es 2010 gut 6,5 Millionen.

Bevor das Brüsseler Abkommen mit Kolumbien und Peru im April und Mai dieses Jahres im Deutschen Bundesrat zur Debatte stand – und dort mit SPD-Stimmen schließlich verabschiedet wurde –, hatten deutsche Nichtregierungsorganisationen mit Nachdruck auf die sozialen Gefahren der Marktliberalisierung zwischen der EU und den südamerikanischen Entwicklungsland hingewiesen. 45 Menschenrechtsgruppen und Sozialorganisationen forderten die Ländervertreter auf, das Abkommen abzulehnen. Das Freihandelsabkommen stelle die wirtschaftlichen Interessen der EU vor den Schutz von Menschenrechten, heißt es in einem offenen Brief, der von Dutzenden Organisationen unterzeichnet wurde, darunter *terre de hommes*, Attac und das Aktionsbündnis gegen AIDS. Die Unterzeichner zeigten sich davon überzeugt, dass die radikale Liberalisierung im Handel, beim geistigen Eigentum und im Finanzsektor die schwächeren Partnerstaaten in Südamerika grundsätzlich schädigen. Zudem seien die Regeln zum Schutz von Menschenrechten zu schwach. Dies könnte vor allem in Kolumbien verheerende Folgen haben. Das Land weist schon heute bis zu vier Millionen Binnenflüchtlinge auf. Mehr hat nur der Sudan.

Vor der Abstimmung in der Länderkammer zeigte sich der SPD-Bundestagsabgeordnete Klaus Barthel, der dem linken Flügel der Partei zugerechnet wird, noch zuversichtlich. „Immerhin gibt es nun eine Debatte, das ist für uns ein großer Erfolg“, sagte er. Das vom Bundestag beschlossene Freihandelsabkommen sei ein Angriff auf die Existenzgrundlage hunderttausender Kleinbauern und kleinerer und mittlerer Unternehmen in Kolumbien und Peru, bekräftigte Barthels Parlamentskollegin Heike Hänsel von der Linkspartei. Sie könnten nicht mit den massiv subventionierten Produkten der EU konkurrieren. Die Folge sei eine stärkere soziale Spaltung in Kolumbien und Peru und die Verschärfung des Ringens um Land und Rohstoffe. „Wir werden ungeachtet des Bundesratsvotums weiterhin gegen das Abkommen kämpfen“, so Hänsel.

Dass dies am Ende tatsächlich nötig wurde, enttäuschte die Kritiker der Markt- und Handelsderegulierung natürlich. Bis zuletzt hatten Nichtregierungsorganisationen bei Ländervertretern für ein Negativvotum geworben. Dies hätte das Abkommen zwar nicht grundsätzlich verhindert. Der Widerspruch der deutschen Länderkammer aber hätte es ermöglicht, eine vor allem für Kolumbien wichtige Menschenrechtsklausel erneut zu verhandeln. Noch einen Tag vor der Abstimmung im Bundesrat hatte die rheinland-pfälzische Wirtschaftsministerin Eveline Lemke ihre ablehnende Haltung bekräftigt: „Dem vorliegenden Abkommen fehlt es an verbindlichen Standards in den Bereichen Menschenrechte, Arbeitnehmerschutz, Nachhaltigkeit und Ökologie“, sagte die Grünen-Politikerin. Nach dem Votum kritisierte die Linken-Bundestagsabgeordnete Heike Hänsel den Schwenk der Sozialdemokraten: „Offensichtlich haben SPD-Landesregierungen gemeinsam mit den CDU-geführten Landesregierungen die Mehrheit für das Abkommen gesichert“, sagte sie. Tatsächlich hatte am Ende neben der NRW-Führung auch Hamburgs Senat unter dem Sozialdemokraten Olaf Scholz dem Freihandelsabkommen zugestimmt. Offenbar folgte man der Überlegung, dass der Hamburger Hafen von erhöhten Handelsströmen profitieren könnte. Das Votum aus dem Norden wäre aber nötig gewesen, um die Ratifizierung zu stoppen.

Die Folgen: schlechte Gesundheitsversorgung, Armut und Migration

Der weitere Verlauf der Debatte in Europa und die wirtschaftliche Entwicklung nach einer Ratifizierung des Abkommens wird von Nichtregierungsorganisationen auf beiden Seiten des Atlantiks aufmerksam verfolgt. Die Proteste in Kolumbien und der explizite Verweis auf die negativen Folgen des Freihandels mit der EU zeigen jedenfalls, dass sich die Lage seit der Implementierung der Nordamerikanischen Freihandelszone 1994 verändert hat: Soziale Organisationen in Industrie- und Entwicklungsstaaten sind besser vernetzt und bilden – anders als noch vor knapp 20 Jahren – ein wichtiges Korrektiv. Dennoch sind die Sorgen vor der weiteren Entwicklung groß, und das nicht nur im Agrarbereich. Marco Alves vom deutschen Aktionsbündnis gegen AIDS etwa erwartet durch den im Abkommen generell

verschärften Patentschutz Auswirkungen für die arme Bevölkerungsmehrheit in Kolumbien und Peru. Mit dem Freihandelsvertrag werde im Pharmasektor die sogenannte Datenexklusivität zementiert, womit die Marktzulassung kostengünstiger Generika deutlich verzögert wird. „Das kann fatale Folgen haben für die Versorgung armer Menschen mit neueren HIV-Medikamenten, die weniger Nebenwirkungen haben und die Therapie verbessern“, so Alves. Gleiches gilt natürlich für andere Präparate, deren Patente sich im Besitz global agierender Pharmakonzerne befinden.

Jürgen Meier vom in Berlin ansässigen Forum Umwelt & Entwicklung, das die Arbeit deutscher Nichtregierungsorganisationen in internationalen Politikprozessen zu nachhaltiger Entwicklung koordiniert, bezeichnet die Debatte um den EU-Kontrakt mit Kolumbien als „ermutigend und deprimierend zugleich“. Ermutigend sei die öffentliche Diskussion gewesen, weil es seit vielen Jahren keine derart aktive Mobilisierung der Zivilgesellschaft, von Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen gegen ein Freihandelsabkommen mehr gegeben habe. „Zugleich war es aber deprimierend, weil die parlamentarische Opposition versagt hat“, konstatiert der Aktivist. Auch Grüne und Linke hätten in der ersten Lesung des Bundesrats allem zugestimmt und hätten ihre Position erst geändert, nachdem sie und vor der entscheidenden zweiten Lesung massiv Druck bekamen. Die SPD dagegen habe in allen Ländern, in denen sie nicht mit den Grünen und der Linkspartei koalitiert, sondern allein oder mit der CDU, „unkritisch zugestimmt“. Meier hält der SPD vor, nur dann gegen solche Abkommen zu stimmen, wenn es auf ihre Stimmen nicht ankomme: „Da, wo sie mit einem Nein die Liberalisierungs- und Globalisierungsagenda des Wirtschaftsministeriums und der EU-Kommission effektiv hätte stoppen können, fällt sie als Opposition aus.“ Zudem sei es gerade die Düsseldorfer Staatskanzlei und nicht das Kanzleramt gewesen, von wo aus Druck auf wackelnde SPD-Landesminister in den fünf Ländern mit Großer Koalition ausgeübt wurde.

Im Falle einer sich abzeichnenden Großen Koalition wollen Nichtregierungsorganisationen nun noch stärker auf den Bundesrat einwirken. Dies werde notwendig, wenn eine schwarz-rote Koalition im Bundestag mehr als 80 Prozent der Sitze kontrolliere. Je nach dem Ergebnis der hessischen Koalitionsverhandlungen könnte die Große Koalition im Bundesrat sogar darauf angewiesen sein, mindestens ein Land mit grüner oder linker Regierungsbeteiligung umzustimmen, wenn sie die nächsten derartigen Abkommen ratifizieren will, prognostiziert Meier.

Autor: Harald Neuber, Journalist, Autor und Kulturanthropologe

Die Schattenseite des Erfolgs

von Ralf Kronig

Erfahrungs- und Praxisbericht aus der globalen SAP-Welt

Die extrem hoch gesteckten Umsatzziele für das Geschäftsjahr 2013, die auf einer Pressekonferenz im ersten Halbjahr 2013 vom SAP-Konzern kundgetan wurden, werden höchstwahrscheinlich nicht erreicht. Das Gewinnziel von über 30 Prozent Marge wird aber aufrechterhalten. Daraus resultiert ein schmerzhaftes Cost-Cutting-Programm von Hunderten Millionen Euro, um doch noch einen Gewinn von fast sechs Milliarden Euro, eine Steigerung zum Jahr 2012 von fast einer Milliarde Euro, zu erreichen. Wieder und wieder werden die Risiken auf die Beschäftigten unmittelbar abgewälzt. Die millionenschweren Zahlungen an SAP-Vorstände und Kapitaleigner bleiben jedoch vom harten Sparkurs unberührt.

Und es klingt sehr zynisch, wenn „Nachhaltig mehr erreichen“ der Titel des SAP-Geschäftsberichts 2012 lautet und SAP „das Leben von Menschen verbessern“ will. Was steckt wirklich hinter der Fassade des ökonomischen Erfolgs und ungezügelter Kapitalismus?

„Du musst dich verändern“

Wie in anderen Konzernen auch, definiert sich das Management über seine Aktivitäten, die aber oft nur reiner Aktionismus sind. In jedem Geschäftsjahr finden über 100 kleinere bis größere "schmerzhafte" Reorganisationen statt, die keine Kontinuität bei den Tätigkeiten und Aufgaben zulassen. Für manche Beschäftigte ändern sich neben den Zielen auch die Führungskräfte alle paar Monate. Wer verantwortlich ist, bleibt oftmals ein Geheimnis, da viele andere Rollen ohne Führungsverantwortung vergeben werden. Die Beschäftigten fühlen sich mehr und mehr als austauschbare Funktionsrädchen, denn sinnstiftend oder synergiefördernd sind die meisten Organisationsveränderungen kaum.

Eine Befragung der IG Metall im Jahr 2012 ergab: Nur sehr wenige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stimmten zu, dass sich die Durchführung von Reorganisationen verbessert hätten. Diese Kritik gibt es schon viele Jahre, doch verbessert hat sich wenig. Im Hinblick auf diesen Managementstil wirkt die mitarbeiterverachtende Aussage des Aufsichtsratsvorsitzenden Hasso Plattner bei der diesjährigen Hauptversammlung, dass die größte Bedrohung nicht die extrem hohen Millionenzahlungen an die Vorstände, sondern die Personalkosten seien, schon ziemlich zynisch. Selbst streicht er als SAP-Eigner mit seinem „nicht-arbeitendem“ Kapital seit Jahren Hunderte von Millionen Dividenden ein. Ein SAP-Beschäftigter

meinte lapidar: „Ich muss über 200 Jahre arbeiten, wenn ich so viel verdiene wie die Co-CEOs in einem Jahr. Das steht in keinem Verhältnis.“

„Du bist zu langsam“

Das Arbeiten unter Zeit-, Termin- und Wettbewerbsdruck wird seit Jahrzehnten von unbezahlten Überstunden und langen, hochkonzentrierten und entgrenzten Arbeitszeiten, sowie oftmals beruflich bedingten Arbeitswegen gekennzeichnet. Das Arbeiten auf einen Entwicklungsschluss hin, ohne die wirkliche Kontrolle und Begrenzung der Arbeitszeit, setzt den Einzelnen pausenlos unter psychischen Druck. Hinzu kommt kein reales Gehaltswachstum, da zwar der persönliche Einsatz immer extrem hoch sein muss, jedoch die Gegenleistung der Arbeitgeberin in Form eines adäquaten Entgelts nicht mitwächst. Die Aktionäre werden jedoch großzügig bei der Verteilung des Unternehmensgewinns beteiligt.

Die sogenannte Vertrauensarbeitszeit kann als völlig willkürlich bezeichnet werden, da nur das Ergebnis, der Kunde und das Ziel zählt. Im Arbeitsvertrag ist bei Vollbeschäftigung die 40-Stunden-Woche vereinbart, Überstunden verfallen. Damit sind es unbezahlte Überstunden, es sei denn, sie werden zusätzlich für das Wochenende angeordnet. Eine gelebte Vertrauensarbeitszeit-Kultur sollte immer zu mehr Souveränität über die eigene Arbeitszeit führen, besonders zu Freistellungsansprüchen und zum Mitentscheiden. Denn Vertrauen(sarbeitszeit) beruht letztendlich auf Gegenseitigkeit.

Eine Befragung der IG Metall ergab, dass sich 63 Prozent der SAPler mit der Erwartung konfrontiert sehen, Überstunden zu leisten. Beruf und Privatleben sind für 32 Prozent der Beschäftigten schwer vereinbar. Doch dem entgegen steht die Anforderung des Managements nach mehr Flexibilität und Veränderungsfähigkeit. Dadurch kommt der Arbeitszeit und Arbeitszeitgestaltung eine immer wichtigere Rolle zu, denn eine geregelte Arbeitszeit ist der zentrale Schlüssel für eine gute Vereinbarkeit von Job und Familie bzw. Privatleben. Viele Menschen wollen die tägliche Arbeitszeit kurzfristig den privaten Bedürfnissen anpassen.

Vom Management wird größtenteils die ständige Erreichbarkeit vorausgesetzt. Untermauert wird das durch den Mangel an klaren Regelungen der Arbeitszeit zum Schutz der Gesundheit. Kolleginnen erzählen, dass sie vom Management aufgefordert werden, vor morgendlichen Meetings sämtliche E-Mails gelesen zu haben. Mit privaten Endgeräten darf gearbeitet werden: Immer und ohne Limit. Globale Meetings, morgens Asien, abends Amerika, zwingen viele Beschäftigte zu extrem flexiblen und familienunfreundlichen Arbeitszeiten, was sich wiederum im privaten Leben niederschlägt. Die hohe Rate an Singles und geschiedenen Kolleginnen und Kollegen wirft ein bezeichnendes Licht auf die Verhältnisse.

„Die 40-Stunden-Woche habe ich ohnehin nie eingehalten, doch jetzt kommt noch der Termin- und Gruppendruck dazu, den uns das Management von oben diktiert. Das ist doch nicht mit der Lean-Philosophie gemeint. Immer muss ich nachweisen, was ich tue, wie erfolgreich ich es tue, mich rechtfertigen und punktgenau abliefern. Dazu kommen noch permanente, überflüssige Reorganisationen vom Vorstand. Da verliere ich das Vertrauen.“

In der Software-Entwicklung finden immer mehr kurze zeitliche Taktungen Anwendung, das heißt, es müssen unter sehr hohem Arbeitstempo und mit mangelnden personellen Ressourcen in knapp bemessenen Zeiträumen Produkte abgeliefert werden. Dauerhaft höchstproduktiv sein zu müssen kann nicht innovativ und gesundheitsfördernd sein, wenn ein Controlling die Arbeitsprozesse vorgibt.

„So stelle ich mir Fließbandarbeit vor, das hätte ich nie gedacht, dass ich jemals das Gefühl der Sinnhaftigkeit meiner Arbeit verliere. Für Innovation habe ich keine Zeit, da Termine, Zahlen und Vorgaben mich erdrücken. Ich muss ja im Takt arbeiten.“

Seit 2010 wurden sechs Befragungen zur Einführung von „Lean Production“ durchgeführt; aus ihnen geht hervor, dass sich der längerfristige Trend einer Zunahme der Arbeitsbelastung seit der ersten Befragung fortsetzt. Die siebte und jüngste Befragung ergibt weiterhin keine Entlastung der Beschäftigung: „Entgegen der angestrebten Verbesserung nimmt die empfundene Arbeitsbelastung weiter etwas zu.“

Leider wird von der Arbeitgeberin nichts unternommen, um „Fortschritte beim Thema Arbeitsbelastung zu machen und gesundheitsförderliche Potenziale zu erschließen“. Es fehlen Maßnahmenpakete und deren Umsetzung zum Wohle der Beschäftigten. Die Arbeitgeberin plant in Zukunft keine weiteren Befragungen. Sie will keine Entlastung der Beschäftigten. Sie will eine neue Rationalisierungsmethodik einführen.

„Bis in zwei Jahren bin ich kaputt, denn das permanent hohe Tempo und den enormen Arbeitseinsatz halte ich nicht durch, da ich keine freie Zeit zum Nachdenken und zum Austausch mit Teamkollegen habe.“

Der Einzelne wird für die hohen Zielvorgaben verantwortlich gemacht. Ein dokumentiertes Zielsetzungssystem mit einer anschließenden Benotung durch den Vorgesetzten nach mehrheitlich subjektiven und kaum selbst beeinflussbaren Zielkriterien lässt eine unkontrollierbare Willkür zu. Der Beschäftigte ist einem reinen Leistungs- und Zielmanagementsystem ausgeliefert, „ohne Leitplanken“ und wird sozusagen von „unsichtbarer Hand“, vom angeblichen Markt, gesteuert. Wie kann eine Führungskraft überhaupt seine Fürsorgepflicht erfüllen, wenn sie selbst

Teil des fremdgesteuerten Systems ist, wenn eine sehr gute Leistung nicht zugleich sehr gute Noten und somit ein angemessenes Entgelt bedeutet?

Aufgeblähte Boni, Gehälter, Prämien, Optionsgeschäfte, Abfindungsregelungen, Antrittsgelder, Rentenbezugsansprüche und Abgangsentschädigungen für die sogenannte Wirtschaftselite sind Ausdruck eines finanzmarktgetriebenen Turbokapitalismus und seines kurzfristigen, irrsinnigen Renditedenkens. Muss der Kapitalgeber immer rücksichtsloser gegen die Gesundheit der Beschäftigten werden?

„Du bist verantwortlich“

Es gibt gravierende Schattenseiten des Unternehmenserfolgs bei SAP im nordbadischen Walldorf. Die Gesundheit der Beschäftigten befindet sich in einer bedenklichen Schieflage. Der Druck des Managements und die Vorgaben des Aufsichtsratsvorsitzenden, Haupteigentümers und "Cheftechnikers" Hasso Plattner zeigen ihre verheerende Wirkung. Wieder nehmen sich Beschäftigte Auszeiten, um sich vor Erschöpfungszuständen und exzessiven Belastungsrisiken zu schützen oder vom erhöhten Verschleiß zu erholen. Wieder hat sich die Anzahl arbeitsbedingter Langzeiterkrankungen bedenklich erhöht.

Jeder will sein Bestes geben, im Unternehmen und privat. Doch der immense Leistungs- und Erwartungsdruck ist wie ein Sog, dem niemand entkommt, auch am Feierabend, in der Nacht und am Wochenende nicht. Denn wenn zum Beispiel der "Cheftechniker" Ergebnisse bis zum Montag erwartet, gibt es für viele Beschäftigte am Wochenende keine Freizeit. Gesetzliche Regelungen ignoriert er. In einem Zeitungsinterview im Sommer 2013 beklagt er die deutsche Mitbestimmung, besonders Arbeitszeit- und Betriebsverfassungsgesetz sind ihm ein Dorn im Auge.

In Zukunft setzt H. Plattner einen US-Amerikaner als alleinige Vorstandsspitze ein. Einen ausgeprägten angloamerikanischen Führungsstil mit bedenklichen Umgangsformen verspüren die Beschäftigten beim deutschen Weltmarktführer für Unternehmenssoftware seit Jahren. Nach Auskunft einer Kollegin im Vertrieb hat er angewiesen, dass Vertriebsleiter aggressiver zu den Beschäftigten sein sollen. Dauerdruck und –stress treiben Beschäftigte in Auszeiten, Kündigungen und Krankheiten.

„Das Kapital ist daher rücksichtslos gegen Gesundheit und Lebensdauer des Arbeiters, wo es nicht durch die Gesellschaft zur Rücksicht gezwungen wird“, meinte schon Marx.

„Du bestimmst selbst“

Der Begriff „Freiheit“ wird benutzt, um die knallharten Unternehmensziele bei vorgegebenen Rahmen- und Arbeitsbedingungen zu erreichen, und: Jede und jeder hat zu funktionieren. Als zusätzlich belastend erweist sich eine sogenannte „Gratifikationskrise“ aus dem Entlohnungssystem.

Warnsignale liefern Befragungen der zuständigen Arbeitsnehmersvertretung der IG Metall für die IT-Branche:

- 38 Prozent der Befragten bemerken eindeutige Stresssymptome, bei weiteren 27 Prozent kommt dies gelegentlich vor.
- Beruf und Privatleben ist für 32 Prozent der Beschäftigten schwer vereinbar, für 40 Prozent ist das teilweise so. Männer sehen hier etwas mehr Probleme als Frauen.
- In ärztlicher Behandlung aufgrund arbeitsbedingter Stresssymptome sind 18 Prozent der Befragten. Weitere 8 Prozent sind dies gelegentlich.

Die entlarvende Aussage eines SAP-Managers untermauert die Ergebnisse: „Die Haltbarkeitsdauer eines Software-Entwicklers ist nicht länger als die eines Kricketspielers - ungefähr 15 Jahre. Die 20-jährigen Typen bringen mir für den Unternehmenserfolg mehr als die 35-Jährigen (...) Bei dem Tempo, in dem die Technologie sich verändert, wird man mit 35 sehr schnell überflüssig, wenn man nicht dazulernt. Für 40-Jährige ist es sehr schwierig, relevant zu sein.“

Den Beschäftigten wird eine ungeheure Flexibilität und unmenschliche Veränderungsfähigkeit abverlangt. Sie sollen sich als „Arbeitskraftunternehmer“ verstehen: „Sie müssten auf die Professionalität ihrer Arbeit und ihrer Reproduktion achten, unternehmerisch handeln und die Kosten- und Wettbewerbsstruktur des Betriebes im Kopf haben.“

Der Grundsatz der Ausgewogenheit scheint verletzt zu sein. Arbeitsanforderungen und -bedingungen, Arbeitsleistungen und die Gegenleistungen der Arbeitgeberin stehen in einem immer größeren Missverhältnis.

„Bleib stark“

Oftmals sind psychiatrische und therapeutische Einrichtungen die letzte Hilfemöglichkeit für Betroffene, die unter Burnout, Depressionen oder Angststörungen leiden. Sie können am Arbeitsplatz und im Unternehmen wenig mit Unterstützung, Verständnis und Hilfe rechnen. Das unternehmensinterne Gesundheitswesen definiert SAP als ein "im Kern nachhaltig gesundes und

erfolgreiches Unternehmen". Angesichts Hunderter von Langzeitkranken muss dies "nachhaltig" bezweifelt werden.

Darüber hinaus versteht sich das Gesundheitswesen als verlängerter Arm der Arbeitgeberin und Erfüllungsgehilfe im betriebswirtschaftlichen Sinne: "Das Thema der Zukunft ist jedoch nicht das Messen der physischen Abwesenheit (Absentismus), sondern die Frage, wie viel Produktivität dadurch verloren geht, dass Mitarbeiter dem Unternehmen nicht ihr volles Potenzial zur Verfügung stellen können (Präsentismus)." Tatsächliche Sozialpartnerschaft definiert sich anders, denn Stress ist keine rein persönliche Verhaltensreaktion. Statt verhaltensbezogener Maßnahmen bedarf es einer verstärkten Verhältnisprävention, das heißt: Die krankmachende betriebliche Realität muss verändert werden.

Für das SAP-Gesundheitswesen stehen die „psychomentalen Belastungen im Hochleistungsumfeld“ im Vordergrund. Dramatisch: Allein in Deutschland sind im Jahr 2012 über 1.000 Langzeitkranke im Betrieblichen Eingliederungsmanagement als „Neufälle“ dazu gekommen. Von einer nachhaltigen, sozialen Entwicklung kann anhand dieser Fakten kaum gesprochen werden, außer in aufbereiteten Marketingbroschüren. Die Chefin des Gesundheitswesens verkündet als Themenbotschafterin der INQA-Initiative eine verzerrte Realität: „Trotz steigendem Durchschnittsalter bei SAP ist es gelungen den relativen Anteil der langzeiterkrankten Mitarbeiter in den letzten drei Jahren stabil auf niedrigem Niveau zu halten.“ Wie zynisch.

Zwar gibt es seit 2011 Regelungen für die Wiedereingliederung von Langzeitkranken - mit der Einführung des Betrieblichen Eingliederungsmanagements (BEM) sollte jeder bei der Rückkehr ins Unternehmen auf Wunsch Unterstützung erhalten. Gerade bei psychischen Erkrankungen kann sich das BEM aber als Drama für die Betroffenen darstellen. Denn eine ernsthafte Wiedereingliederung stellt sich bei einer physisch bedingten Erkrankung einfacher dar als bei psychisch bedingter Abwesenheit. Bei psychischen Langzeiterkrankungen spielen neben dem erheblichen Leistungsdruck und den überhöhten Zielvorgaben insbesondere die Personen, die den Leistungsdruck weitergeben, eine entscheidende Rolle. Die Wiedereingliederung in den gleichen Bereich mit der gleichen Umgebung und den gleichen Vorgesetzten ist oftmals unmöglich. Es muss ein anderer Bereich gefunden werden. Die Bereitschaft der Arbeitgeberin dazu hält sich allerdings in Grenzen. Von Verantwortlichen müssen sich die betroffenen Kolleginnen und Kollegen dann schon mal Aussagen anhören wie "Bitte hab Dich nicht so", "Stell dich nicht so an", "Streng Dich an", "Hattest Du zu viel Stress zu Hause?", "Es wird viel besser als vorher" oder "Es wäre doch besser, außerhalb von SAP eine 'Herausforderung' zu suchen". Die Arbeitgeberin geht logischerweise gerne den einfachen Weg: zurück in die alte Abteilung, obwohl dies von externen Therapeuten häufig nicht empfohlen wird.

Die Kolleginnen und Kollegen sollen ein paar Monate "nett" zu dem Rückkehrer sein, der Chef auch. Es wird verlautbart, der kranke Kollege/Kollegin habe gefehlt, weil er/sie "private oder persönliche Probleme" habe. Man schont sie oder ihn dann eine gewisse Zeit, und dann fängt der krankheitserregende Stress wieder von vorne an. Die Arbeitgeberin leugnet die Verantwortung und häufig wird das Problem – wie nahezu alles in der heutigen Welt – privatisiert.

Die flexiblen Arbeitseinsätze, die überzogenen Arbeitsanforderungen und die Höchstleistungskultur bewirken, dass Menschen ihre Grenzen permanent überschreiten. Viele Ärzte und Therapeuten warnen vor der Entwicklung und sprechen von stark veränderten Krankheitsbildern in allen Altersgruppen. Junge Menschen, Zeitarbeitskräfte oder Beschäftigte mit Werkverträgen arbeiten oftmals unter prekären Bedingungen, in der Hoffnung, dass sich daraus irgendwann einmal eine Festanstellung ergibt.

„Wir werden 35 Prozent Gewinnmarge erreichen“

Als zentrale Ursache für die immensen arbeitsbedingten Belastungen kann die maßlose, marktradikale Renditevorgabe angesehen werden: Im Jahr 2015 soll sie über 35 Prozent erreichen. Der persönliche Profit von wenigen ist hier wichtiger als Fragen zur Gesundheit der vielen.

Die Entwicklung bei SAP steht dafür, wie stark zwei Pole auseinander driften: die wirtschaftlich möglichst optimale Verwertung der Arbeitskraft und die soziale Anerkennung der Arbeitsleistung. Jeder Beschäftigte soll als Individuum seine Wettbewerbs- und Wertschöpfungsfähigkeit täglich unter Beweis stellen. Wer "sich nicht rechnet", dem drohen Sanktionen - spätestens im jährlichen Mitarbeitergespräch, das die Bewertung der Leistung, des Engagements und zukünftig des Verhaltens (z.B. Anpassungsfähigkeit, Flexibilität, Arroganz o.ä.) bzw. der Einhaltung von "Unternehmenswerten" beinhaltet.

„Der Prozess steuert dich“

Und schon rollt die nächste Welle zur Verschärfung der Arbeitsbedingungen auf uns alle zu: Cloud Computing, Crowdsourcing, Talent Cloud – diese neuen Arbeitsformen mischen momentan die IT-Branche ordentlich auf. Zusätzlich unterstützt von einer prozessorientierten Rationalisierungs- und Beschleunigungssoftware, welche im Kern das Bild eines „gläsernen Mitarbeiters“ fördert.

Schon in der Präambel der Betriebsvereinbarung zum „Talent Management“, deutsch: Personalentwicklung, steht geschrieben, dass es „ein Fundament für eine ganzheitliche Betrachtung des Mitarbeiters“ liefert und eine erfolgreiche Leistung des

Mitarbeiters unterstützt. Es sollen einerseits „Hauptaufgaben abgeleiteter individueller Ziele“ und andererseits „SAP-Werte in ihrer jeweiligen Konkretisierung durch ausdrücklich benannte Verhaltenskompetenzen aus dem jeweiligen Jobprofil des Mitarbeiters“ umgesetzt werden. Dies hat dann eine entscheidende Bedeutung auf Gehaltserhöhungen, die Einstufung auf der Skala der Leistungs- und Potenzialmatrix und auf die Anzahl der zugeteilten Aktien. Weiter erfolgt die Leistungsplanung „unter Berücksichtigung der persönlichen und betrieblichen Situation des Mitarbeiters“. Und jederzeit kann ein Statusgespräch stattfinden und der Leistungsplan geändert werden. Diese Prozesse zur Leistungs- und Verhaltensbeurteilung erzeugen besondere Risiken psychosozialer Fehlbelastungen für die Beurteilten und Beurteilenden gleichermaßen.

SAP hat die cloud-basierte Software für Personalmanagement SuccessFactors erworben. Diese verwaltet nicht nur Personaldaten, sondern ermöglicht es, die Mitarbeiterentwicklung mit Unternehmenszielen zu verknüpfen. Die Unternehmensstrategie wird so in den operativen Beschäftigtenalltag eingebettet. Ein Leiter des Bereichs „Cloud“ beschreibt die Steuerung des Menschen:

"Das Besondere am Cloud-Geschäft ist, dass man laufend liefern muss. Extrem kurze Release-Zyklen, ständige Änderungen, permanente Innovationen, unmittelbare Reaktionszeiten: Das kennzeichnet unser Business."

Beim internen Einsatz können die SAP-Angestellten so schon mal hautnah spüren, was eine angestrebte Gewinnmarge von 35 Prozent für jeden bedeutet. Auf dieses Problem hat auch der ehemalige IBM-"Cheftechnologe" Gunter Dueck in einer Stellungnahme gegenüber der Enquete-Kommission "Internet und digitale Gesellschaft" des Deutschen Bundestages aufmerksam gemacht, in der er diese unsere Software und den gewollten "psychischen Druck durch Transparenz" in einem Atemzug nennt:

"Digitale Arbeit bedeutet einen revolutionär harten Schnitt in der Arbeitsorganisation, weil die von Arbeitnehmern geleistete Arbeit nun im Netz der Quantität und Qualität nach transparent messbar ist. Bislang gibt es noch viele Büroarbeitsplätze, bei denen man acht Stunden täglich sein bestes gibt oder bei denen man am Fließband mit den vorgegebenen Takt mithält. In der digitalisierten Welt sind die Arbeitsplätze vielfach ganz entkoppelt, jeder kann eher für sich selbst so viel leisten, wie er will oder vermag. Die großen Leistungsunterschiede zwischen Mitarbeitern werden immer transparenter. Dadurch entsteht ein bisher ungekannter psychischer Druck auf Führungskräfte und Arbeitnehmer, weil nun alle indirekt fast wie in der Fußball Bundesliga ständig um Auf- und Abstieg kämpfen. Die ganze Burnout-Problematik entsteht genau hier! Die Führungskräfte und Mitarbeiter müssen neue soziale Umgangsformen entwickeln. Jeder muss wohl lernen, mit dem eigenen transparent sichtbaren Leistungsniveau psychisch

ausgeglichen zu leben. Das wird derzeit durch aggressives Leistungsvergleichen zum Zwecke des Antreibens durch das Management aus ökonomischen Erwägungen heraus absichtlich verhindert. Man SOLL ja immer ein schlechtes Leistungsgewissen haben! Dieser immense psychische Druck steigt durch die Transparenz der digitalen Welt immer mehr an."

Technologien einer weltweit vernetzten Kommunikation schaffen ungeahnte Möglichkeiten der Steuerung, Kontrolle, Bewertung, Arbeitsverdichtung und -intensivierung. Rund um die Uhr kann an „Projekten“ gearbeitet werden, alle MitarbeiterInnen konkurrieren miteinander, alle gegen alle. Weiter auf die Spitze getrieben wird diese Ausbeutungsstrategie mit dem Konzept des „Crowdsourcing“: Die Auslagerung von Dienstleistungen in eine globale Programmierer-Menge, die mit ihren Arbeitsergebnissen um den Zuschlag bei Internetausschreibungen konkurriert. Bezahlt wird nur, wer gleichzeitig am besten, schnellsten und billigsten liefert. Der arbeitende Mensch wird zum digitalen Nomaden degradiert, indem nur das beste Ergebnis und der vorgegebene Termin zählen. Was harmlos klingt, ist im Prinzip eine Arbeitsverlagerung ohne Beschäftigungssicherung. Dies könnte einen Großteil der 900.000 IT-Beschäftigten in Deutschland treffen. Einen festen Arbeitsvertrag, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Urlaub - all das wird es nicht mehr geben.

Mit neuesten elektronischen Mitteln halten so alte Prinzipien des Wanderarbeiter-Kapitalismus wieder Einzug. Ein globalisierter Arbeitsmarkt ohne "Leitplanken" und Regeln wird zu noch mehr Stress und Krankheiten führen - auch deshalb, weil die unternehmerischen Risiken vollständig auf die Beschäftigten abgewälzt werden.

Ein Vorstandssprecher von SAP hat kürzlich bereits angekündigt: "So wollen wir eine Million Entwickler von Software für uns gewinnen, ohne sie bei SAP anstellen zu müssen". Eine klare Ansage an die Beschäftigten von SAP, die dadurch verunsichert, beängstigt und weiter unter Druck gesetzt werden.

„Es ist kälter geworden“

Die Beschäftigten verfügen oft nicht über den notwendigen Gestaltungsspielraum, um ihre Arbeitsaufgaben und -belastungen eigenständig angehen und verbessern zu können. Immer seltener werden direkte Aufträge formuliert, stattdessen gibt es indirekte Ziel- und Leistungsvorgaben. Notwendig wäre eine Wertschätzung von Erfahrungswissen, um die Kompetenzen der Beschäftigten zu erweitern. Allein die Einhaltung einer regelmäßigen, täglichen Arbeitszeit von acht Stunden wäre nachhaltig weniger belastend für die Menschen.

Die Entscheidung treffen jedoch die Kapitaleigner und letztendlich die Unternehmensgründer von SAP, ob einer der „besten Arbeitgeber in der IT 2013“

wirklich diesen teuer erkauften Award bzw. Preis verdient. Es fehlt eine nachhaltig mitarbeiterorientierte Personalpolitik und Unternehmenskultur.

Bindung, Vertrauen und Loyalität gegenüber dem Unternehmen stehen dem Missbrauch und der Ausbeutung der Beschäftigten als Gegenkräfte gegenüber. Bei fehlendem Vertrauen wird als Ersatz eine Kultur der Kontrolle zelebriert. Das wird das Vertrauen nicht wieder herstellen können.

Ein Dilemma bleibt immer bestehen: Während außerhalb Deutschlands Prozesse ohne Mitbestimmungs- und -wirkungsrechte der Beschäftigten "ausgerollt" werden, erhöht sich der Druck auf die Betriebsratsgremien. Wie meinte ein Kollege: "Die Daumenschrauben werden weiter angezogen." Die Grenzen der Belastbarkeit der Beschäftigten sind längst überschritten. Die Personal(entwicklungs)instrumente werden meist aus den USA importiert. Es sind Ratgeber zur Selbstoptimierung und Selbstvermarktung, zur "persönlichen Performance". Der arbeitende Mensch gilt als Model(l), als "Best-Practice", als "Homo oeconomicus" oder als "Show Case". Diese Ideologie erstellt vordefinierte "Profile" mit Kompetenzen und Verhaltensregeln und zahlreichen Feldern der Verbesserungsmöglichkeiten. Das „Selbst“ als Arbeitskraft ist nur eine Ressource mit einer "Upgrade"-Funktion zum imaginären "Selbstunternehmer" oder "Alleinarbeitskraftunternehmer". Diese modernen, subtil und hinterrücks Ausgebeuteten müssen sich andauernd beweisen, um im betrieblichen Dauer-Wettbewerb bestehen zu können. Dazu wird ein Umfeld von Unsicherheit als Mittel zur Leistungserhöhung geschaffen und es wird im betrieblichen Alltag permanente Flexibilität gefordert.

Die Arbeit – nicht nur bei SAP - muss umgestaltet werden. Die Ursachen für psychischen Druck und Dauerbelastung müssen endlich erkannt werden. Gegen vorgegebene Rahmenbedingungen und inhumane Arbeitsbedingungen, die Belegschaften durch überzogenen Wettbewerb spalten, kann der einzelne Beschäftigte nichts unternehmen.

Erste Verfahren für einen ganzheitlichen Arbeitsschutz zur mitbestimmten Erkennung und Beurteilung psychosozialer Gefährdungen sind auf den Weg gebracht. Ihr Erfolg hängt maßgeblich davon ab, wie intensiv weitere Diskussionen im Betrieb und der Gesellschaft geführt werden, denn weitere grundsätzliche Schritte sind notwendig.

Autor: Ralf Kronig, geboren 1964 in Oberbayern, Betriebsratsmitglied bei der SAP AG

Die Evaluation der 150 familienpolitischen Leistungen

von **Rebecca Romes**

Wie die Politik sich weigert auf die Bedürfnisse von Familien einzugehen

Mehr als 150 ehe- und familienpolitische Leistungen kommen in der Bundesrepublik zur Anwendung. Mit rund 200 Mrd. Euro investiert die Bundesregierung etwa ein Prozent des Bruttoinlandsprodukts in Familien. Im OECD-Vergleich besetzt Deutschland damit einen Spitzenplatz. Hinsichtlich der Effizienz dieser Leistungen ist die Bundesrepublik jedoch weit abgeschlagen. Welche Wirkungen zeigen die Leistungen bei den Familien, die sie erhalten? Und wie werden die Leistungen von den Familien selbst eingeschätzt?

Zwischen 2009 und 2013 untersuchten namhafte deutsche Forschungsinstitute die ehe- und familienpolitischen Leistungen in Deutschland auf ihre Wirksamkeit. Noch von der letzten Großen Koalition (2005-2009) initiiert, ist es die erste Gesamtevaluation, die umfassend Wirkung und Ziele der Leistungen vergleicht. Grundlage der Analyse waren die von der Politik formulierten Ziele: Sicherung der wirtschaftlichen Stabilität von Familien, bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie, frühe Förderung von Kindern, Erfüllung von Kinderwünschen und der Nachteilsausgleich zwischen unterschiedlichen Familientypen.

Leistungen heben sich gegenseitig in ihrer Wirkung auf

Eindeutig belegt wurde nun: Die staatlichen Leistungen passen teilweise nicht zusammen oder heben sich gegenseitig in ihrer Wirkung auf. Die schlechtesten Bewertungen erhielten durchweg das Ehegattensplitting und die beitragsfreie Mitversicherung in der gesetzlichen Krankenversicherung. Während der Ausbau der Krippenplätze die Arbeitszeiten der Mütter ansteigen lässt, bieten sowohl Ehegattensplitting als auch das Betreuungsgeld gegenläufige Anreize. Der verhaltenslenkende Einfluss des Ehegattensplittings führt zur verminderten Erwerbstätigkeit von Frauen. Auch das Betreuungsgeld, als Gegenleistung zur Krippenbetreuung initiiert, geht lediglich zu Lasten der Mütter und hat mit moderner Familienpolitik wenig zu tun. Dabei haben die Studien gezeigt: Ein Kinderbetreuungsplatz finanziert sich durch die höhere Erwerbstätigkeit der Mütter und die daraus resultierenden Steuereinnahmen, zwischen 40 und 100 Prozent von selbst.^[1]

Das Fazit der Gesamtevaluation, welches die schwarz-gelbe Bundesregierung daraus zog, lautet: Die Familienpolitik, besonders in der vergangenen Legislaturperiode, sei richtig und erfolgreich gewesen. Man könne stolz sein. Die Vielfalt der Leistungen ermögliche Wahlfreiheit für Familien. Es sei anmaßend eine bestimmte Lebensweise vorzugeben. Leistungen streichen oder verändern? Nein.

Kritik aus den Reihen der Forschenden

Harsche Kritik kam umgehend aus den Reihen der Forschenden. Aus Protest auf Vereinfachungen und Fehlinterpretationen ihrer Forschungsergebnisse gaben Vertreter von drei beteiligten Forschungsinstituten (DIW, ZEW, Ifo)^[2] eine eigene Zusammenfassung der Ergebnisse heraus. Aus dem Familienministerium hieß es, es sei das gute Recht der Wissenschaftler, ihre persönliche Überzeugung zu vertreten. Allerdings orientieren sich diese fast ausschließlich an den Interessen von Unternehmen und an dem Ziel der Vollzeiterwerbstätigkeit der Mütter. Obgleich die Gesamtevaluation, inklusive der zu untersuchenden Ziele, von der Politik vorgegeben wurden. Katharina Spieß vom DIW kritisiert darüber hinaus, dass das Kriterium „Wahlfreiheit“ erst nachträglich im Politischen Bericht als Ziel eingeführt wurde, es jedoch in den Studien nicht evaluiert worden sei.^[3]

Investitionen in qualitativ hochwertige Betreuungsplätze

Im Mittelpunkt der Anfang Oktober vorgestellten Ergebnisse stehen der Ausbau und die Qualität der Kinderbetreuung, Kindergeld, Elterngeld und Ehegattensplitting. Dabei weisen die Forscher der Kinderbetreuung den höchsten Stellenwert zu, da sie als Einzige in keinen Zielkonflikt gerate. Die Subventionierung der Kinderbetreuung entlaste die Familien finanziell und führe besonders bei Frauen zu einer erhöhten Erwerbstätigkeit. Ohne diese würde die Erwerbsquote der Mütter mit zweijährigen Kindern von 37 Prozent auf 27 Prozent zurückgehen.^[4] Denn es gilt noch immer: Die Berufstätigkeit der Mütter korreliert ungleich stärker mit der Nutzung von Betreuungsangeboten als die Berufstätigkeit der Väter.^[5] In der Altersgruppe der Sechs- bis Neunjährigen liegt die Quote der Ganztagsbetreuung bei 31 Prozent. Dagegen besuchen nur 17 Prozent der Zehn- bis Dreizehnjährigen eine Ganztagschule bzw. Ganztageseinrichtung.^[6] Darüber hinaus bemängeln die Forscher, dass die Qualität der Kinderbetreuung in Deutschland nur im Mittelmaß liege. Daher müsse vermehrt in den Ausbau qualitativ hochwertiger Betreuungsplätze investiert werden.

Väter nehmen meist nur Partnermonate

Auch das Elterngeld hat einen positiven Einfluss auf Familien. Die einkommensbasierte Leistung bewahrt viele vor größeren finanziellen Einbußen in

der Familienphase. Gleichzeitig führt die verkürzte Bezugsdauer zu einer schnelleren Rückkehr der Mütter in die Erwerbstätigkeit. Rund 40 Prozent der früheren Elterngeldbezieherinnen sind nach maximal einem Jahr in den Beruf zurückgekehrt. Bei den Müttern, die noch kein Elterngeld beziehen konnten, sind es dagegen 31 Prozent.^[7] Kritisch sehen die Forscher, dass die Aufteilung der Partnermonate meist nur zu einer kurzen Elternzeit der Väter führt. Während Mütter durchschnittlich 11,7 Monate Elterngeld beziehen, sind es bei den Vätern 3,4 Monate.^[8]

Monetäre Leistungen sind beliebteste Leistungen

Geld zählt zu den beliebtesten familienpolitischen Leistungen in Deutschland. Mehr als 75 Prozent der Nutzer schätzen diese Leistungen als besonders bedeutend für ihre Familie ein. So wird das Kindergeld, vor allem bei Alleinerziehenden und Geringverdienern, als grundlegend für die finanzielle Stabilität der eigenen Familie angesehen.^[9] Das stimmt insofern, als das der Bezug von Kindergeld rund 1,2 Mio. Familien den Bezug von Arbeitslosengeld II erspart. Aber: Kinder von Hartz-IV-Empfängern erhalten durch die Anrechnung des Kindergeldes auf ALG II quasi kein Kindergeld. Daher verringert sich das Armutsrisiko für sie auch nicht.^[10] Insgesamt sind die familienpolitischen Impulse des Kindergeldes sehr schwach.

Ehegattensplitting wirkt nicht zielgerichtet

Das Ehegattensplitting bietet hinsichtlich der politischen Ziele gegenläufige Anreize und wirkt dadurch nicht zielgerichtet. Statt zu einer Vereinbarkeit von Familie und Beruf, führt es zu einer – meist geschlechtsstereotypischen - Zuweisung von Erwerbs- und Hausarbeit zwischen den Partnern. Eine überproportionale Besteuerung des gering verdienenden Ehepartners führt dazu, dass vor allem Frauen ihr Arbeitsvolumen verringern. Kurzfristig stellt das Ehegattensplitting Familien finanziell besser. Langfristig kann dieser Effekt durch die reduzierte Erwerbstätigkeit der Frau jedoch nicht kompensiert werden. Dadurch führt das Ehegattensplitting zu einer wirtschaftlichen Destabilisierung von Familien.

Ergebnisse nicht länger ignorieren

Ein Blick in den Koalitionsvertrag zeigt: Zu großen Reformen waren weder CDU noch SPD bereit. Der Ausbau einer qualitativ hochwertigen Kinderbetreuung soll vorangetrieben werden. Ein neues Programm zum Ausbau von Ganztagschulen ist jedoch nicht vorgesehen. Die Ganztagschule ist nicht nur ein notwendiger Beitrag, um Chancengleichheit im deutschen Bildungssystem zu schaffen. Es ist inkonsequent nicht auch den Ausbau von Betreuungseinrichtungen für schulpflichtige Kinder voranzutreiben. Auch das umstrittene Betreuungsgeld bleibt erhalten.

Im Koalitionsvertrag bekennt man sich zu einer „modernen, lebenslauforientierten Zeitpolitik“. Elternzeit soll flexibler gestaltet werden und das Elterngeld durch ein ElterngeldPlus weiterentwickelt werden. Somit soll die Inanspruchnahme von Elterngeld, in Kombination mit einer Teilzeitarbeit, bis zu 28 Monate anteilig gewährt werden. Arbeiten beide Eltern 25-30 Stunden die Woche wird ein Partnerbonus gezahlt.

Das Ehegattensplitting und die beitragsfreie Mitversicherung in der gesetzlichen Krankenversicherung bleiben unangetastet. So wird die Vereinbarkeit von Beruf und Familie weiterhin zu Lasten der Frauen gehen. Beide Ehepartner haben das Recht auf eine selbstbestimmte Erwerbsbiographie. Mit dem Ehegattensplitting steht der Staat dem Ziel der stärkeren Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt jedoch entgegen. Fakt ist: Das Ehegattensplitting fördert nicht Familien, sondern Ehepartner mit möglichst großem Einkommensunterschied. Die negativen Arbeitsanreize für Frauen führen zu einem Rückgang der wirtschaftlichen Selbstständigkeit. Es ist Zeit für eine Reform des Ehegattensplittings hin zu einer schrittweisen Einführung einer Individualbesteuerung.

Die neue Bundesregierung muss den Mut haben eine moderne Familienpolitik zu schaffen, in der die Vereinbarkeit von Beruf und Familie im Vordergrund steht. Mit dem vorgelegten Koalitionsvertrag ist sie davon noch weit entfernt. Die Studien belegen: Junge Familien wollen sich nicht entscheiden. Beide Partner möchten Beruf und Familie und erwarten von der Politik, dass sie die nötigen Rahmenbedingungen schafft. Konzeptlosigkeit darf nicht länger die Familienpolitik bestimmen. Die Politik muss echte Wahl- und Chancengleichheit für alle Familientypen schaffen.

Literatur/Quellen:

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung Zentrale Resultate der Gesamtevaluation familienbezogener Leistungen, DIW Wochenbericht, Nr. 40, 2013, S.3-13.
(https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.428678.de/13-40.pdf)

Vgl. Familienforscherin im Gespräch. „Wir haben uns falsch wiedergegeben gefühlt“, in Frankfurter Allgemeine Zeitung (Interview), 2.10.2013.

<http://www.faz.net/aktuell/politik/familienforscherin-im-gespraech-wir-haben-uns-falsch-wiedergegeben-gefuehlt-12601200.html>

Institut für Demoskopie Allensbach, Akzeptanzanalyse I – Staatliche Familienleistungen aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger: Kenntnis, Nutzung, und Bewertung, August 2012.

(http://www.ifd-allensbach.de/uploads/tx_studies/AKZ_I_Schlussbericht.pdf)

Institut für Wirtschaftsforschung, Kinderbetreuung offenbart großes Potenzial (Pressemitteilung), 15.04.2013.

(http://www.cesifo-group.de/de/ifoHome/presse/Pressemitteilungen/Pressemitteilungen-Archiv/2013/Q2/pm_20130415-fobr-59.html)

Statistisches Bundesamt, Öffentliche Sozialleistungen, Statistik zum Elterngeld. Gemeldete und beendete Leistungsbezüge für im 3. Vierteljahr 2009 geborene Kinder, Wiesbaden 2010.

(https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Soziales/Elterngeld/ElterngeldGeburtenVj5229208103244.pdf?__blob=publicationFile)

Zentrum für europäische Wirtschaftsforschung (ZEW), Forschungszentrum familienbewusste Personalpolitik (FFP), Zentrale Leistungen / Zentrale Leistungen im Lebensverlauf. „Evaluation zentraler ehe- und familienbezogener Leistungen in Deutschland“, 20. Juni 2013.

(http://ftp.zew.de/pub/zew-docs/gutachten/ZEW_Endbericht_Zentrale_Leistungen2013.pdf)

[1] Vgl. Institut für Wirtschaftsforschung (ifo), Kinderbetreuung offenbart großes Potenzial (Pressemitteilung), 15.04.2013.

[2] Eine Zusammenfassung der Forschungsergebnisse von DIW, ZEW und ifo erschien im DIW Wochenbericht, Nr. 40, 2013, S.3-13.

[3] Vgl. Familienforscherin im Gespräch. „Wir haben uns falsch wiedergegeben gefühlt“, in Frankfurter Allgemeine Zeitung (Interview), 2.10.2013.

[4] Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Zentrale Resultate der Gesamtevaluation familienbezogener Leistungen, DIW Wochenbericht, Nr. 40, 2013, S.4.

[5] Institut für Demoskopie Allensbach ‚Akzeptanzanalyse I – Staatliche Familienleistungen aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger: Kenntnis, Nutzung, und Bewertung, August 2012, S.124.

[6] Vgl. ebd., S.118f.

[7] Vgl. ebd., S.223.

[8] Statistisches Bundesamt, Öffentliche Sozialleistungen, Statistik zum Elterngeld. Gemeldete und beendete Leistungsbezüge für im 3. Quartal 2009 geborene Kinder, Wiesbaden 2010, S.8.

[9] Vgl. Institut für Demoskopie Allensbach (2012), S.47f, S.58, S.63.

[10] Vgl. Zentrum für europäische Wirtschaftsforschung (ZEW), Forschungszentrum familienbewusste Personalpolitik (FFP), Zentrale Leistungen / Zentrale Leistungen im Lebensverlauf. „Evaluation zentraler ehe- und familienbezogener Leistungen in Deutschland“, 20. Juni 2013, S.62-66.

Autorin: Rebecca Romes, geboren am 19. Juli 1989 in Andernach, Studentin der Soziologie an der FU Berlin

Widerstand aus den Gewerkschaften im „Dritten Reich“ – Ausgewählte Biographien

von Dr. Wolfgang Jäger

Es wird immer eine offene Frage bleiben, wie zahlreich der Widerstand während der Nazizeit gewesen ist. Bis 1939 sind rund 150.000 Regimegegner in Konzentrationslager gesperrt worden, und 40.000 sind ins Exil gegangen. Handelte es sich also um einen "Widerstand ohne das Volk"? Ohne diese Frage hier diskutieren zu können, Tatsache ist, dass der Naziterror viele Menschen eingeschüchtert hatte und die Nazis auch Zustimmung erfahren haben und dass die Befreiung von der Terrorherrschaft von außen erfolgen musste.

Umso bewundernswerter ist, was viele Menschen auf sich genommen haben, die ihren Überzeugungen treu geblieben sind und dafür von den Nazis verfolgt wurden. Doch wen sollte man hervorheben? Ich möchte an drei Personen erinnern, mit denen ich mich schon als Werkstudent bei der damaligen Industriegewerkschaft Bergbau und Energie beschäftigt habe. Es sind Fritz Husemann, Heinrich Imbusch und Luise Breuer. Die beiden erstgenannten sind bekannte Führungspersönlichkeiten der Bergarbeiterbewegung und die letztgenannte Person ist so gut wie völlig unbekannt. Ich hatte das Glück, Luise Breuer Mitte der 1980er Jahre in ihrer Dortmunder Wohnung besuchen zu dürfen, und ich war zu Gast bei den Kindern von Husemann und Imbusch. Aus diesen Besuchen werde ich ein wenig in meine kurzen biografischen Skizzen einfließen lassen.

Fritz Husemann ist 1873 im Lipperland geboren. Er wird 1892 Bergmann in Dortmund, ist Sozialdemokrat und schließt sich dem freigewerkschaftlichen Bergarbeiterverband an. Somit ist er Teil des sozialdemokratischen Bergarbeitermilieus im Dortmunder Westen. 1902 wird er Gewerkschaftssekretär und 1920 Erster Vorsitzender des Alten Verbandes. Als Sozialdemokrat war man selbstverständlich Internationalist, aber auch Patriot, der zur Verteidigung der Heimat in den Krieg zog. Und natürlich war Husemann auch aus der evangelischen Kirche ausgetreten, weil sie als Teil der Obrigkeit wahrgenommen wurde.

Fünf Jahre nach Husemann wird 1878 Heinrich Imbusch in Oberhausen geboren. Imbusch wächst in einer anderen Welt in Essen-Borbeck auf, dem Mutterboden des katholischen Bergarbeitermilieus. Er wird mit 14 Jahren Bergarbeiter und schließlich Mitglied des Gewerkvereins Christlicher Bergarbeiter, der Konkurrenzorganisation zum freigewerkschaftlichen Bergarbeiterverband. Die katholischen Bergleute in Essen sind bekennende Katholiken und Anhänger der Zentrumspartei. Als der Bismarcksche Kulturkampf zu Ende ist, hat man sich mit der Monarchie versöhnt.

Imbusch wird 1905 Gewerkschaftssekretär und 1919 Vorsitzender des Gewerkvereins Christlicher Bergarbeiter Deutschlands. Husemann ist seit 1924 Reichstagsabgeordneter für die SPD. Imbusch wird schon 1919 Mitglied der Weimarer Nationalversammlung.

Husemann und Imbusch gehören zur zweiten Generation der Gewerkschaftsführer, die beginnend im Kaiserreich den Aufbau der Gewerkschaftsorganisationen vorantreiben. Der große Stolz waren die eigenen Gewerkschaftshäuser, die von den Arbeitergroschen erbaut wurden.

Programmatisch-inhaltliche Unterschiede und die strategischen Optionen zwischen Klassenkampf oder Sozialpartnerschaft, hatten sich Ende der 1920er Jahre angesichts der offen gewerkschaftsfeindlichen Haltung der Schwerindustrie immer mehr zwischen christlichen und freien Gewerkschaften verwischt. Bemerkenswert ist noch, dass selbst beim "religionslosen" Gewerkschaftsvorsitzenden Husemann, seine Frau Mathilde an der evangelischen Konfession festhielt und die Kinder evangelisch erzogen wurden, wie mir die älteste Tochter selbst erzählte. Der große programmatische Kopf des alten Bergarbeiterverbandes, Otto Hue, hatte schon 1900 vor einer Religionsfeindschaft gewarnt und für das Modell der neutralen Gewerkschaft geworben, die in Vielem der heutigen Einheitsgewerkschaft ähnelt.

Husemann musste 1933 bitter erleben, dass das Verbandsgebäude in Bochum von den Nazis mehrfach besetzt, er zusammen mit seinen Gewerkschaftskollegen wiederholt inhaftiert und misshandelt wurde und am 2. Mai als Verbandsvorsitzender abgesetzt war. Eingaben an den Reichspräsidenten von Hindenburg, Proteste bei der Polizei, nichts konnte das Schicksal mehr wenden. Husemanns Glaube, sich mit allen "verfassungsmäßigen" Mitteln die Republik verteidigen zu können, war gescheitert. Die Losung aus der Zeit des Sozialistengesetzes: "An unserer Gesetzlichkeit sollen die Feinde zerbrechen" hatte sich in Luft aufgelöst.

Husemann war 1933 schon fast 60 Jahre alt, beantragte seine Knappschaftsrente und zog sich politisch völlig zurück, wohl wissend, dass die Nazis nur einen neuen Vorwand suchten, um ihn inhaftieren zu können. Er hielt Kontakt zu seinen arbeitslosen Gewerkschaftskollegen und versuchte zu helfen, wo er konnte. Heinrich Imbusch schrieb in seinen Erinnerungen: "Besondere Erwähnung verdient Husemanns Nächstenliebe und Hilfsbereitschaft. Er hatte stets das Bestreben, jedem Armen zu helfen. Husemann, der sich offen als religionslos bekannte, konnte in diesem Punkt vielen Christen als Vorbild dienen. Auch seinen Beruf nahm Husemann ernst. Er strebte mit ganzer Kraft für die Arbeiter insgesamt und insbesondere für die Bergarbeiter. Husemann hatte auch, trotz der in seinen Kreisen vielfach üblichen internationalen Sprüche, eine gute nationale Gesinnung. (...) Wie allen anderen, die mit dem Herzen bei der Gewerkschaftsarbeit waren, war ihm die plötzliche

Vernichtung seiner Lebensarbeit furchtbar. Die Dummheit, Rohheit und unsoziale Gesinnung der eingedrungenen Räuber des Gewerkschaftsvermögens erschütterte ihn."

Am 18. März 1935 wird Husemann erneut verhaftet, ins KZ Esterwegen gebracht und dort erschossen. Die internationale Bergarbeiterverband informierte weltweit über die Ermordung des, wie es heißt, "Deutschen Kameraden Husemann".

Heinrich Imbusch war im Frühjahr 1933 wiederholt gewarnt worden, dass die Nazis nach seinem Leben trachteten. Mitte Mai, noch vor der Gleichschaltung der christlichen Gewerkschaften, verlässt er seine Heimatstadt und geht ins Exil, in Sorge um seine kranke Frau Franziska und die vier minderjährigen Kinder.

Im Saargebiet, damals noch unter Völkerbundmandat, hält sich Imbusch so lange politisch zurück, bis auch seine Familie ins Saargebiet kommen kann. Dann engagiert er sich mit aller Macht im so genannten Abstimmungskampf, der bevorstehenden Volksabstimmung zur Zukunft der Saar.

Auf einer Veranstaltung in Blieskastel wird Imbusch von einem Nazi-Rollkommando erheblich verletzt. Imbusch tritt für den Status quo, die Freiheit der Saar ein, die Volksabstimmung bringt eine überwältigende Mehrheit für den Anschluss an Nazideutschland. Imbusch flieht zusammen mit seiner Familie weiter nach Luxemburg, und Franziska Imbusch ist nach einem Schlaganfall halbseitig gelähmt.

Als die Wehrmacht 1940 in Luxemburg einmarschiert, geht Imbusch allein nach Brüssel in den Untergrund und bleibt unentdeckt. 1941 kann die Familie von Luxemburg nach Essen umsiedeln, und Heinrich Imbusch kommt 1944 unerkannt zu seiner Familie zurück. Dort stirbt er im Januar 1945 an Entkräftung.

Wenn die Geschichte der großen Heroen aus der Gewerkschaftsbewegung von 1933 erzählt wird, kommen Frauen nur am Rande vor, meistens in der Rolle der treu sorgenden Ehefrau und Mutter. Diese Frauen haben wahrlich viel ertragen müssen, wie Franziska Imbusch und Mathilde Husemann. Ich möchte noch an eine weitere Frau erinnern, deren Beitrag im Widerstand so gut wie völlig unbekannt ist: Luise Breuer.

Es existiert nur ein Foto, auf dem sie zu sehen ist, aus der Mitte der 1930er Jahre in Holland. Es zeigt sie zusammen mit dem ehemaligen Gewerkschaftssekretär Franz Vogt und anderen, die 1933 vor den Nazis geflohen waren. 1929 arbeitete Luise Breuer in der Bochumer Hauptverwaltung des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands. Sie hatte ihr Diplom in Volkswirtschaft abgeschlossen und war nun vom Bergarbeiterverband dafür gewonnen worden, eine

haushaltsstatistische Untersuchung zur Lebenshaltung der Ruhr-Bergarbeiter zu machen.

200 Bergarbeiterfamilien führten über ein Jahr lang Haushaltsbücher, in denen penibel alle Ausgaben und Einnahmen notiert wurden. Die Ergebnisse dieser Haushaltsstatistik, so die Erwartung des Bergarbeiterverbandes, würde wissenschaftlich exaktes Zahlenmaterial über die Lebenslage der Ruhr-Bergarbeiter generieren und damit die Gewerkschaftsseite in den Tarifauseinandersetzungen stärken. Die Untersuchung von Luise Breuer musste wegen der heraufziehenden Wirtschaftskrise modifiziert werden, konnte dann jedoch als Promotionsarbeit 1935 in Münster veröffentlicht werden.

Luise Breuer hat damals in dem Vorwort ihrer Doktorarbeit dem längst verbotenen Bergbauindustriearbeiterverband noch einmal ihren besonderen Dank für die Unterstützung bei der Erstellung der Arbeit ausgesprochen. Dazu gehörte in Nazi-Deutschland viel Mut.

Als Breuer die Doktorarbeit schrieb, lernte sie Franz Vogt kennen. Er war Sekretär in der volkswirtschaftlichen Abteilung des Bergbauindustriearbeiterverbands. Vogt floh 1933 nach Holland und baute dort den Arbeitsausschuss Freigewerkschaftlicher Bergarbeiter auf. Mitte der 1930er Jahre, so ist dem Nachlass von Franz Vogt zu entnehmen, hatte er eine enge persönliche Beziehung zu einer in Bamberg wohnenden und von ihm "Lisan" genannten Frau. Lisan war Luise Breuer, die Vogt nicht nur einen wichtigen emotionalen Halt geben konnte, sondern auch als Kurierin zwischen Holland und Deutschland tätig war. Von ihr wurde regelmäßig illegales Material im Schuhabsatz über die Grenze geschmuggelt und dann an Verbindungsleute weitergeleitet. Franz Vogt wählte 1940 beim Einmarsch der Wehrmacht in Holland den Freitod, da er nicht in die Hände der Nazis fallen wollte. Die Spuren von Luise Breuer verlieren sich. Diese bescheidene Frau hat nach der Befreiung nie von ihrem Wirken erzählt, auch nicht als ich sie Mitte der 1980er Jahre besucht habe. Sie mag für viele stehen, die in diesen schrecklichen Jahren sich selber treu geblieben sind und darüber kein Aufheben gemacht haben. Husemann, Imbusch, Breuer und viele andere Tausende Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter haben in der Zeit der Nazi-Diktatur Zeugnis gegeben, dass die Ideen, die Werte der Gewerkschaftsbewegung mächtiger sind als politische Diktaturen.

Autor: Dr. Wolfgang Jäger, geboren 1954, Geschäftsführer der Hans Böckler Stiftung, Düsseldorf

30 Jahre Historisch kritisches Wörterbuch des Marxismus

von Dr. Peter Jehle

Die Krisen des Kapitalismus und die Aktualität marxistischen Denkens

Die Kunden der Sparkasse in Chemnitz konnten sich kürzlich über einen neuen Kopf auf ihrer Kreditkarte freuen: Karl Marx. Und die UNESCO hat den ersten Band des *Kapital* und das *Kommunistische Manifest* ins Weltdokumentenerbe aufgenommen, „weil diese weltweit einen großen Einfluss auf soziale Bewegungen hatten“. Geht es hier nur um die Ehrung eines Klassikers, der in der Wirklichkeit der heutigen Arbeitswelt so tot ist wie die Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts? Das *Historisch-kritische Wörterbuch des Marxismus* (HKWM), das in diesem Jahr seinen 30. Geburtstag feiert, belehrt uns eines Besseren. Es hält geschichtliches Wissen parat, das sich mit Karl Marx und den sich auf ihn berufenden herrschaftskritischen Bewegungen in allen Erdteilen verbindet. Und es tut dies im Kontakt mit den Problemen, die uns Heutigen auf den Nägeln brennen. So finden sich in diesem Wörterbuch überraschende Einträge wie >Hollywood<, >Jeans< oder >Independent Living<, ein Stichwort, das von der Behindertenbewegung geprägt wurde.

Keine fertige Lehre

Das Wörterbuch, dessen erster Band 1994 erschienen ist und das inzwischen einen viele Tausend Spalten langen Marsch zurückgelegt hat (der vorerst letzte Band 8/I aus dem Jahr 2012 ist bis zum Buchstaben L vorgedrungen), hat einen französischen Vorläufer. Der erste Band von dessen deutscher Übersetzung kam 1983, zu Marx' 100. Todestag, in die Buchhandlungen. Der Titel, >Kritisches Wörterbuch des Marxismus<, zeigte an, dass es um etwas Neues geht. Der Marxismus wird hier nicht als fertige Lehre aufgefasst, die man nur noch zu lernen braucht. Er wird als ein Projekt verstanden, das nach Weiterarbeit verlangt, weil sich die Wirklichkeit weiterentwickelt.

Kritisches Verhältnis zur eigenen Geschichte

Wer mit dem Gegebenen unzufrieden ist und kein Interesse daran hat, das alles bleibt, wie es ist, braucht Begriffe, welche die Gewordenheit des Ist-Zustands erschließen. Ein historisch-kritisches Herangehen an die Bestände des Wissens wird

dann grundlegend, auch gegenüber der eigenen Tradition. Man braucht ein kritisches Verhältnis zur eigenen Geschichte und ein historisches Verhältnis zu den eigenen Theorien. So hat der Marxismus bekanntlich auch seine Ketzergeschichte, die das Denken herausfordert. Georges Labica, der Herausgeber des französischen Wörterbuchs, schreibt im Vorwort, jeder Ausdruck sei wie eine >Person< zu behandeln, >die man gebeten hat, ihre Geschichte zu erzählen<. Um herauszufinden, ob aufrichtig erzählt wird, muss man eine Untersuchung durchführen. Jedes Stichwort verlangt eine solche und damit eine spezifische Forschungsleistung.

Den Epocheneinschnitt begreifen

Seit Mitte der 1980er Jahre deutete sich der Epocheneinschnitt von 1989 an. Im gleichen Jahr, als der letzte Band der deutschen Übersetzung des französischen *Kritischen Wörterbuchs des Marxismus* erschien, fiel in Berlin die Mauer. Der Zusammenbruch der Sowjetunion und der in ihrem Umfeld existierenden sozialistischen Staaten bedeutete einen Einschnitt, der dieses Wörterbuch bereits im Moment seiner Vollendung revisionsbedürftig machte. Die zunächst geplanten Ergänzungsbände erwiesen sich als nicht ausreichend. Dem Übergang zum Hightech-Kapitalismus (Haug 2003) musste Rechnung getragen werden. Die Geschlechterverhältnisse und die Ökologiefrage, die im alten Wörterbuch kaum eine Rolle spielten, sind zentral für einen aktuell-eingreifenden Marxismus, der zur Lösung der Gegenwartsprobleme beitragen will.

Eine andere Welt ist nötig

Als der erste Band des neuen, dann >Historisch-kritisch< getauften Wörterbuchs des Marxismus 1994 erschienen war, hatte Hans-Martin Lohmann in der *Zeit* eine Rezension geschrieben unter dem Titel: >Wieviel Marxismus braucht der Mensch?< Es gab einige Leserbriefe. In einem hieß es, der Marxismus sei eine Geschichtstheorie mit dem Anspruch, die Zukunft der Menschheit vorauszusagen. Keine seiner Voraussagen sei eingetroffen. Er sei damit widerlegt; wozu sollte der Mensch den Marxismus also noch brauchen? >Das Besserkennen, das sich nach einer Niederlage einstellt, ist nicht unbedingt besseres Wissen<, heißt es im Vorwort zum ersten Band. Das Wörterbuch wurde Mitte der 1990er Jahre noch als >Arche Noah< oder als >Flaschenpost< bezeichnet, als man das >Ende der Geschichte< verkündete und marxistisches Denken nur noch die Sache weniger Eingeweihter zu sein schien, deren Wissen für eine ungewisse Zukunft geborgen werden sollte. Die große Krise, die seit 2008 das kapitalistische Weltsystem in Atem hält, hat die Flaschenpost an Land gespült und dafür gesorgt, dass die Frage nach Alternativen wieder ernst genommen wird.

Begriffswerkzeuge für die Bildungsarbeit

Für die gewerkschaftliche Bildungsarbeit, die sich im Alltag der Interessenvertretung nicht verzetteln darf und daher einen >historischen Atem< braucht, hält dieses Wörterbuch überraschende Entdeckungen und nützliche Werkzeuge bereit. Das zeigt sich gleich im ersten Band etwa an den mit Arbeit verbundenen Begriffen wie Arbeiterbewegung, Arbeiterklasse, Arbeiterkontrolle, Arbeiterkultur, Arbeiterkulturbewegung, Arbeiterregierung, Arbeiterselbstverwaltung, Arbeiterstaat, Arbeiterumfrage, Arbeitsbeziehungen, Arbeitserziehung, Arbeitskraft, Arbeitslosigkeit, Arbeitsmarkt, Arbeitsorganisation, Arbeitspolitik, Arbeitsprozess-Debatte, Arbeitsteilung, Arbeitszeit, Arbeitszeitverkürzung. Nicht zu vergessen die >Arbeit< selbst, ein Stichwort, das gegen die seit den 1980er Jahren üblich gewordenen Verabschiedungen von der >Arbeitsgesellschaft< geschrieben ist. Solche Verabschiedungen bringen die Herrschaftsförmigkeit, in der die Erzeugung des materiellen Lebens geregelt ist, zum Verschwinden und sind daher in diesem Wörterbuch Gegenstand von Kritik. Aber auch Stichwörter wie alternative Wirtschaftspolitik, Automation, aufrechter Gang, Antagonismus – und warum nicht auch Alltagsverstand – dürfte Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter besonders interessieren. Letzterer ist ein Begriff Antonio Gramscis - eines Schriftstellers, Philosophen und Politikers, Mitbegründers der Kommunistischen Partei Italiens. Der Begriff hält dazu an, die kritische Schärfung des Bewusstseins mit einer Bestandsaufnahme seiner Inhalte zu beginnen und so den Widersprüchen auf die Schliche zu kommen, in denen wir uns wie selbstverständlich bewegen. Das Bildungsprogramm, das sich mit diesem Begriff verbindet, könnte nicht zuletzt die Selbstverständlichkeiten angreifen, die uns ins Hier und Jetzt verstricken, und den Abstand schaffen, der nötig ist, um zu merken, dass etwas nicht stimmt.

Noch fehlt, dem Alphabet geschuldet, das Stichwort >Neoliberalismus<. Doch werden dessen Auswirkungen auf das Arbeitsleben, indem die einzelnen für ihre Erfolge wie für ihr Scheitern stets selbst verantwortlich gemacht werden und ein Denken in gesellschaftlichen Begriffen tabuisiert wird, in einer Vielzahl anderer Stichwörter verhandelt: Egoismus, Freihandel, Freie Produktionszonen, Flexibilisierung, hochtechnologische Produktionsweise, Ich-AG, Ironie, Job, Kapitalmobilität, Kasino-Kapitalismus, Kommodifizierung, Konsumismus. Unter >Ironie< wird der Widerspruch zwischen subjektiver Manövrierfähigkeit und der in Sachzwängen und Katastrophen ablaufenden Geschichte in den Blick genommen, unter >Job< die >Verwandlung der Lohnarbeiter klassischen Typs in eine Vielzahl prekär Beschäftigter<, unter >Kommodifizierung< wird erklärt, dass sich in diesem Neologismus das marxische >Zur-Ware-Werden< verbirgt, das, ins Englische übersetzt (commodification), unerkannt ins Deutsche rückimportiert wurde. Seine Karriere verdankt es den neoliberalen Privatisierungsschüben.

Als kürzlich eine Gruppe chinesischer Wissenschaftler/innen das Wörterbuch kennenlernen wollte, wurde aus ihrem Kreis gefragt, warum überhaupt marxistische Forschung betrieben wird, wo doch der Staat hierzulande keinen Bedarf dafür hat. Die Kritik an entfremdeten Formen des Arbeitens und Lebens, an herrschaftlichen Formen der Vergesellschaftung, an Produktionsverhältnissen, die den Reichtum nicht ohne die Armut erzeugen - diese herrschaftskritischen Aspekte waren der Gruppe aus China offenbar weniger präsent. In der Tat wird das Unternehmen nicht staatlich gefördert - was diejenigen, die es auf vielfältige Weise betreiben - als Autor/innen, Redakteur/innen, Korrektor/innen -, nicht davon abhält, ihre Arbeitskraft zu investieren.

Weitere Informationen finden sich unter www.hkwm.de

Für Fragen: hkwmred@zedat.fu-berlin.de

Literatur/Quellen:

Gramsci, Antonio, *Gefängnishefte*, 10 Bde., hgg. v. W.F.Haug, K.Bochmann u. P. Jehle, Hamburg 1991-2000

Haug, Wolfgang Fritz, *High-Tech-Kapitalismus*, Hamburg 2003

Ders., *Hightech-Kapitalismus in der Großen Krise*, Hamburg 2012

Labica, Georges (Hg.), *Kritisches Wörterbuch des Marxismus*, 8 Bde., Berlin-Hamburg 1983-1989

Autor: Dr. Peter Jehle, geboren 1954, Lehrbeauftragter an der Universität Potsdam

(K)eine Frage des Internets

von Frank Werneke

Als vor einigen Wochen die deutsche Ausgabe der „Huffington Post“ online ging, war die Aufregung groß. In den Vorab-Kommentaren wurde einmal mehr das Ende des Journalismus beschworen, sollte sich dieses Gratisangebot durchsetzen – ein Gratisangebot, derer es im Netz ja wirklich reichlich gibt, das sich aber dadurch unterscheidet, dass nun auch noch die Autorinnen und Autoren gratis arbeiten sollen. Das Geschäftsmodell der „HuffPo“ sieht nämlich vor, bis auf einen Nukleus festangestellter Redakteure ihre Schreiberinnen und Schreiber umsonst Inhalte liefern zu lassen – für Ruhm, Relevanz und Reichweite. Einige Blogger und Journalisten haben öffentlich gemacht, wie die Internetseite vor dem Launch um deren geistigen Beiträge gebuhlt und ihnen statt Bezahlung Bekanntheit in Aussicht gestellt hat: <http://abload.de/img/bildschirmfoto2013-09kbi98.png>

Doch die Frage nach der Zukunft der Zeitungen und journalistischer Produkte beschäftigt uns nicht erst, seitdem dieses überaus fragwürdige Produkt namens „Huffington Post“ eine winzige Nische auf dem deutschen Medienmarkt bezogen hat. Ich erinnere an das Aus der „Financial Times Deutschland“, die Insolvenz der „Frankfurter Rundschau“, die Schließung der Redaktion der „Westfälischen Rundschau“. Für sich genommen sind alles Einzelfälle, die auch einzeln betrachtet gehören, aber eben auch Teil eines Marktberaumungsprozesses, der vor vielen Jahren eingesetzt hat und mit dem Springer-Funke-Deal noch lange nicht abgeschlossen sein wird, der in letzter Konsequenz eine Neuausrichtung des Springer-Konzerns im digitalen Bereich und eine neue Aufstellung der Funke Gruppe (ehemals WAZ) auf dem Markt der regionalen Zeitungsangebote bedeutet.

Natürlich ist die Zeitung einem Wandel unterworfen – ausgelöst durch die Zwänge der Medienökonomie und dem Wettbewerbsdruck des Internets. Auch künftig wird die Zeitung als journalistisches Medium unverzichtbar bleiben, ihr Träger Papier jedoch mehr und mehr anderen Technologien wie Smartphones und Tablets weichen. Die geistige Arbeit von Journalistinnen und Journalisten, die eine Zeitung erst zu einer solchen machen, ist jedoch nicht zu ersetzen und hat eine konstitutive Funktion in einer demokratischen Gesellschaft. Um die Unabhängigkeit der Berichterstattung sicher zu stellen, gehört dazu auch eine angemessene Bezahlung dieser Arbeit.

Eine Frage der Vielfalt

Die aktuelle Entwicklung mit ihren Konzentrationsprozessen ist dabei gar nicht allein dem Internet anzulasten. Wirft man einmal einen genaueren Blick auf die publizistische Vielfalt in Deutschland, vor allem aber ihre Entwicklung, wird schnell

klar: Sie war von jeher ein schwieriges Unterfangen. Ob mit oder ohne Internet: Die Medienökonomie des Journalismus hat es stets mit der Ware Nachricht zu tun, die eben keine Ware wie jede andere, sondern im Gegensatz zu Autoreifen und Kaugummis stets immateriell ist. Die Ware ist die vorliegende Information und diese kann, da sie nicht physisch ist, ohne Weiteres vervielfältigt und verbreitet werden – in der digitalen Welt nur noch einfacher und schneller.

Nimmt man die Zahlen zu Hilfe – die letzte verfügbare Pressestatistik stammt von Walter J. Schütz aus dem Jahr 2008 (Media Perspektiven 9/2009); die offizielle Pressestatistik der Bundesregierung wurde 1998 abgeschafft, was eine objektive Bewertung der Situation erschwert – zeigt sich, dass es bereits zwischen 1954 und 1976 eine massive Medienkonzentration in der deutschen Presselandschaft gab. Diese manifestierte sich in einer spürbaren Abnahme der Anzahl der „publizistischen Einheiten“ (Zeitungstitel mit einem vollständig gleichen oder in wesentlichen Teilen identischen Mantel) und einem starken Anstieg der „Ein-Zeitungs-Kreise“ (Kreise und kreisfreie Städte mit nur einer Lokalzeitung). Erst mit der Einführung der Pressefusionskontrolle 1976, die zum Erhalt publizistischer Vielfalt die Fusion von Pressehäusern vom Einhalten strenger Auflagen abhängig macht, wurde diese Entwicklung gebremst.

Das zeigt: Die Rahmenbedingungen, innerhalb derer die Presse agiert, sind relevant und müssen politisch gestaltet werden, wenn die im Grundgesetz verankerte Pressefreiheit, zu der auch Pressevielfalt gehört, ernst genommen werden soll. Pressefusionskontrolle ist ein Instrument dazu, dem aber weitere folgen sollten. Denn es gibt neben schwindender Vielfalt auch ein Nachfrageproblem, das gleich mehrere Ursachen hat: Seit Mitte der 1980er Jahre, also noch zehn Jahre bevor das Internet diese Entwicklung beschleunigt hat, gehen die Auflagen zurück. Vor allem bei den jüngeren Leserinnen und Lesern unter 35 Jahren haben Tageszeitungen [ein Akzeptanzproblem](#). Auslöser dafür ist nicht das Internet per se, sondern es sind komplexe soziologische Entwicklungen, eine rasante Veränderung des Medienkonsumverhaltens, ein wachsendes Angebot kostenpflichtiger Medien pro Haushalt bei stagnierenden Budgets ebenso wie die fehlende Entwicklung adäquater neuer Ansprachen.

Eine Frage der Verantwortung

Für innovative journalistische Angebote wird es allerhöchste Zeit, denn noch ist Geld da, allen Unkenrufen zum Trotz: Im Branchendurchschnitt werden nach wie vor schwarze Zahlen geschrieben und ansehnliche Renditen erwirtschaftet. Das Problem ist allerdings, dass nur auf die Renditen geschielt wird und daraus vielfach kurzfristige Gesellschafterinteressen bedient werden müssen – oder aber journalistische Produkte im Portfolio großer Verlagshäuser nur noch ein Produkt unter vielen sind. Diese Nebenerlöse sind nicht das Problem, solange dem

journalistischen Produkt noch die richtige Bedeutung beigemessen würde. Aber wundern sich die Verleger ernsthaft, dass ihnen massenhaft Käufer und Abonnenten abhandenkommen, wenn sie Redaktionen zusammenlegen, Inhalte immer weiter ausdünnen und Zeitungen gleichzeitig teurer werden, wenn sie ihren Leserinnen und Lesern mehr und mehr Häppchen bieten, die es überall umsonst im Netz zu finden gibt und wofür man kein Tageszeitungsabo für über 30 Euro im Monat braucht? So lässt sich kein attraktives journalistisches Produkt herstellen –zumal, wenn die Verleger etwa zehn Prozent der Stellen in Tageszeitungsredaktionen abgebaut haben und freie Journalistinnen und Journalisten so schlecht bezahlen, dass diese von ihrer Arbeit kaum mehr existieren können.

Abseits des Axel-Springer-Konzerns, der mit seiner „BILDplus“-Offensive für Smartphones und Tablets und dem Verkauf seiner Regionalzeitungen „Hamburger Abendblatt“ und „Berliner Morgenpost“ eine radikale digitale Strategie eingeschlagen hat, fehlt es in der Branche weitgehend an Visionen und Investitionen für die digitale Zukunft. Anstatt Paid-Content-Modelle zu testen, attraktive Online-Angebote zu schaffen, die eben nicht der pure Abklatsch von Print sind, mutigen Journalismus, Recherchen und Analyse zu finanzieren, wurde gespart und gestrichen. Das Ergebnis ist bekannt. Viele Leserinnen und Leser sind von der abnehmenden Vielfalt und Qualität enttäuscht – und das bekommen die Verlage über sinkende Auflagen und stärker noch durch zurückgehende Anzeigenerlöse zu spüren. Die Verleger selbst haben eine Abwärtsspirale in Gang gesetzt, aus der sie nun einen Ausweg suchen – wobei häufig zu erleben ist, dass die Verlage zurückschrecken, wenn wir Anregungen für journalistische Onlinestrategien geben. Das Mantra: Uns ginge es wohl noch nicht schlecht genug, die Zeit sei noch nicht reif für radikale neue Strategien.

Die Zukunft der Zeitung

Einfacher wäre es natürlich, gerettet zu werden, z.B. vom Staat. Eine beliebte Verlegerforderung lautet daher, den ohnehin schon auf sieben Prozent reduzierten Mehrwertsteuersatzes für Presseprodukte weiter abzusenken oder den Mehrwertsteuersatz auch für Online-Angebote abzusenken. Wir sagen hingegen: Wenn die Verlage sich mehr und mehr aus ihrem journalistischen Kerngeschäft zurückziehen, müssen Subventionsmechanismen so angepasst werden, dass Journalismus und Pressefreiheit gefördert werden – es kann nicht einfach Geld mit der Gießkanne über Gemischtwarenläden ausgeteilt werden. Mit einem „Sozial-Kontrakt für Fairness“ sähe die Sache hingegen schon anders aus. Dann müssten weitere staatliche Subventionen zwingend an die Einhaltung bestimmter Standards geknüpft werden. Dazu gehört z.B. neben der Sicherstellung der inneren Pressefreiheit über Redaktionsstatute auch die Gewährleistung sozialer Mindestbedingungen für Festangestellte und Freie.

Daneben stehen auch alternative Finanzierungsmodelle wie Crowdfunding, Micro-Payment-Systeme, Spenden und Stiftungen immer wieder in der Debatte. All diese Finanzierungsformen können funktionieren – und tun es in Einzelfällen auch. Das kann helfen, gute journalistische Produkte und Pressevielfalt zu fördern. Die Gesetze der Medienökonomie bleiben jedoch auch hier in Kraft. Deshalb sind auch weiterhin die Verlage in der Verantwortung, guten Journalismus mit einem guten Produkt zu finanzieren – mit guten Arbeitsbedingungen, die von einer ausreichenden Zeit für Recherche bis hin zu einer anständigen Bezahlung reichen, insbesondere für die vielen freien Kolleginnen und Kollegen.

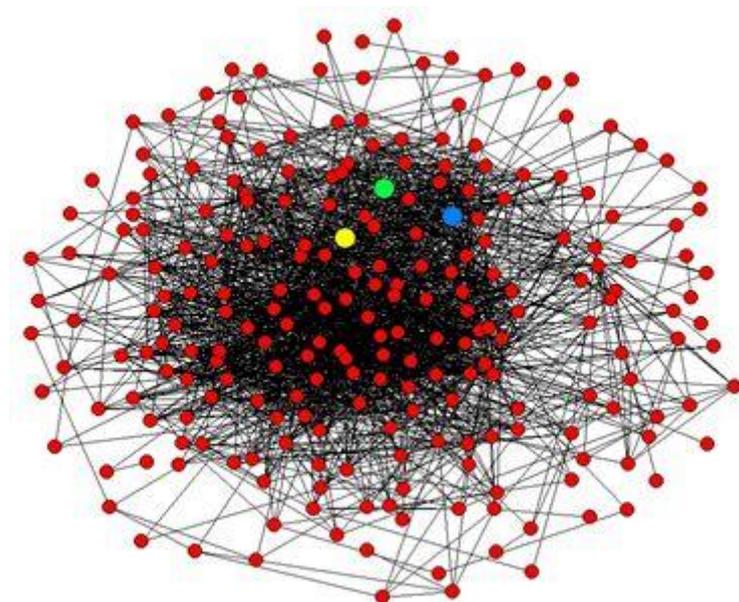
Ich bin sicher: Mutige Investitionen in zeitgemäße Angebote – Online ebenso wie Print – und der Glaube an den Wert und die Bedeutung einer vielfältigen und freien Presse in der Demokratie werden auf lange Sicht überzeugen. Dann brauchen wir am Ende keine Angebote à la „Huffington Post“, bei der Verlage Beiträge schnorren, um ihre Plattformen mit Inhalten zu füllen.

Autor: Frank Werneke, geboren am 5. April 1967 in Schloss Holte bei Bielefeld, seit 2003 Stellvertretender Vorsitzender der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di); Leiter des Fachbereichs 8: Medien, Kunst und Industrie

Aufstieg und Auflösung der Deutschland AG (1896-2010)

von Prof. Dr. Paul Windolf

Carl Klönne war von 1900 bis 1914 Mitglied des Vorstands der Deutschen Bank. Zugleich war er in den Aufsichtsräten von Siemens, der Allianz, der Gelsenkirchener Bergwerks-AG, der Rütgerswerke und anderer Unternehmen vertreten. Insgesamt hatte er 21 Aufsichtsratsmandate und gehörte damit zu den *big linkers*, also zu jenen Direktoren, die ein dichtes Beziehungsnetz zwischen den deutschen Großunternehmen geschaffen haben. Abbildung 1 zeigt dieses Netz – das häufig auch als „Deutschland AG“ bezeichnet wird - für das Jahr 1914. Zwischen den 250 Großunternehmen, die dort als rote Punkte dargestellt werden, gab es insgesamt 2286 Beziehungen. Die Deutsche Bank (blau), die Allianz (gelb) und Siemens (grün) gehörten zum inneren Kreis des Netzes. Die Dichte des Netzwerks betrug 7,3% (vgl. dazu Erläuterung am Ende dieses Beitrags).



Die Deutschland AG 1914 Abbildung 1

Das Netzwerk hatte viele Funktionen: Es diente der Koordination und Kontrolle der Märkte und regulierte die Konkurrenz zwischen den Unternehmen. Die Banken hatten eine zentrale Position im Netz und waren mit fast allen Wirtschaftssektoren verbunden. Bankdirektoren saßen vor allem in den Aufsichtsräten jener Unternehmen, an die die Bank Kredite vergeben hatte. Die Banken haben die Unternehmen nicht „beherrscht“. Sie haben die Unternehmen auch nicht zur Profitmaximierung angetrieben. Für sie war wichtig, dass die *Rückzahlungsfähigkeit* des Schuldnerunternehmens erhalten blieb. Daher haben sie Manager vor allzu riskanten Investitionen eher abgehalten als ermutigt.

Das Netzwerk als Schutzschirm und Kontrollinstrument

Das Netzwerk war ein Schutzschirm, der Spekulanten auf Distanz hielt und Manager vor feindlichen Übernahmen bewahrte. Die Manager versuchten, die befreundeten Vorstandsmitglieder anderer Unternehmen in den Aufsichtsrat wählen zu lassen. Das stärkte ihre eigene Position und sicherte sie gegen fremde Einflussnahme ab. In den USA wird das Beziehungsgeflecht zwischen den Managern der Großunternehmen daher häufig als *old boys network* bezeichnet.

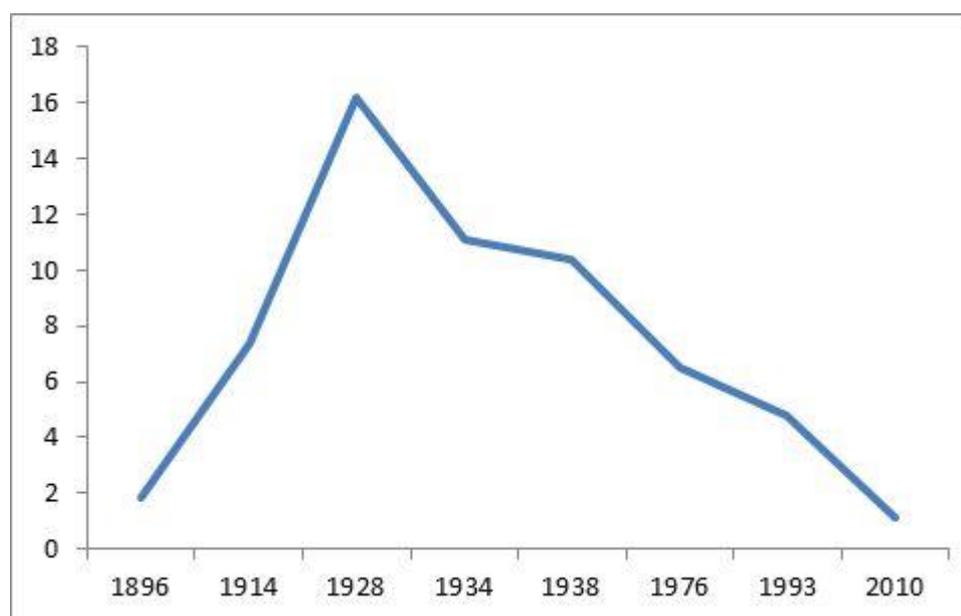
Die multiplen Direktoren trafen sich zu den Sitzungen der Aufsichtsräte mehrmals im Jahr, und dies in jeweils wechselnden Kombinationen. Carl Klönne und Robert Müser (der zur Gründerfamilie der Harpener Bergbau AG gehörte) trafen sich 1914 z. B. in den Aufsichtsräten der Harpener Bergbau AG und der Rombacher Hütte. Sie

konnten während der Sitzungen beobachten, welche Interessen die anderen Aufsichtsräte vertraten, wie sie in Krisensituationen entschieden und ob sie gegen Betrug und Korruption immun waren. Das Netzwerk war ein kollektives Kontrollinstrument, das *in der Regel* dafür sorgte, dass zumindest minimale Standards des ehrbaren Kaufmanns eingehalten wurden. Die Mitglieder des Netzwerks wussten, wem sie vertrauen konnten. Da die multiplen Direktoren Positionen in vielen Unternehmen hatten, konnten sie nicht nur die Belange *eines* Unternehmens vertreten, sondern waren gezwungen, unternehmensübergreifende Interessen zu berücksichtigen. In gewisser Weise vertraten die multiplen Direktoren das *generalisierte* Interesse der Großunternehmen.

Das Netzwerk und die Deutschland AG

Die Deutschland AG entstand gegen Ende des 19. Jahrhunderts, parallel zur Entwicklung der großen Aktiengesellschaften und zum Managerkapitalismus. Abbildung 2 zeigt die Verflechtungsdichte in Prozent zwischen den jeweils 250 größten deutschen Unternehmen für die angegebenen Jahre. Die Dichte des Netzwerks war 1896 noch relativ gering (1,8%). Das Jahrzehnt vor dem Ersten Weltkrieg war eine Blütezeit der deutschen Wirtschaft. Viele Unternehmen gingen an die Börse und wurden als Aktiengesellschaft neu gegründet. Die Dichte stieg bis 1914 auf 7,3% und erreichte 1928 ihr höchstes Niveau (16,2%), das danach nicht wieder erreicht wurde.

Eine Ursache für die hohe Verflechtungsdichte während der 1920er Jahre waren die politischen und wirtschaftlichen Turbulenzen der Weimarer Republik. Mit Ende des Ersten Weltkriegs verloren die deutschen Unternehmen alle Zweigwerke, die sie auf dem Territorium der ehemaligen Kriegsgegner gekauft oder gegründet hatten. Es folgte eine Hyperinflation (1923) und die Besetzung des Ruhrgebiets durch die französische Armee (1923/24). Die hohe Verflechtungsdichte kann als eine Abwehrreaktion gegen einen äußeren und einen inneren Feind interpretiert werden (Ruhrbesetzung, kommunistische Partei).



Dichte der Unternehmensverflechtung (1896-2010) Abb. 2

Nach dem Zweiten Weltkrieg verhängten die alliierten Besatzungsmächte ein Kartellverbot und erzwangen die Entflechtung der großen Konzerne. Die Jahrzehnte zwischen 1950 und 1970 markieren eine erste Phase der Liberalisierung der deutschen Wirtschaft und ihre Annäherung an westliche Wirtschaftsmodelle. Dies spiegelt sich in der abnehmenden Verflechtungsdichte wider, die bis 1976 auf 6,5% absinkt. Sie ist damit aber immer noch deutlich höher als in Großbritannien, den USA und in Frankreich. Die hohe Netzwerkdicke und die Verflechtung innerhalb der Konzerne (die in vielen Sektoren die Funktion der früheren Kartelle übernommen hatten) sind einige Faktoren, die erklären, warum Deutschland zu den „koordinierten Marktökonomien“ gehörte.

Das Netzwerk und die Sozialpartnerschaft

Das Netzwerk war eine wichtige Stütze des Korporatismus in Deutschland. Manager, die gegen den Einfluss der Finanzmärkte weitgehend abgeschirmt sind, können eher eine Koalition mit der Belegschaft und den Arbeitnehmervertreter/innen eingehen als Manager, die unter dem Diktat des *shareholder value* operieren müssen. Das Netzwerk erleichterte ein klassenübergreifendes Bündnis zwischen Kapital und Arbeit.

Die Auflösung der Deutschland AG setzt Ende der 1990er Jahre ein. Bis 2010 sinkt die Verflechtungsdichte unter das Niveau, das im Jahre 1896 erreicht wurde (1,2%). Der Auflösungsprozess lässt sich am Beispiel der Deutschen Bank illustrieren: 1993

hatten die Vorstandsmitglieder der Deutschen Bank zusammen noch 51 Aufsichtsratsmandate in deutschen Großunternehmen; in 10 Unternehmen stellten sie den Aufsichtsratsvorsitzenden. 2010 haben die Vorstandsmitglieder der Deutschen Bank insgesamt nur noch drei Aufsichtsratsmandate in deutschen Großunternehmen; in keinem Unternehmen stellen sie den Vorsitzenden des Aufsichtsrats. Die Banken haben sich aus dem Netz vollständig zurückgezogen.

Die Auflösung der Deutschland AG hat verschiedene Ursachen:

- Seit Beginn der 1990er Jahre verändert sich die Eigentümerstruktur der deutschen Aktiengesellschaften und nähert sich dem angelsächsischen Modell an. An die Stelle der Konzernstruktur, in der Unternehmen die Eigentümer anderer Unternehmen waren, treten institutionelle Investoren, also Pensions-, Hedge- und Investment-Fonds. Die „neuen Eigentümer“ halten inzwischen die Mehrheit des Aktienkapitals an vielen Großunternehmen. Sie sind an einer maximalen Rendite ihrer Anlage interessiert, und sie verpflichten das Management auf das Prinzip des *shareholder value*. Aus ihrer Perspektive ist die Deutschland AG ein Netzwerk, das die Macht der Manager stärkt und gegen die Interessen der institutionellen Investoren gerichtet ist.
- Der *corporate governance codex*, in dem die Prinzipien „guter Unternehmensführung“ zusammengefasst werden, fordert, dass Manager nicht mehr als drei externe Aufsichtsratsmandate wahrnehmen sollen. Die *big linkers*, zu denen vor dem Ersten Weltkrieg Carl Klönne gehörte und zu denen noch 1993 Wolfgang Röllner (Dresdner Bank) und Edzard Reuter (Daimler) mit jeweils mehr als zehn Mandaten gehörten, gibt es nicht mehr. Diese multiplen Direktoren haben viele Unternehmen miteinander verbunden, und sie haben die Verflechtungsdichte auf einem hohen Niveau gehalten. Im Netzwerk von 2010 hat kein Manager mehr als drei externe Mandate. Die Begrenzung der Mandate ist eine der wichtigsten *direkten* Ursachen für die Auflösung der Deutschland AG.
- Die Deutschland AG war ein nationales Netzwerk. Es hat die deutschen Großunternehmen in einer Interessengemeinschaft verbunden und gegen feindliche Übernahmen abgeschirmt. Mit der Globalisierung verschiebt sich die Interessenlage der Großunternehmen. Bei der Deutschen Bank arbeiten nur noch 47% der Belegschaft im Inland, bei Siemens sind es nur noch 31%. Unter diesen Bedingungen verliert die *nationale* Vernetzung der Unternehmen an Bedeutung.
- Die Ideologie des Neoliberalismus und die Forderung nach „mehr Markt“ haben seit zwei Jahrzehnten zu einer permanenten Demontage der Institutionen des Kapitalismus geführt. Die Schwächung der Gewerkschaften und der Arbeitgeberverbände, der Verlust der Tarifbindung in vielen Wirtschaftssektoren und die Auflösung der Deutschland AG sind parallele

Erscheinungen. Der Neoliberalismus forciert die Auflösung intermediärer Organisationen, die zur Selbstregulierung und Selbstkontrolle fähig wären.

Die liberale Marktideologie verdeckt eine paradoxe Beziehung zwischen Markt und Regulierung. Mehr Markt bedeutet nicht weniger Regulierung, sondern im Gegenteil: mehr Regulierung. An die Stelle korporatistischer *Selbstregulierung* tritt jetzt die Regulierung durch den Staat. Nach dem Enron-Desaster, das die Finanzmarkt-Krise von 2001/02 auslöste, gab es einen massiven Regulierungsschub in den USA. Die Finanzmärkte wurden nach 2002 in einem Umfang reguliert wie zu keinem Zeitpunkt vorher. Das hat die Finanzmarkt-Krise von 2007/09 aber nicht verhindert. Die Antwort auf die Paradoxie ist die Forderung nach noch mehr Regulierung. Es bleibt abzuwarten, ob die Kombination von mehr Markt und gleichzeitig mehr Regulierung zukünftige Finanzmarkt-Krisen verhindern wird.

Anmerkungen

- Die *Dichte* eines Netzwerks wird definiert als das Verhältnis zwischen realisierten Verflechtungen zu allen möglichen Verflechtungen. Beispiel: Im Netzwerk der Großunternehmen von 1914 gibt es zwischen den 250 Großunternehmen insgesamt 2.286 Beziehungen. Wenn jedes Unternehmen mit jedem anderen verflochten wäre, gäbe es $(250 \cdot 249) / 2 = 31.125$ Beziehungen. Tatsächlich sind von diesen 31.125 Beziehungen aber nur 2.286 realisiert. Die Dichte beträgt also: $2286 / 31125 = 0,0734$. Wenn man diese Zahl mit 100 multipliziert, erhält man die Dichte in Prozent für das Jahr 1914: 7,3%. Im Netz von 2010 gibt es nur noch 376 Beziehungen zwischen den 250 größten deutschen Unternehmen (Dichte: 1,2%).

- Quellen: Die Daten für die Verflechtung der deutschen Großunternehmen für die Jahre 1896, 1914, 1928, 1934, 1938, 1993 und 2010 stammen aus verschiedenen Projekten, die an der Universität Trier durchgeführt wurden und die von der Deutschen Forschungsgemeinschaft, der Volkswagenstiftung und der Hans-Böckler Stiftung gefördert wurden. Die Daten für 1976 stammen aus: F. Stokman und F. Wasseur: *National Networks in 1976: A Structural Comparison*, in: Frans Stokman et al. (Hg.), *Networks of Corporate Power*. Cambridge 1985: Polity Press, S. 31.

Autor: Prof. Dr. Paul Windolf, geboren 1946 in Düsseldorf, Soziologieprofessor

Das Stadt- und Industriemuseum in Rüsselsheim zeigt sich in neuem Gewand (Ausstellungskritik)

von Dr. Rainer Fattmann

Der neugestaltete Ausstellungsabschnitt „Von der Industrialisierung bis 1945“

Als das Rüsselsheimer Stadt- und Industriemuseum vor fast 40 Jahren seine kompakte Schau über die Sozial- und Technikgeschichte der Opelstadt präsentierte und dabei erstmals die Arbeit und das Leben der Menschen vor Ort in den Mittelpunkt der Darstellung rückte, war dies eine viel beachtete Innovation, die die Ausstellungskonzeption und -praxis in der Welt der Technik- und Industriemuseen nachhaltig verändern und prägen sollte. Auch im kürzlich neu eröffneten, gründlich überarbeiteten und neu gestalteten Zentralteil der Rüsselsheimer Präsentation steht der Mensch im Fokus; noch stärker als in der ursprünglichen Ausstellung wird die Transformation der zunächst ländlich-dörflichen Gesellschaft der Rhein-Main-Region zur Industriestadt an Hand von Einzelschicksalen erfahrbar gemacht. Die Auswirkungen der „großen“ Politik auf die Rüsselsheimer Stadtgesellschaft und ihre verschiedenen sozialen Gruppen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts werden eindringlich dokumentiert, auch hier stehen die Auswirkungen auf die Lebens- und Arbeitswelt der Menschen im Fokus.

Die Gliederung der Ausstellung: Vom Dorf zur Stadt und vom Handwerk zur Fabrik

Wie es in einer Ausstellung zur Rüsselsheimer Stadtgeschichte nicht anders sein kann, zeichnet der Ausstellungsparcours die Geschichte der Industrialisierung und der damit verbundenen fundamentalen Veränderungen der Lebens- und Arbeitswelt der Menschen nach. Der parallel dazu geführte Weg führt über die Themeninseln Konsum und Versorgung, Pendler und Verkehr, Bauen und Wohnen bis hin zur Entwicklung der städtischen Infrastruktur und bietet mannigfaltige Einblicke in das Alltagsleben der Rüsselsheimer neben und im Vorfeld der Arbeit.

Im Zentrum der Eingangssinszenierung steht ein Schattenspiel, das einen Schmied in Aktion zeigt und das die handwerklich geprägte Arbeitswelt der Rüsselsheimer Gegend in der Zeit vor der Industrialisierung veranschaulicht. Die ersten Anzeichen der Industrialisierung erreichten Rüsselsheim dann Mitte des 19. Jahrhunderts zunächst in Form einer bereits 1819 gegründeten Zichorienfabrik. Der Betrieb stellte Kaffeesurrogat aus der Wurzel der Zichorie her und arbeitete bis 1925. Zu diesem

Zeitpunkt war die Stadt jedoch bereits in erster Linie durch die 1862 gegründete Adam Opel AG geprägt, die seit der Wende zum 20. Jahrhundert nicht nur zum mit Abstand größten Arbeitgeber der Region, sondern auch zum führenden deutschen Autohersteller aufstieg.

Im Takt der Maschinen

Der Weg zur Fabrik führt von den ersten Manufakturen der Stadt über die Anfänge der Nähmaschinen- und Fahrradfabrikation hin zur standardisierten Massenproduktion der Opel-Werke, in denen mit der Einführung der Fließbandfertigung im Jahr 1924 die Automobilproduktion in Deutschland revolutioniert wurde. Der Aufstieg der Firma Opel und die Wandlung ihrer Beschäftigten von zunächst noch handwerklich hochqualifizierten, standesstolzen Arbeitskräften zu einem Heer weitgehend uniformer Lohnarbeiter, die den Überblick über die Fertigung ihrer Produkte weitgehend verloren haben und deren Arbeitsleistung mehr und mehr an die Taktvorgaben der Maschinen gebunden waren, wird im Verlauf des Ausstellungsparcours sichtbar gemacht. Ein zweites Schattenspiel am Ende der Ausstellungsachse zeigt drei Arbeiter am Fließband, die Kolben um Kolben einbringen, Schraube um Schraube fixieren und einen Motorblock nach dem anderen mit immer den gleichen Bewegungen bearbeiten. Gewerkschaftliche Versuche, die Belastungen und Lebensunsicherheiten dieser neuen Arbeitswelt zu bändigen und für die Beschäftigten erträglich zu gestalten, demonstriert die Ausstellung liebevoll an der Person des langjährigen Bevollmächtigten der Mainzer Verwaltungsstelle des Deutschen Metallarbeiterverbands (Vorläufer der IG Metall), Wilhelm Piehler, deren autobiographischer Betrachtung Interessierte nach wie vor viele Informationen über die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse auch in Rüsselsheim und bei Opel entnehmen können.[\[1\]](#)

„Dasselbe in grün“

Das Erfolgsmodell 'Opel Laubfrosch' ließ das Unternehmen dabei zeitweilig zum größten deutschen Automobilhersteller aufsteigen. Die Anzahl der Mitarbeiter wuchs von 2.400 im Jahr 1924 auf 9.400 im Jahr 1928, als Opel mit 42.771 hergestellten Automobilen im Deutschen Reich einen Marktanteil von 27,5 Prozent erreichte. Der nur in grün erhältliche „Laubfrosch“ war dabei im Übrigen eine Kopie des Citroën 5CV, der sich von ihm fast nur in der Farbe unterschied und es ist gut möglich, dass die Redewendung „dasselbe in grün“ hierauf zurückgeht. Die Ausstellung präsentiert den grünen Laubfrosch allerdings nicht und zeigt statt dessen einen blitzblanken (blauen) Opel Torpedo, ein Objekt, das exemplarisch für die leichte Seite der Ausstellung steht, die den Besuchern nicht allein Bildung und Orientierung vermitteln möchte, sondern auch die Schaulust der Betrachter immer wieder anspricht.

Insgesamt hat das kleine Ausstellungsteam um Bärbel Maul den Ruf des Rüsselsheimer Museums als erste Adresse für all diejenigen, die sich nicht nur im Rhein-Main-Gebiet für den Wandel der Arbeitswelt interessieren, eindrucksvoll bestätigt. Gerade angesichts begrenzter finanzieller Ressourcen ist eine äußerst sehenswerte Schau gelungen, die auch das mehrmalige Anschauen lohnt. Die das Museum beheimatende frühneuzeitliche Festung, die mit ihren Spazierwegen durch Gräben und über Wälle sowie einem Café schon an sich einen Ausflug wert ist, und die nach wie vor zu sehende Sonderausstellung „[Wo bleibt die Arbeit](#)“ machen den Besuch zusätzlich empfehlenswert.

Stadt- und Industriemuseum Rüsselsheim

Hauptmann-Scheuermann-Weg 4 (In der Festung)
65428 Rüsselsheim

Tel.: 06142 83-2950
museum@ruesselsheim.de

Eintritt Dauerausstellung

Erwachsene 1,50 €
Kinder (ab 6 Jahren) und Jugendliche 1,00 €
Schülergruppen (bis max. 25 Pers.) 15,00 €

Führungen

Museumsführung
(zzgl. Gruppeneintritt, max. 25 Pers.) 35,00 €
Festungsführung (max. 25 Pers.) 35,00 €

Öffnungszeiten

Seit dem 12. November 2013 gelten folgende Öffnungszeiten:

Di. bis Fr. 9 – 13 Uhr
und 14 – 17 Uhr
Sa. und So. 10 – 17 Uhr
Montags geschlossen

Homepage: <http://www.museum-ruesselsheim.de>

[1] Wilhelm Piehler, Aus sozialer Notzeit. Bilder aus Lebensmühe und Erkennen, geordnet und vollendet im Spätherbst eines Lebens, Mainz 1947.

Autor: Dr. Rainer Fattmann, Historiker und selbständiger wissenschaftlicher Publizist.

Hinein in den Konsumverein! (Buchrezension)

von Ralf Seidler

Eigentlich schreit die heutige Zeit nach einer Renaissance der Konsumvereinbewegung. Ehemals wurde sie durch Wirtschaftskonzentration und eine fehlverstandene Angebotspolitik Keynes in den siebziger Jahren, aber auch durch das staatlich regulierte Wirtschaften in der DDR, wo man zum Einkaufen in den -Konn'summ ging, diskreditiert. Es ist ja oft so, dass eine schlechte Erfahrung die positiven Seiten einer an sich guten Idee und erfolgreichen Struktur überdeckt.

In der großen Ausstellung des [Mannheimer Technoseums „Durch die Nacht zum Licht? Geschichte der Arbeiterbewegung 1863 bis 2013“](#) präsentierte der Verein Rhein-Neckar-Industriekultur eine kleine sehenswerte Ausstellung zur Entwicklung der Konsumvereine, zu der auch der thematisch erweiterte Ausstellungskatalog „Hinein in den Konsumverein!“ erschienen ist. Ausstellung und Katalog erinnern an eine mittlerweile über 200 Jahre alte Bewegung, die im Wirtschaftswunder der Nachkriegszeit unterging und heute im Zuge der Finanz-, Wirtschafts- und Ökologiekrise wieder ein mögliches Modell des eigenverantwortlichen Handelns wäre.

Qualität und Preisgestaltung

Die Basis des Konsumvereinedankens ist die Bereitstellung qualitativ hochwertiger Nahrungsmittel bei gleichzeitig günstiger Preisgestaltung. Jahrhundertlang gab es Qualitätsmängel im Einzelhandel. Aufgrund der arbeitsteiligen Strukturen im Zuge der Industrialisierung konnte die zunehmend verarmte Bevölkerung des 18. und 19. Jahrhunderts immer seltener eigene Nahrung produzieren. Gestreckte und verunreinigte Lebensmittel führten nicht selten zu Krankheit und Tod. Das im Jahre 1887 erschienene 1000-seitige Lexikon der Verfälschungen und Verunreinigungen

der Nahrungs- und Genussmittel des Chemikers Otto Dammer listet eindrucksvoll die gängigen zeitgenössischen Praktiken auf und deutet damit an, dass jede Zeit ihre kriminellen Erfindungen in der Lebensmittelindustrie zur Profitsteigerung hat (S. 21). Dieser lebensbedrohliche Missstand führte zur Gründung der ersten Konsumvereine. Das Eigenwirtschaften war die Prämisse dieser Wirtschaftsmethode. Außerdem sollte die Bargeldbewirtschaftung dem Einzelnen den richtigen Umgang mit Geld lehren helfen, war es doch zuvor Usus gewesen, den Kauf einer Ware durch einen Kredit anschreiben zu lassen.

Das erklärte Ziel der Konsumvereine wurde nun das Handeln in Selbsthilfe, durch Selbstverwaltung und Selbstverantwortung – das waren im Prinzip die Grundsätze aller damaligen Genossenschaften. Veit Lennartz vom Rhein-Neckar-Industriekultur e.V. macht im Vorwort auf die Bedeutung der Regenbogenfarben aufmerksam, die sich der Internationale Genossenschaftsbund (ICA) mindestens seit 1925 im wahrsten Sinne des Wortes auf die Fahnen geschrieben hatte. Die Regenbogenfarben haben eine lange sozialpolitische Tradition und symbolisieren bis heute politische Befreiungskämpfe: von den Anhängern Thomas Müntzers in den Bauernkriegen bis zur Schwulenbewegung der Gegenwart.

Die erste Gründung in Mannheim

Im Jahr 1769 hatten schon einige Weber als industrielle Pioniere im schottischen Fenwick einen Konsumverein mit eigener Mühle und Bäckerei gegründet. 1866 kam es in Mannheim zur ersten Gründung eines Konsumvereins, der aber schon neun Jahre später im Jahr 1875 wieder aufgelöst werden musste, weil der Markt fehlte. Im Jahre 1900 waren die Bedingungen günstiger und der zweite Mannheimer Konsumverein konnte seine Geschäftstätigkeit aufnehmen. Sowohl der bürgerliche Konsumverein von 1866, dem die Sozialdemokratie, aber auch die Mitbewerber misstrauisch gegenüber standen, als auch der sozialdemokratische Konsumverein von 1900 verfolgten keine politischen Ziele. Dennoch traf die Vereinsarbeit auf erheblichen wirtschaftspolitischen Widerstand.

Das mit der Industrialisierung einhergehende Aufblühen der Konsumvereinbewegung hat gerade in Mannheim tiefe Spuren hinterlassen. Der beeindruckende Bau im Mannheimer Industriehafen, der für die Großeinkaufsgesellschaft der Konsumvereine entstanden ist, wird im Buch mit anderen Entwicklungen chronologisch überschaubar eingeordnet. Die riesige für Produktionszwecke errichtete expressionistische konsumgenossenschaftliche Burg in Mannheim zeigt einprägsam die Architektur Hamburger Oberbaudirektors Fritz Schumacher. Der Zentralverband deutscher Konsumvereine, mit Sitz in Hamburg, förderte verstärkt den Erfahrungsaustausch seiner Mitglieder. Hierzu gehörten auch gemeinsame Reisen Mannheimer und Hamburger Genossenschaftsfunktionäre nach England.

Das Scheitern und die Aktualität

Anders als in Schweden, Österreich oder der Schweiz unterlagen die Konsumvereine in Westdeutschland in den sechziger und siebziger Jahren des 20. Jahrhunderts dem Wettbewerb mit den Lebensmitteldiscountern. Die Gründe des Scheiterns in Deutschland sind aber vielfältig: Schlechtes Management innerhalb der Konsumgenossenschaften; Unübersichtlichkeit der entstandenen Konzernstrukturen; Entwertung der ideologischen Stärke der Konsumvereinbewegung; Ersatz des Ehrenamtes; „Aldisierung“ wirtschaftlich interessanter Marktsegmente und die gesetzliche Beschränkung der Rückvergütung auf 3 Prozent.

Das gut lesbare Buch über die Konsumvereinbewegung entstand in Zusammenarbeit mit dem Historischen Seminar der Universität Heidelberg. Unter Leitung von Frau Prof. Dr. Katja Patzel-Mattern haben acht Studierende in akribischer Recherchearbeit den Ursprüngen genossenschaftlicher Organisation und der Entwicklung der Konsumvereine nachgespürt. Daraus entstand ein beeindruckendes Konvolut, das Interviews mit Zeitzeugen, historische Analysen und allgemeine Deskriptionen vereint. Im Fokus steht die Mannheimer Entwicklung. Aber auch Hamburger Einflüsse und Verbindungen zeigen den reichsweiten sowie internationalen Zusammenhang der Bewegung auf, die um 1900 ihren Niederschlag in der Gründung zahlreicher eGmbH's (eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung) fand und von der damals ca. 10 Prozent der Bevölkerung betroffen waren.

Handelt es sich bei den Konsumvereinen dennoch um ein zukunftsfähiges Modell? Die Liste heutiger Skandale in der Lebensmittelherstellung ist lang: Gentechnik; fehlende artgerechte Haltung von Tieren; Manipulation von Inhaltsstoffen bei Fertigprodukten; Gammelfleisch; fehlgeleitete Schädlingsbekämpfung durch Antibiotika und Pestizide; Unübersichtlichkeit der Lieferketten durch die Globalisierung, Grundwasserverseuchung etc. . Wer also einen Konsumverein gründen möchte, bekommt mit dem Buch einen hilfreichen Leitfaden an die Hand.

Über das Buch: Hinein in den Konsumverein! Konsum-Genossenschaft und GEG in Mannheim, Hrsg. vom Rhein-Neckar-Industriekultur e.V., Mannheim 2013, 123 Seiten, Preis 10 Euro

Zu bestellen unter: buchvertrieb@rhein-neckar-industriekultur.de

www.rhein-neckar-industriekultur.de

Autor: Ralf Seidler, geboren 1959 in Hamburg, Politik- und Verwaltungswissenschaftler

Warum behaupten sich die neoliberalen Ideen so hartnäckig?

von Prof. Mark Thatcher und Prof. Vivian A. Schmidt

Das klägliche Scheitern der neoliberalen Politikangebote wirft die Frage auf, weshalb diese so hartnäckig die europäische Politik beherrschen und ob es daraus einen Ausweg gibt. Trotz der Wirtschaftskrise, die die USA und Europa 2008 mit voller Wucht traf, haben die politischen Eliten kaum einen Versuch unternommen, die neoliberalen Ideen zu hinterfragen, die zu einem großen Teil für die Blasen und deren Platzen verantwortlich sind. Genauso wenig haben sie realisiert, wie übertrieben die „Great Moderation“ tatsächlich war. Ganz im Gegenteil, die neoliberalen Ideen erscheinen weiterhin als alternativlos. Die Re-Regulierungen im Finanzbereich, wo die Krise begann, bleiben in beschämender Weise ungeeignet. Die einzigen Ideen, die verfolgt werden, sind neoliberal, entweder zugunsten weiterer ‚marktfördernder‘ Regulierungen oder sie folgen noch mehr dem „Laissez-faire“-Prinzip. Das größte Rätsel stellt jedoch die Krisenreaktion der Eurozonen-Länder dar, die sich durch Austeritätspolitiken der Marktdisziplin unterworfen haben und dadurch selbst zu niedrigem oder gar keinem Wachstum verdammt sind. Dagegen waren die Vereinigten Staaten wirtschaftlich erfolgreicher, obwohl sie gespalten sind in republikanische Fundamentalisten, die Austeritätspolitiken fordern, und eine pragmatischere politische Führung, die eine Wachstumspolitik verfolgt.

Unsere Frage ist also: Wie können wir die Hartnäckigkeit neoliberaler Ideen erklären? Warum haben diese Ideen nicht nur seit den 1980er Jahren überlebt, sondern sind auch noch dominant geblieben? Der Neoliberalismus befördert den Glauben an einen auf weltweiten Freihandel und Kapitalmobilität gestützten Marktwettbewerb, flankiert durch einen marktfreundlichen, begrenzten Staat, der Arbeitsmarktflexibilität fördert, die Abhängigkeit von Wohlfahrtsleistungen zu reduzieren versucht und die Bereitstellung öffentlicher Güter kommerzialisiert. Die Losungen eines solchen Neoliberalismus lauten: Liberalisierung, Privatisierung, Deregulierung und eine Delegation an nicht demokratisch kontrollierte Institutionen, wie z.B. ‚unabhängige‘ Regulierungsstellen oder Zentralbanken. Wichtige Kriterien sind individuelle Verantwortlichkeit, Wettbewerb und die zentrale Rolle der Marktallokation. Das neoliberale Mantra präsentiert den Staat als ein beständiges Problem und den Markt als die Lösung – sogar jetzt noch, trotz der Tatsache, dass die Märkte und nicht der Staat für die Krise verantwortlich waren.

Warum also bewirkte die Krise keinen nennenswerten Wandel der Ideen, entweder zurück zum Neo-Keynesianismus der ‚goldenen Ära‘ der Nachkriegszeit oder progressiv hin zu etwas Neuem? Wie lässt sich erklären, dass der Neoliberalismus

noch immer das Denken und Sprechen der Menschen über Staat und Markt durchdringt? Wir schlagen fünf Argumentationslinien vor, um diese Hartnäckigkeit zu erklären:

- Die Flexibilität der neoliberalen Grundprinzipien.
- Die Differenzen zwischen neoliberaler Rhetorik und Wirklichkeit.
- Die Stärke des neoliberalen Diskurses in öffentlichen Auseinandersetzungen.
- Die Macht besonderer Interessen in Bezug auf den strategischen Einsatz von Ideen.
- Die Stärke und Beharrlichkeit der Institutionen, in die neoliberale Ideen eingebettet sind.

Erstens macht der allgemeine Charakter der neoliberalen Grundprinzipien, ausgerichtet auf Marktwettbewerb und den Minimalstaat, diese in einem hohen Maße anpassungsfähig an sich verändernde Umstände und Bedürfnisse. Entsprechend ist es dem Neoliberalismus gelungen, sich von Ideen, die unter konservativer Regie in den 1980er Jahren auf die Zurückdrängung des Staates zugunsten freier Märkte abzielten, hin zu Ideen zu bewegen, die unter progressiverer Regie in den 1990er Jahren den Staat dazu instrumentalisierten, die Märkte zu liberalisieren. Ebenso war der Neoliberalismus in der Lage, scheinbar gegensätzliche Ideen zu absorbieren, wie dies im Umgang mit dem Wohlfahrtsstaat sichtbar wurde. Provozierte der Neoliberalismus anfangs durch Versuche eines passiven Abbaus der Sozialausgaben und der Arbeitnehmerrechte noch einen Konflikt mit sozialdemokratischer Politik, so wurden entsprechende Ideen später in deren Programme, die den Wohlfahrtsstaat bewusst nutzten, um die Markteffizienz durch eine ‚aktive Arbeitsmarktpolitik‘ zu erhöhen, integriert. Schließlich erwies sich der Neoliberalismus gleichermaßen als wandlungsfähig in dem Sinne, dass in früheren Zeiten diskreditierte Ideen in neuer Gestalt wiederkehren, so wie beispielsweise der Diskurs über „solides Geld“ der 1920er Jahre in den 1970er Jahren in Gestalt des Monetarismus und in den späten 2000er Jahren als „tragbare Verschuldung“ wiederkehrte.

Zweitens ist der Neoliberalismus oft nur in der Rhetorik, nicht aber in der Implementationsrealität praktikabel. Insbesondere sind viele neoliberale Politiken, wie etwa die Beschneidung öffentlicher Ausgaben, Reformen des Sozialstaates oder der Abbau von Schutzregelungen schwer zu implementieren und politisch äußerst unpopulär. Dies trägt zur Erklärung bei, warum Versprechungen, den Staat zurück zu bauen, sich meistens als leer erwiesen und Restrukturierungen des Staates weder den Staatsanteil noch zwingendermaßen die öffentlichen Ausgaben reduziert haben. Anstatt den Staat zu beseitigen, hat Deregulierung nur zu einer andersartigen Re-Regulierung geführt. Dies lässt sich jedoch eher als Stärke denn als Schwäche betrachten, da nun neoliberale Politiker die mangelnde Umsetzung zum Anlass nehmen können, noch mehr neoliberale Reformen zu fordern.

Drittens erwiesen sich neoliberale Ideen in Debatten über Politikmaßnahmen und in politischen Diskursen zumeist als erfolgreicher und gewannen so im ‚Wettstreit der Ideen‘ gegen schwächere Alternativen. In manchen Fällen resultiert diese Stärke aus der scheinbaren Selbstverständlichkeit neoliberaler Argumente. So ist beispielsweise der Aufruf zur ‚Tugend‘ nachhaltiger Finanzen, der an die Vorstellungen der Haushaltsökonomie anknüpft und von einer Analogie zwischen der Notwendigkeit eines ausgeglichenen Budgets für private Haushalte und dem Staatshaushalt ausgeht, für ‚einfache‘ Bürger eingängiger als die kontraintuitive keynesianische Vorstellung, in Zeiten hoher Defizite und Schulden die Ausgaben zu erhöhen. In anderen Fällen kann der neoliberale Erfolg der Umdeutung bestehender Probleme – z. B. wie die Bankenkrise zur Staatsschuldenkrise wurde – zugeschrieben werden; ebenso den bemühten Narrativen: öffentliche Verschwendung als Problem, „Gürtel enger schnallen“ als Lösung; und den herangezogenen Mythen: viele Deutsche betrachten das „Gürtel-enger-schnallen“ als einzigen Weg eine Hyperinflation wie in den frühen 1920er Jahren zu vermeiden und ignorieren dabei die Risiken der Deflation und Arbeitslosigkeit, die in den frühen 1930ern zum Aufstieg Hitlers beigetragen haben. Ebenso bedeutsam ist, dass möglicherweise nicht die Neoliberalen zu stark, sondern ihre Gegner zu schwach sind. Wo waren denn in all diesen Fragen, und vor allem in Europa während der Krise der Eurozone, die Mitte-Links-Parteien? Erst in letzter Zeit haben sozialdemokratische Spitzenpolitiker mehr Wachstum gefordert, während sie weiterhin zur Austerität stehen.

Viertens haben oft mächtige Interessenkoalitionen neoliberale Ideen, egal ob sie an diese glauben oder nicht, für ihre eigenen strategischen Ziele aufgegriffen. Wirtschaftsakteure profitieren gegebenenfalls materiell, insbesondere durch niedrigere Steuern oder aufgrund der durch Deregulierung und Privatisierung eröffneten neuen Möglichkeiten. Die Banker haben sich ins Fäustchen gelacht. Politiker können ebenfalls profitieren, wenn sie neoliberale Ideen nutzen, um Macht zu gewinnen oder zu behalten, und auch institutionelle Akteure, z. B. Regulierer oder Zentralbanken, gewinnen an Autonomie und Macht. All dies wirkt darüber hinaus tendenziell selbstverstärkend. Je mehr sich der Neoliberalismus etabliert, desto wahrscheinlicher wird es, dass sich das Bekenntnis dieser Akteure zu den neoliberalen Ideen verfestigt und sich die Einstellung ausbreitet „wenn du sie nicht besiegen kannst, dann schließe dich ihnen an“, so wie es die Mitte-Links-Parteien zu Beginn der 1990er Jahre getan haben.

Fünftens gewinnen neoliberale Ideen an Macht durch ihre Institutionalisierung in Form von Regeln und Regulierungen, ebenso wie in Organisationen, einschließlich nicht demokratisch kontrollierter, unabhängiger Regulierungseinheiten, wie z. B. unabhängige Zentralbanken, internationale Rating-Agenturen oder standardsetzende Organisationen außerhalb der Reichweite nationalstaatlicher Kontrolle. In der EU sorgen darüber hinaus die verschiedenen Stabilitätspakte – angefangen vom Stabilitäts- und Wachstumspakt, der die Maastricht-Kriterien von 1992 für die

Währungsunion absegnete, bis hin zu den verschiedenen Pakten während der Eurozonenkrise – dafür, dass neoliberale Konsolidierungsvorstellungen schwer zu revidieren sein werden, unabhängig von ihrem Versagen als Krisenlöser.

Diese fünf Argumentationslinien werfen eine letzte Frage auf: Gibt es angesichts dieser Hartnäckigkeit irgendeinen Weg aus der neoliberalen Vorherrschaft? Ein möglicher Weg könnte ein immanent begründeter Zusammenbruch sein, nachdem die inhärenten Widersprüche des Neoliberalismus – z. B. zwischen dem Ideal eines begrenzten Staates und der aktiven Rolle des Staates hinsichtlich der Stärkung der Märkte in der Praxis – zunehmend deutlich werden. Eine andere Möglichkeit könnte in einer Zurückweisung von außen bestehen, so wie die nicht eingehaltenen Versprechen (Wohlstand, Freiheit, Fortschritt etc.) bzw. das tatsächliche Versagen des Neoliberalismus für die Bürgerinnen und Bürger mehr und mehr offensichtlich werden. Noch eine weitere Möglichkeit wäre, dass starke ideelle Alternativen zum Neoliberalismus an Einfluss gewinnen, z. B. durch neue Ansätze einer ökonomischen Steuerung, die das Gemeinwesen der Wirtschaft eher über- statt unterordnen. Ebenso ist es denkbar, dass der Neoliberalismus die Unterstützung durch mächtige Interessen verliert oder sich neue Koalitionen herausbilden. Vielleicht werden Sozialdemokraten beginnen, Koalitionen im Kontext neuer Ideen zu bilden. Schließlich kann es gut sein, dass die neoliberalen Institutionen scheitern, ersetzt werden, oder sich als ein Ergebnis neuer Interessenkoalitionen in die Richtung neuer Ideen und Problemlösungen entwickeln. Bezüglich jeder dieser Möglichkeiten kann jedoch davon ausgegangen werden, dass sich die Dinge wahrscheinlich erst noch deutlich verschlechtern werden, bevor wir irgendein neues Licht am Ende des Tunnels sehen können.

Dieser Artikel erscheint hier erstmals in deutscher Sprache und wurde zuerst durch das "Policy Network" www.policy-network.net und www.social-europe.eu veröffentlicht und stützt sich auf die Argumentation der Autoren in dem von ihnen mitherausgegebenen Buch "Resilient Liberalism in Europe's Political Economy".

(Übersetzung aus dem Englischen: Stefan Beck)

Autor: Prof. Mark Thatcher, Professor für Vergleichende Politik und Internationale Studien an der London School of Economics & Prof. Vivian A. Schmidt, Professorin für Internationale Beziehungen und Politikwissenschaft an der Boston University, USA.